

Anträge Parteitag der Freien Demokraten

Inhaltsverzeichnis

A - Satzungsänderungsanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
SÄA001	Änderung der Satzung: Zusammensetzung der Landesfachausschüsse Landesvorstand BY (LV Bayern)	7
SÄA002	Ergänzung Satzung: Geschäftsordnung für Fachausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen Landesvorstand BY (LV Bayern)	9
SÄA003	Änderung des Teilnahme-, Rede- und Stimmrechts auf dem Landesparteitag Landesvorstand BY (LV Bayern)	10

B - Ordnungen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
GO LFA	Geschäftsordnung für Fachausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen Landesvorstand BY (LV Bayern)	11
WAO001	Änderung der Antragsberechtigung auf Landesparteitagen Landesvorstand BY (LV Bayern)	14

C - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
86/ L001	Fachkräftemangel beseitigen und Potenziale im Inland besser nutzen – wichtigen Beitrag für die Wirtschaftswende umsetzen! Landesvorstand BY (LV Bayern)	15

D - Programmatische Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
84/ A003	Verhältnismahlrecht in die Verfassung Landesparteitag LV BY, Landesvorstand BY (LV Bayern), KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	20
86/ A001	Mobilfunkempfang in ländlichen Gegenden gewährleisten BV Schwaben (LV Bayern)	21
86/ A002	Beschleunigte Umsetzungsverfahren von Bidirektionalem Laden zur Entlastung von Stromnetzen und Selbsterzeugern BV Schwaben (LV Bayern)	23
86/ A003	Die Möglichkeit für temporäre Behindertenausweise schaffen BV Schwaben (LV Bayern)	25
86/ A004	Kernfusion als Säule der Energiewende anstreben BV Schwaben (LV Bayern)	26
86/ A005	Bahnstrategie für Bayern und Deutschland BV Schwaben (LV Bayern)	28
86/ A006	BILDU4G W1LL GELÄHRNT SAIN KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	29
86/ A007	Bavarian Nature Fund KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	30
86/ A008	Ablöse ermöglichen statt Pflicht zum Spielplatzbau bei Mehrfamilienhäusern KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	31
86/ A009	„Vater-Mutter-Kind“ als One Way-Lösung?!: Für mehr Chancengleichheit und Realismus in deutschen Adoptionsverfahren KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	32
86/ A010	Besserer Kinder- und Jugendschutz beim Gebrauch von Lachgas KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	34
86/A011	Freilichtmuseum Bayern verhindern KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	35
86/ A012	„Demokratie-Update Now! – Schalten Sie ihre Werte währenddessen nicht aus“: Für ein verstärktes Umdenken in der Vermittlung von Demokratie, Freiheit und Leistungsgerechtigkeit an junge Generationen KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	36
86/ A013	Wirtschaftswende jetzt! BV Unterfranken (LV Bayern)	38
86/ A014	Zukunft der Landwirtschaft in Bayern sichern. BV Unterfranken (LV Bayern)	42
86/ A015	Migration begrenzen und Integration ermöglichen BV Unterfranken (LV Bayern)	43

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
86/ A016	Radarwarngeräte zulassen BV Unterfranken (LV Bayern)	45
86/A017	Die Bedarfsplanung neu planen – Mehr Kassensitze für Psychotherapeuten BV Unterfranken (LV Bayern)	46
86/ A018	Justizbehinderung durch den Freistaat beenden – Wiederbesetzungssperre abschaffen! BV Unterfranken (LV Bayern)	48
86/ A019	Psychische Erkrankungen lassen sich nicht durch Bürokratie einschüchtern! – Anders als der Erkrankte BV Unterfranken (LV Bayern)	49
86/ A020	Freie Fahrt für freie Bürger – Überarbeitung der EU-Verordnung zu Geschwindigkeitswarnsystemen und Assistenzsystemen KV Eichstätt (LV Bayern)	52
86/ A021	Fest an der Seite unserer jüdischen Freunde KV Würzburg (LV Bayern)	54
86/ A022	Hundezüchtern gerecht bleiben KV Würzburg (LV Bayern)	56
86/ A023	Aktives Leben im Alter: Einführung eines zusätzlichen Steuerfreibetrags KV Würzburg (LV Bayern)	57
86/ A024	Infrastruktur aufbauen für den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft! LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)	58
86/ A025	Liberale Impulse für Wirtschaftswachstum und einen starken Mittelstand! LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)	59
86/ A026	Staatsbeteiligungen vermeiden! LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)	63
86/ A027	Die Zukunft der Wasserstoffwirtschaft – Marktwirtschaftliche Chancen und technische Herausforderungen LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)	65
86/ A028	Lindner-Depots für alle – auch für Selbstständige! LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)	67
86/ A029	Beitragsbemessungsgrenzen sofort einfrieren! KV Weilheim-Schongau (LV Bayern)	68
86/ A030	Milchpreis durch Wettbewerb: Freie Märkte statt staatlicher Subventionen! KV Weilheim-Schongau (LV Bayern)	70
86/ A031	Für ein Handelsembargo gegen russische Düngemittel, für Ausbau und Dekarbonisierung der deutschen und europäischen Dünger-Produktion KV Donau-Ries (LV Bayern)	72
86/ A032	Reform Öffentlicher Dienst BV Schwaben (LV Bayern)	73

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
86/ A033	Rentenpunkte für Erziehungszeiten leichter sammeln BV Schwaben (LV Bayern)	75
86/ A034	Inflationsausgleichsprämie für Selbstständige BV Schwaben (LV Bayern)	76
86/ A035	Mehr als nur Kilowattstunden – Die Wasserkraft in Bayern stärken, technologieoffen ausbauen und ihre Potenziale voll ausnutzen! BV Niederbayern (LV Bayern)	77
86/ A036	Für eine starke Wirtschaft und einen wettbewerbsfähigen Automobilstandort BV Niederbayern (LV Bayern)	83
86/ A037	Gleichberechtigung bei der Wehrpflicht BV Unterfranken (LV Bayern)	88
86/ A038	Keine Eisplatten mehr auf öffentlichen Parkplätzen von LKWs BV Niederbayern (LV Bayern)	89
86/ A039	Starke Kommunen, starke Demokratie mit starken Frauen Liberale Frauen BY (LV Bayern), Julika Sandt (LV Bayern)	90
86/ A040	Die Wasserwende in Bayern konsequent anstoßen – alternative Kühlwasserbehandlungen in Industrieanlagen möglich machen! KV Freyung-Grafenau (LV Bayern)	91
86/ A041	Für einen angepassten und präventiven Hochwasserschutz in Bayern – Für den Schutz von uns Menschen, unseren Naturräumen und unseren Städten und Gemeinden KV Freyung-Grafenau (LV Bayern)	95

Antrag SÄA001: Änderung der Satzung: Zusammensetzung der Landesfachausschüsse

Antragsteller*in:	Landesvorstand BY (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Satzungsänderungsanträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Füge ein nach §32 Abs. 2 Satzung der FDP Bayern:

2 "(3) Fachausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen sind nicht berechtigt,
3 das Ergebnis ihrer Arbeit eigenmächtig in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

4 Resolutionen, Empfehlungen, Anträge oder Verlautbarungen haben die
5 Fachausschüsse und Arbeitsgruppen dem bestellenden Organ vorzulegen.

6 (4) Die Unterausschüsse und programmatische Arbeitsgruppen werden von den
7 jeweiligen Fachausschüssen durch Beschluss gebildet. Die Unterausschüsse und
8 programmatische Arbeitsgruppen sind Teil des Fachausschusses auf einem
9 speziellen Arbeitsgebiet. Die Fachausschüsse bestimmen eine verantwortliche
10 Person zur Leitung aus ihrer Mitte. Der Vorstand der jeweiligen Gliederung kann
11 die Auflösung des Unterausschusses oder programmatischen Arbeitsgruppe
12 beschließen.

13 (5) Organe der Gliederungen können zur Erarbeitung von Vorschlägen über aktuelle
14 politische oder parteiinterne organisatorische Fragen Arbeitsgruppen bilden, die
15 bis zur Erledigung ihrer Aufgabe bestehen. Über die Modalitäten entscheidet der
16 jeweilige Vorstand von Fall zu Fall.

17 (6) Die Fachausschüsse tagen unabhängig der Stimmberechtigung mitgliederoffen.
18 Alle Mitglieder der jeweiligen Gliederung sind redeberechtigt. Jeder
19 Kreisvorstand, Stadtvorstand und jeder Bezirksvorstand kann eine Auswahl von
20 stimmberechtigten Mitgliedern der jeweiligen Untergliederung für die
21 Fachausschüsse benennen. Es ist nicht möglich, pauschal alle Mitglieder des
22 Kreisverbandes, des Stadtverbandes oder des Bezirksverbandes zu benennen. Eine
23 Vertretung bzw. Stimmübertragung ist nicht möglich. Anträge auf
24 Stimmberechtigung sind beim zuständigen Kreisverband, Stadtverband oder
25 Bezirksverband zu stellen. Der jeweilige Vorstand der bestellenden Gliederung
26 eines Fachausschusses oder Arbeitsgruppe kann in Ausnahmefällen stimmberechtigte
27 Mitglieder benennen."

28 Ersetze §33 Abs. 1 Satzung der FDP Bayern komplett durch:

29 "(1) Der Landesvorstand beschließt die Bildung und Auflösung der
30 Landesfachausschüsse. Diese arbeiten kontinuierlich, also unabhängig von
31 parteiinternen oder öffentlichen Wahlen."

32 Streiche §33 Abs. 2 Satzung der FDP Bayern sowie §33 Abs. 3 Satzung der FDP
33 Bayern komplett

34 Ersetze §33 Abs. 4 Satzung der FDP Bayern komplett durch:

35 "(2) Der Landesvorstand bestellt die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse zu

36 Beginn seiner Amtszeit. Der Landesvorstand hat das Recht, die Vorsitzenden
37 jederzeit abuberufen. Die Landesfachausschüsse wählen aus ihrer Mitte die
38 stellvertretenden Vorsitzenden. Will der Landesvorstand amtierende Vorsitzende
39 abberufen, ist der oder die Betroffene vorher anzuhören. Ein entsprechender
40 Beschluss ist zu begründen. In der Zeit bis zur Bestellung bleibt der oder die
41 bisherige Vorsitzende kommissarisch im Amt. Das Recht des Landesvorstandes zur
42 Abberufung bleibt davon unberührt."

43 Streiche §33 Abs. 5 Satzung der FDP Bayern sowie §33 Abs. 6 Satzung der FDP
44 Bayern komplett

45 Ersetze §33 Abs. 7 Satzung der FDP Bayern komplett durch:

46 "(3) Die Landesfachausschüsse sollen die Ergebnisse ihrer Arbeit parteiintern
47 verbreiten. Veröffentlichungen nach außen erfolgen durch den / die
48 Landesvorsitzenden oder den Generalsekretär oder durch von diesen beauftragte
49 Sprecher."

50 Füge ein nach §33 Abs. 7 Satzung der FDP Bayern:

51 "(4) Für die Bezirks-, Stadt- und Kreisfachausschüsse gelten die Bestimmungen
52 über die Landesfachausschüsse und die Geschäftsordnung entsprechend, falls keine
53 eigene Geschäftsordnung erlassen."

54 Streiche §34 Satzung der FDP Bayern

55 Streiche §35 Satzung der FDP Bayern

56 Ersetze §37 Abs. 2 Satzung der FDP Bayern komplett durch:

57 "(2) Der Landesvorstand soll die Fachsprecher zu seinen Beratungen hinzuziehen,
58 wenn der Fachbereich der jeweiligen Person berührt ist. Fachsprecher sollen die
59 Ergebnisse ihrer Arbeit parteiintern verbreiten. Veröffentlichungen nach außen
60 erfolgen durch den / die Landesvorsitzenden oder den Generalsekretär oder
61 anlassbezogen durch expliziten Auftrag von den vorgenannten Personen."

Antrag SÄA002: Ergänzung Satzung: Geschäftsordnung für Fachausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen

Antragsteller*in:	Landesvorstand BY (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Satzungsänderungsanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Füge neu ein als letzten Absatz des §32 Satzung der FDP Bayern:
- 2 "() Beschlussgebende Organe der Gliederung können eine Geschäftsordnung erlassen
- 3 und ändern, welche die Arbeitsweise und Zusammensetzung der Fachausschüsse,
- 4 Unterausschüsse und Arbeitsgruppen regelt. Sollte keine Geschäftsordnung
- 5 erlassen werden, gilt die zu erlassende Geschäftsordnung des Landesverbandes."

Antrag SÄA003: Änderung des Teilnahme-, Rede- und Stimmrechts auf dem Landesparteitag

Antragsteller*in:	Landesvorstand BY (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Satzungsänderungsanträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Füge ein nach §20 Abs. 2 lit. j der Satzung der FDP Bayern:
- 2 "(k) die Mitglieder des Landesvorstandes der Liberalen Vielfalt, soweit sie
- 3 Mitglieder des Landesverbands sind;"
- 4 Ändere Bezeichnung des §20 Abs. 2 lit. k der Satzung der FDP Bayern in §20 Abs.
- 5 2 lit. l (der Satzung der FDP Bayern)

Antrag GO LFA: Geschäftsordnung für Fachausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen

Antragsteller*in:	Landesvorstand BY (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Ordnungen

Der Parteitag möge beschließen:

1 § 1 Stellung und Aufgabe

2 (1) Die Stellung und Aufgaben der Landesfachausschüsse, Unterausschüssen und
3 Arbeitsgruppen richten sich nach der gültigen Landessatzung.

4 (2) Der Landesvorstand benennt per Beschluss aus seinen Reihen für jeden
5 Landesfachausschuss einen Paten. Die so beauftragten Personen sollen die Arbeit
6 und inhaltlichen Anregungen der Landesfachausschüsse in den Landesvorstand
7 tragen und als politische Ansprechpartner für die Landesfachausschüsse dienen.
8 Vor Neuwahlen des Landesvorstandes berichten die jeweiligen Paten über die
9 erfahrene Tätigkeit des Landesfachausschusses, dieser Bericht wird im Intranet
10 veröffentlicht. Im Falle einer Doppelfunktion als Vorstandsmitglied und
11 Vorsitzender eines Landesfachausschusses kann auf Wunsch des jeweiligen
12 Landesfachausschusses auf die Benennung verzichtet werden.

13 (3) Die Landesfachausschüsse schlagen durch Wahl auf Aufforderung durch den
14 Landesverband innerhalb einer Frist dem Landesvorstand die Nominierten für die
15 Bundesfachausschüsse sowie von Sachverständigen vor. Die endgültige Entscheidung
16 über die Entsendung in den Bundesfachausschuss obliegt dem Landesvorstand. Die
17 Zuordnung welcher Landesfachausschuss für einen Bundesfachausschuss nominieren
18 darf, entscheidet im Zweifel der Landesvorstand.

19 §2 Bildung der Ausschüsse und Zusammensetzung der Landesfachausschüsse,
20 Unterausschüsse und Arbeitsgruppen

21 (1) Die Bildung und Auflösung und Zusammensetzen von Landesfachausschüssen,
22 Unterausschüssen und Arbeitsgruppen richtet sich nach der gültigen
23 Landessatzung.

24 (2) Die Meldung für die Landesfachausschüsse hat eigenständig von den
25 Kreisvorständen, Stadt- oder Bezirksvorständen an die Landesgeschäftsstelle zu
26 erfolgen. Die Amtszeit der so benannten stimmberechtigten Mitglieder endet zum
27 31.12. im selben Jahr nach Neuwahlen des Landesvorstandes.

28 (3) Der oder die Vorsitzende der Landesfachausschüsse, Unterausschüsse und
29 Arbeitsgruppen hat das Recht, Mitglieder aufgrund wiederholter Störung einer
30 Sitzung von dieser auszuschließen. Vor dem Ausschluss aus der Sitzung sollte
31 eine entsprechende Rüge mit Verweis auf einen drohenden Ausschluss bei
32 Fortführung der Störung erfolgen. Sollte ein stimmberechtigtes Mitglied so
33 temporär ausgeschlossen werden, muss der oder die Vorsitzende oder der Leiter
34 bzw. die Leiterin der Landesfachausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen
35 die Landesgeschäftsstelle informieren, ob aus seiner oder ihrer Sicht das
36 Mitglied fortgehend von der Teilnahme ausgeschlossen werden sollte. Die

37 Landesgeschäftsstelle leitet den Vorgang gesammelt weiter und informiert den
38 entsendenden Kreis-, Stadter oder Bezirksvorstand über den Ausschluss. Der
39 jeweilige Kreis-, Stadt- oder Bezirksvorstand wird gebeten, über eine
40 Weiterführung der Entsendung bzw. Stimmberechtigung zu entscheiden.

41 (4) Alle Organe, Fachausschüsse und Arbeitsgruppen der Partei haben das Recht,
42 sachverständige Nichtmitglieder zu bestimmten Sachfragen zu hören. Über ihre
43 Zuziehung entscheidet der Vorsitzende / die Vorsitzenden des anhörenden Organs
44 oder Ausschusses. Sachverständige Nichtmitglieder können in Einzelfällen als
45 Gast von den Landesfachausschüssen, Unterausschüssen und Arbeitsgruppen geladen
46 werden. In Einzelfällen kann der Landesvorstand einer Einladung widersprechen.
47 Sollten für Sachverständige Kosten anfallen, ist vor Entstehen der Kosten das
48 Einverständnis der Landeschatzmeisterin oder des Landesschatzmeisters
49 einzuholen.

50 §3 Einsatz und Aufgaben des bzw. der Vorsitzenden oder des Leiters bzw. der
51 Leiterin

52 (1) Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von Landesfachausschüssen sind
53 für die ordnungsgemäße Arbeit der Landesfachausschüsse sowie Unterausschüssen
54 dem Landesvorstand gegenüber verantwortlich. Der Landesvorstand soll die
55 Vorsitzenden der Landesfachausschüsse zu seinen Beratungen hinzuziehen, wenn der
56 Fachbereich des jeweiligen Landesfachausschusses berührt ist.

57 (2) Auf Aufforderung legt der oder die Leiter bzw. Leiterin dem Generalsekretär
58 eine schriftliche Arbeitsplanung vor.

59 (3) Die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse stellen sicher, dass die Arbeit
60 der Fachausschüsse im Intranet für alle Mitglieder auf Nachfrage in Form eines
61 schriftlichen Protokolls sowie der Sitzungsunterlagen dokumentiert ist. Dies
62 gilt insbesondere für Wahlen sowie für die Entscheidung und ggf. Änderungen von
63 verwiesenen Anträgen der Organe.

64 (4) Beschlussempfehlungen von verwiesenen Anträgen, insbesondere Ablehnung oder
65 Änderungen, müssen kurz schriftlich begründet werden.

66 §4 Sitzungen der Landesfachausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen

67 (1) Fachausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen sollen 2 Wochen vorher
68 durch Einladung von ihrem oder ihrer Vorsitzenden bzw. Leiter per Mail an alle
69 gemeldeten stimmberechtigten Mitglieder einberufen werden, eine Frist von 1
70 Woche muss gewahrt werden. Die Vorsitzenden des bestellenden Organs sind zur
71 Einberufung berechtigt. Termine sollen möglichst langfristig vorab kommuniziert
72 werden, um allen Mitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen und
73 Terminüberschneidungen zu vermeiden.

74 (2) Die Einladung erfolgt zusätzlich durch Veröffentlichung der Tagesordnung
75 sowie Tagungsort, -datum und -uhrzeit im mitgliederöffentlichen Teil des
76 Intranets der FDP Bayern.

77 (3) Wird ein Antrag an mehrere Landesfachausschüsse verwiesen, sollen die
78 Vorsitzenden der beteiligten Landesfachausschüsse nach Möglichkeit durch
79 Absprache einen gemeinsamen Termin finden. Die Einberufung zur gemeinsamen
80 Beratung verwiesener Anträge obliegt dem federführenden Landesfachausschuss.

81 (4) Landesfachausschüsse tagen mindestens 1 x pro Quartal, nach Möglichkeit im
82 Vor- und Nachgang von ordentlichen Landesparteitagen.

83 (5) Sollten für die Durchführung einer Sitzung Kosten anfallen, ist vor der
84 Einladung bzw. Entstehen der Kosten das Einverständnis der Landeschatzmeisterin
85 oder des Landesschatzmeisters einzuholen.

86 §5 Geschäftsführung

87 (1) Die Geschäftsführung für alle Landesfachausschüsse, Unterausschüsse und
88 Arbeitsgruppen liegt beim Landesverband bei der Landesgeschäftsstelle. Dies
89 betrifft insbesondere die Erstellung eines Arbeitsbereichs im Intranet und die
90 Zuleitung von verwiesenen Anträgen.

91 (2) Die Protokollführung, Terminfindung und -planung sowie Organisation von
92 Tagesorten abseits der Landesgeschäftsstelle sowie Veröffentlichung der
93 Einladung zu Sitzungen im Intranet obliegt den Fachausschüssen, Unterausschüssen
94 und Arbeitsgruppen in eigener Zuständigkeit.

95 §6 Beschlussfähigkeit und Beschlüsse

96 (1) Ein Fachausschuss ist unabhängig von der Zahl der Stimmberechtigten
97 beschlussfähig.

98 (2) Beschlüsse werden gemäß der Wahl- und Antragsordnung der FDP Bayern gefasst.
99 Der Umgang mit Beschlüssen ist in der Landessatzung geregelt.

100 (3) Beschlüsse können online getroffen werden, sollte geheime Abstimmung
101 beantragt werden, ist der jeweilige Beschluss auf die nächste Sitzung unter
102 Hinweis auf die geheime Abstimmung entweder in Präsenz oder digital
103 durchzuführen.

104 (4) Das Antragsrecht der Landesfachausschüsse ergibt sich aus der Wahl- und
105 Antragsordnung.

106 §7 Abschlussbestimmung

107 (1) Diese Ordnung kann durch Beschluss des Landesparteitags oder dem
108 Landesvorstand mit einfacher Mehrheit geändert werden, soweit nicht dadurch
109 Bestimmungen der Landessatzung oder zwingende Vorschriften der Bundessatzung
110 berührt werden.

Antrag WAO001: Änderung der Antragsberechtigung auf Landesparteitagen

Antragsteller*in:	Landesvorstand BY (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Ordnungen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Füge ein nach § 14 Abs. 1 lit. k der Wahl- und Antragsordnung der FDP Bayern
- 2 "(l) vom Landesvorstand der Liberalen Vielfalt"
- 3 Ändere Bezeichnung des §14 Abs. 1 lit l der Wahl- und Antragsordnung der FDP
- 4 Bayern in §14 Abs. 1 lit m (der Wahl- und Antragsordnung der FDP Bayern)
- 5 Ändere Bezeichnung des §14 Abs. 1 lit m der Wahl- und Antragsordnung der FDP
- 6 Bayern in §14 Abs. 1 lit n (der Wahl- und Antragsordnung der FDP Bayern)
- 7 Ändere im letzten Satz des §14 Abs. 1 der Wahl- und Antragsordnung der FDP
- 8 Bayern "Für Anträge auf Änderung der Landessatzung gilt §39 der Landessatzung."
- 9 in "Für Anträge auf Änderung der Landessatzung gilt §40 der Landessatzung."

Antrag 86/L001: Fachkräftemangel beseitigen und Potenziale im Inland besser nutzen – wichtigen Beitrag für die Wirtschaftswende umsetzen!

Antragsteller*in:	Landesvorstand BY (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Leitantrag

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Fachkräftemangel – ein Wohlstandsrisiko für unser Land**

2 Voraussetzung für den Wohlstand in unserem Land ist eine starke Wirtschaft und
3 für diese wiederum ein starker, wachsender Mittelstand. Ohne die kleinen und
4 mittleren Betriebe, die in Bayern 99,6% aller Unternehmen ausmachen, geht
5 wirtschaftlich kaum etwas. Doch der Mittelstand gerät in Bayern und ganz
6 Deutschland zunehmend unter Druck. Hohe Ausgaben für Steuern und Energie,
7 Belastungen durch Bürokratie und fehlende Planungssicherheit sind dabei zentrale
8 Herausforderungen. Doch das dringlichste Problem ist weiterhin der
9 Fachkräftemangel. Die Personalknappheit wird immer mehr zum Wachstumshemmnis für
10 den Mittelstand und damit zum Wohlstandsrisiko für unser Land.

11 Ein Lösungsansatz ist die Anwerbung und der Einsatz ausländischer
12 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von vielen Seiten gefordert und
13 gefördert wird. Doch gibt es auch im Inland noch Potential, das aktuell nicht
14 genutzt und nur unzureichend verfolgt wird. Daher fordert die FDP Bayern die
15 Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

16 **Arbeiten lohnt sich – Etablierung eines neuen Mindsets und Beachtung des Lohnabstandsgebots**

18 *Etablierung eines neuen Mindsets*

19 Arbeit und Leistung haben aktuell ein Imageproblem, das durch die
20 Vertrauenskrise zwischen Bevölkerung und Staat verstärkt wird. Das Narrativ
21 „mehr arbeiten lohnt sich nicht“ hält sich so hartnäckig in den Köpfen. Arbeit
22 und Leistung müssen wieder als Mehrwert für die Gemeinschaft, die Wirtschaft und
23 insbesondere das Individualleben verstanden werden – sinnstiftend, präventiv,
24 lebensbejahend, wohlfördernd. Die FDP Bayern fordert daher, dass die
25 Regierungsparteien dieses neue Mindset durch eine Anpassung in Kommunikation und
26 Themensetzung fördern.

27 *Lohnabstandsgebot beachten*

28 Das Bürgergeld wird 2025 nicht erhöht. Diese Nullrunde ist wichtig, damit das
29 Lohnabstandsgebot wieder deutlicher zu Tage tritt. Wer arbeiten geht muss stets
30 mehr in der Tasche haben als jemand, der nicht arbeiten geht. Daher müssen wir
31 die Berechnungsmethode des Bürgergeldes auf den Prüfstand stellen. Denn für uns
32 ist klar, dass das Lohnabstandsgebot gewahrt werden muss. Wir fordern, dass es
33 zu einem Ausgleich kommt, wenn bei der Anpassung der Regelsätze die Prognose
34 über die Preisentwicklung wie Anfang 2024 zu einer Überschätzung führt. Die
35 „ergänzende Fortschreibung“ soll in den Folgejahren mit der tatsächlichen

36 Preisentwicklung verglichen und verrechnet werden. Dazu wollen wir insbesondere
37 die Hinzuverdienstgrenzen im Bürgergeld verbessern. Denn es existieren immer
38 noch Einkommensbereiche, in denen der Mehrverdienst zu 100 Prozent auf die
39 Sozialleistung angerechnet wird. Es sollte sich für jeden lohnen, mehr zu
40 arbeiten.

41 **Erwerbspotentiale heben: Rentner und Menschen in Care Arbeit in die**
42 **Erwerbstätigkeit bringen**

43 Dem Arbeitsmarkt werden durch staatliche Fehlanreize Kapazitäten zweier
44 wichtiger Erwerbspersonengruppen entzogen: Rentner und Menschen, die Arbeiten
45 wollen – auf Grund von Care-Arbeit aber weniger oder gar nicht einer
46 Erwerbstätigkeit nachkommen können.

47 *Rentner*

48 Rentner, die freiwillig über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten, sind
49 besonders zufrieden mit ihrem Leben. Sie ziehen Freude und Vitalität aus der
50 Aufgabe und den sozialen Kontakten im Arbeitsumfeld. Dennoch arbeiten nur 9% der
51 65-74-jährigen in Voll- oder Teilzeit freiwillig weiter, weil es finanziell
52 nicht attraktiv genug ist. Innerhalb der Boomer-Generation, die aktuell in Rente
53 geht, sind viele gut ausgebildete und wertvolle Leistungsträger unserer
54 Wirtschaft, die dem Mittelstand schmerzlich fehlen. Es müssen daher staatliche
55 Fehlanreize korrigiert werden, die einen frühzeitigen Rentenbezug fördern. Die
56 FDP Bayern fordert daher die folgenden Anpassungen im Rentensystem:

- 57 • Aktuell führt der Eintritt in die Rente vor Erreichen der Regelaltersgrenze
58 (Frührente) zu Rentenabschlägen von 0,3% pro Monat. Würde der
59 Abschlagsfaktor auf 0,5% erhöht werden, würde dies einen durchschnittlich
60 gut 3 Monate späteren Rentenzugang bewirken. Dann ergeben sich in etwa
61 177.000 Vollzeitäquivalente zusätzlicher Beschäftigung in Deutschland,
62 davon etwa 30.000 in Bayern.
- 63 • Den Wechsel der „Rente mit 63“ hin zu einem flexiblen Renteneintrittsalter,
64 wie etwa in Schweden.

65 *Ausbau von Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen zur Entlastung pflegender*
66 *Angehöriger*

67

Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule in der Betreuung und Versorgung

68

von Pflegebedürftigen. Viele von ihnen übernehmen die Pflege von

69

Familienmitgliedern oft rund um die Uhr und stehen dabei vor der

70

Herausforderung, diese verantwortungsvolle Aufgabe mit ihrer Berufstätigkeit in

71

Einklang zu bringen. Diese Doppelbelastung führt jedoch häufig dazu, dass

72

pfliegende Angehörige entweder nur in Teilzeit arbeiten können oder ganz aus dem

73

Arbeitsmarkt ausscheiden müssen. Der damit einhergehende Verlust an Arbeitskraft

74

verstärkt den bereits bestehenden Fachkräftemangel in vielen Branchen

75

zusätzlich.

76

Daher ist der Ausbau von Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen dringend notwendig.

77

Nur so können wir die pflegenden Angehörigen wieder schneller für den

78

Arbeitsmarkt gewinnen.

79

Zudem sollte die finanzielle Unterstützung und Förderung dieser Pflegeformen

80

verbessert werden, um sie für alle Familien zugänglich zu machen. Ein spezielles

81

Förderprogramm für Unternehmen, das die Bereitstellung von Informationen über

82

die Nutzung von Tages- und Kurzzeitpflege für Mitarbeiter fördert, könnte

83

zusätzlich dazu beitragen, dass pflegende Angehörige ihre beruflichen

84

Fähigkeiten wieder vollständig einsetzen können.

85 *Bessere Erwerbsbeteiligung für Eltern ermöglichen*

86 Wir wollen die Plätze in Kinderkrippen, Kindergärten, Horten, Häusern für

87 Kinder, Mini-Kitas und Kindertagespflege bedarfsgerecht ausbauen. Jedes Kind

88 braucht altersgerechte Förderung, die Familien brauchen Wahlfreiheiten bei der

89 **Betreuungsform.** Aktuell fehlt in Bayern eine große Anzahl an Betreuungsplätzen,
90 über 70.000. Für die Eltern bedeuten mehr und flexiblere Kinderbetreuungsplätze
91 eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was wiederum die Teilhabe am
92 Arbeitsmarkt in Zeiten des Fachkräftemangels verbessert. Wir brauchen deshalb
93 Investitionsprogramme für die Kommunen und eine Fachkräfte-Offensive in der
94 Kinderbetreuung. Die Staatsregierung wird hier ihrer Verantwortung für die
95 bayerische Wirtschaft seit Jahren nicht gerecht.

96 Des Weiteren fordern wir eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von
97 Kinderbetreuungskosten.

98

99 *Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch faire Arbeitszeitmodelle*

100 Um die Berufstätigkeit von Eltern zu fördern, sind familienfreundliche
101 Arbeitszeitmodelle notwendig, die es ermöglichen, Karriere und familiäre
102 Pflichten zu vereinbaren.

103 Wir fordern daher:

- 104 • Flexible Arbeitszeiten und Homeoffice-Optionen.
- 105 • Förderung einer gerechteren Aufteilung der Care-Arbeit zwischen Männern und
106 Frauen, sowie gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von
107 Frauen und Männern.

108 **Beschleunigung der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten**

109 Arbeit ist ein einfaches und wichtiges Mittel für die Integration in einem neuen
110 Land und in eine neue Kultur. In Deutschland unterliegen Schutzsuchende jedoch
111 zunächst einem Arbeitsverbot, bis Behörden den jeweiligen Asylantrag bearbeitet
112 haben. Als Resultat liegt die Erwerbstätigenquote von Schutzsuchenden im ersten
113 Jahr nach Zuzug bei niedrigen 7%. Wir fordern daher, dass Schutzsuchende bei
114 Vorlage eines Arbeitsvertrags für mindestens sechs Monate eine sofortige,
115 vorläufige Arbeitsgenehmigung erhalten. So können Schutzsuchende bereits
116 arbeiten, während Asylanträge bearbeitet werden. Damit Schutzsuchende und
117 Unternehmen auch zusammenfinden können, muss ein legales Probearbeiten von 5
118 Tagen erlaubt sein. Geflüchtete haben oftmals keine (übersetzten) Zeugnisse, die
119 Aufschluss über die Fähigkeiten der Person geben. Gerade und nicht nur im
120 Handwerk lassen sich auch „ohne Papierkram“ nach kurzer Zeit handwerkliches
121 Geschick und Einsatzbereitschaft feststellen.

122 **Offensive zur Stärkung der dualen Ausbildung**

123 Zur Begeisterung des Nachwuchses und seiner Eltern für Berufswege im Mittelstand
124 und Handwerk setzen wir uns für eine Offensive zur Stärkung der dualen
125 Ausbildung ein. Dazu bedarf es der Weiterentwicklung von Berufsschulen zu
126 regionalen Ausbildungs- & Innovationszentren und einer gleichwertigen
127 beruflichen und akademischen Bildung (u.a. über Meister gleich Master). Damit
128 die duale Ausbildung als Chancenmodell von Schülern und Eltern erkannt wird, ist
129 insbesondere die berufliche Aufklärung an den Schulen konsequent zu verankern.
130 Dazu zählen Mechanismen wie die ausführliche Behandlung von Berufschancen,
131 differenzierte Ausbildungswege und -ziele in allen Schulformen. Regelmäßige,
132 praktische Erlebnisse in Unternehmen vor Ort oder mit den Unternehmen in den

133 Schulen sind selbstverständlich. Dazu zeigen neue Formate wie Parents Days sowie
134 Unternehmenstage und Berufspraktika für Schüler als auch die Etablierung von
135 Zukunftscoaches an den Schulen die Berufsvielfalt auf. Den Eltern wird eine
136 ebenso wichtige Beachtung beigemessen, da diese nicht selten ihre Kinder zum
137 Studium drängen. Aufklärungsarbeit ist somit bei Schülern und Eltern
138 gleichermaßen zu leisten. Die FDP Bayern fordert, dass der Freistaat Bayern hier
139 mit Beispiel voran geht.

140 **Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels**

141 *Optimierung der Berufsorientierung*

142 Die Berufsorientierung an Schulen bildet bei Jugendlichen die Grundlage für die
143 Entscheidung einer passenden Ausbildung nach dem Schulabschluss. Schülerinnen
144 und Schüler sollen eine umfassende und ergebnisoffene Berufsorientierung an den
145 Schulen erhalten, in der akademische und berufliche Bildung gleichgestellt sind.
146 Die berufliche Bildung muss über alle Schulformen hinweg fester Bestandteil
147 sein.

148 Wir fordern daher:

- 149 • Ausbau und Verstetigung von Partnerschaften zwischen Schulen und
- 150 Handwerksorganisationen, zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Unterstützung
- 151 von Praktika, Berufsorientierungsprogrammen und Jobmessen an Schulen.
- 152 • Institutionalisierte Austausch der relevanten Berufsorientierungsakteure und
- 153 bundesweite Optimierung der Berufsorientierung auf Basis von Best Practice.
- 154 • Werkunterricht an allen Schulen zur Förderung praktischer Fähigkeiten und des
- 155 Interesses am Handwerk.

156 *Erleichterung der Unternehmensnachfolge*

157 Eine ganz besondere Art des Fachkräftemangels zeigt sich auch bei der Suche bei
158 Unternehmensnachfolgen. Vielen kleineren und mittleren Unternehmen steht eine
159 schwierige Betriebsnachfolge bevor, weil bisherige Inhaber aus Altersgründen
160 ausscheiden, aber kein geeigneter Nachfolger bereitsteht. Gerade in Zeiten des
161 demografischen Wandels rollt hier ein größer werdendes Problem auf uns zu.

162 Wir fordern daher:

- 163 • Förderung von Entrepreneurship im Handwerk bzw. Meisterkursen.
- 164 • Die Stärkung der Netzwerkbildung zwischen relevanten Institutionen wie
- 165 Landesinnungsverbänden, HWK, IHK und Förderbanken.
- 166 • Stärkung der Gründungen und Ausgründungen aus Berufsschulen.

Begründung

Antrag 84/A003: Verhältniswahlrecht in die Verfassung

Antragsteller*in:	Landesparteitag LV BY, Landesvorstand BY (LV Bayern), KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Abgeordneten der FDP im Bundestag werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass die Grundsätze des Verhältniswahlrecht in das Grundgesetz
- 3 aufgenommen werden. Gleiches fordern wir auch für die Bayerische Verfassung.

Antrag 86/A001: Mobilfunkempfang in ländlichen Gegenden gewährleisten

Antragsteller*in:	BV Schwaben (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Nick Kelldorfner (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freien Demokraten fordern, dass Mobilfunkempfang nicht ausschließlich in
- 2 engmaschig bebauten Gebieten, sondern auch in ländlichen und insbesondere
- 3 un bebauten Regionen, wie Felder, Wiesen, Wälder, Nah- und Fernerholungsgebieten,
- 4 sowie entlang von Verkehrswegen flächendeckend ausgebaut wird. Bei der
- 5 Frequenzvergabe durch die Bundesnetzagentur sollen mehrere Frequenzbereiche,
- 6 insbesondere im Frequenzband zwischen 470 und 694 MHz bereitgestellt werden.
- 7 Hierbei handelt es sich um Kulturfrequenzbereiche, die für den
- 8 flächendeckenden Mobilfunksektor zeitnah zur Verfügung stehen. Der Ausbau der
- 9 ländlichen Netzabdeckung soll im Rahmen der Vergabe so weit, wie es aufgrund von
- 10 Geländemerkmale n möglich ist, verpflichtend umgesetzt werden.

Begründung

In Zeiten der digitalen Transformation ist eine zuverlässige mobile Datenverbindung unverzichtbar geworden. Nicht nur in städtischen Gebieten, sondern auch in ländlichen Regionen wird eine zuverlässige Mobilfunkverbindung immer wichtiger. Gerade in landwirtschaftlichen Betrieben, Forstbetrieben oder auch bei Freizeitaktivitäten in der Natur ist ein gut ausgebautes Mobilfunknetz von großer Bedeutung. Leider gibt es in vielen ländlichen Regionen und auch in Waldgebieten noch immer eine unzureichende Mobilfunkversorgung. Dabei kann eine schnelle Datenverbindung in Notfällen lebensrettend sein, aber auch für wirtschaftliche Aktivitäten und den Tourismus von großer Bedeutung sein. So ist der erste wesentliche Aspekt von Mobilfunkempfang in ländlichen Gegenden die Möglichkeit schnell und ohne Zeitverzögerung Erste Hilfe zu rufen; dies kann bspw. bei Herzinfarkten und Schlaganfällen lebensrettend sein. Darüber hinaus können Mobilfunkgeräte zur Ortung genutzt werden, sodass die Lebensretter verunglückte Personen einfach finden können. Auch im Bereich von Dorf- und Landstraßen sind die Mobilfunknetze vielerorts schlecht oder nicht verfügbar. Da nahezu jeder ein Smartphone besitzt, ist es ärgerlich, wenn die Pannenhilfe erst nach einer Wanderung in den nächsten Ort erreichbar ist. Darüber hinaus besteht mit Empfang in Abgeschlagenen Gegenden die Möglichkeit Smart Farming zu betreiben. Neben neuen und zukunftssträchtigen Möglichkeiten zur umweltbewussten Flurpflege, wie gezielte Drohneneinsätze und GPS gesteuerte Landschaftspflege, setzen Landwirte heute schon auf ein mobilfunkgesteuertes Korrektursignal für Spurführungsassistenten für Landmaschinen bei der Bewirtschaftung von Feldern, Wiesen und Wäldern. Der Einsatz von digitalen Karten und Informationsmaterialien ist in Nah- und Fernerholungsgebieten heute bereits zum Stand der Technik geworden. Allerdings ist dieser nicht nutzbar, wenn besonders in kleinen und sehr ländlichen Gebieten kein Mobilfunkempfang stattfindet. Als Konsequenz bedeutet dies, dass analoge Karten und Unterlagen auf Wanderungen, Radtouren und weitere Aktivitäten mitgenommen werden müssen. Kontakt zu Familie und Freunde über digitale Netzwerke ist heute normal und sollte daher auch in ländlichen Wander- und Urlaubsregionen möglich sein. Zuletzt bleibt erwähnenswert, dass andere Länder mit geringerer

Bevölkerungsdichte als die Bundesrepublik Deutschland, wie Frankreich, Polen oder Rumänien bereits über sehr guten Mobilfunkempfang in ländlichen Gegenden verfügen. Ein Ziel, dass auch in der BRD erstrebenswert ist.

Antrag 86/A002: Beschleunigte Umsetzungsverfahren von Bidirektionalem Laden zur Entlastung von Stromnetzen und Selbsterzeugern

Antragsteller*in:	BV Schwaben (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freien Demokraten fordern bidirektionales Laden von Elektrofahrzeugen,
- 2 insbesondere das Modell „Vehicle to Home (V2H)“ zeitnah und unbürokratisch
- 3 umzusetzen, sodass CO₂-neutral erzeugte elektrische Energie, beispielsweise aus
- 4 Photovoltaikanlagen oder Windkraftanlagen, in Hybrid- oder Elektrofahrzeugen
- 5 zwischengelagert werden und wieder in Haushalten oder Firmennetzen genutzt
- 6 werden kann. Hierbei soll es unerheblich sein, ob die elektrische Energie
- 7 steuerfrei von der privaten PV Anlage des Kfz-Nutzers kommt, oder der Strom nach
- 8 Umsatzsteuer-/Mehrwertsteuerabzug an einer Ladesäule beim Arbeitgeber, oder
- 9 aus dem öffentlichen Stromnetz bezogen wird und anschließend ins Heimnetz
- 10 rückgespeist wird. Das Vorgehen der Endverbraucher wird in der V2H Variante
- 11 durch allgemeine Marktmechanismen entschieden. Darüber hinaus fordern wir die
- 12 akzeptierende Aufnahme des bidirektionalen Ladens in das
- 13 Elektromobilitätsgesetz, die Abschaffung der EEG-Umlage, sowie die
- 14 unbürokratische Aufnahme in das Energiewirtschaftsgesetz: Bidirektionales Laden
- 15 nach dem V2H Konzept soll ausschließlich bei Erwerb elektrischer Energie von
- 16 Dritten durch Mehrwertsteuer besteuert werden. Selbsterzeugte elektrische,
- 17 zwischengespeicherte und
- 18 genutzte Energie muss steuerfrei bleiben.

Begründung

Die bis 2022 in Deutschland installierten Photovoltaikanlagen haben eine Nominalleistung von 58,4 Millionen kWp. Einige dieser PV Anlagen wurden mit der Absicht errichtet den erzeugten Strom aufgrund der geringen Erträge und der Doppelversteuerung nicht ins Netz einzuspeisen, sondern den Strom dem Eigenverbrauch zuzuführen. Als Stand der Technik werden hierfür Batteriespeicher mit wenigen (5-20) kWh Speichervolumen errichtet, die den elektrischen Bedarf von Privathaushalten für wenige Stunden bis Tage puffern können. Unternehmen errichten hauptsächlich PV-Anlagen um teilweise vom Stromnetz unabhängig zu sein oder um Netzschwankungen auszugleichen. Da Stromspeicher allerdings im unternehmerischen Kontext kaum wirtschaftlich zu betreiben sind, verzichten die meisten Unternehmen auf die Investition in Speichertechnologie. Bidirektionales Laden von Automobilbatterien würde sowohl für Unternehmen, als auch für Privathaushalte durch Zwischenspeicherung von elektrischer Energie Tageszeit-, Jahreszeit- und netzabhängige Schwankungen elektrische Energie in Automobilbatterien zwischenspeichern und dann zur Verfügung zu stellen, wenn diese benötigt wird. 2022 fuhren in Deutschland ca. eine Million Elektrofahrzeuge (ca. 650 tsd vollelektrische Fahrzeuge), die über eine elektrisch aufladbare Speicherbatterie verfügen. Die Batterien von Plug-in Hybriden haben eine Kapazität von wenigen kWh. Vollelektrisch betriebene Fahrzeuge bringen eine Speicherkapazität von 30 – 100 kWh mit. Bis 2030 besteht das Potential insgesamt über 700 Mio kWh als Automobilbatterien auf Deutschlands

Straßen zu haben. Einer BMVI-Studie zufolge sind im Mittel täglich 41 % der PKW in Privathaushalten ungenutzt, auf deren Batterie beim Anschluss an einen geeigneten Ladepunkt bidirektionales Laden uneingeschränkt zugegriffen werden könnte. Der Einsatz von bidirektionalem Laden würde die Stromnetze entlasten und die Nachhaltigkeit regenerativer Energien weiter fördern. In den Niederlanden wurde die Möglichkeit zum bidirektionalen Laden bereits in Rotterdam eingeführt. Europaweit laufen bereits Pilotprojekte, auch unter Beteiligung von deutschen Automobilherstellern und Herstellern für Wallboxen. Somit kann die Möglichkeit des bidirektionalen Ladens bereits in absehbarer Zukunft einen einen Beitrag zur Sicherung der Stromversorgung im Rahmen der Energiewende leisten.

Antrag 86/A003: Die Möglichkeit für temporäre Behindertenausweise schaffen

Antragsteller*in:	BV Schwaben (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten fordern die Möglichkeit für Krankenhäuser und bestimmte
- 2 Ärzte einen temporären Behindertenausweis auszustellen, der gerade für die
- 3 Nutzung von Behindertenparkplätzen berechtigt. Diese Ausweise sollen, angepasst
- 4 an die Einschränkungen, die die Verletzung mit sich bringt, wenige Wochen bis
- 5 sechs Monate gelten.

Begründung

95 % aller Behinderungen entstehen im Laufe eines Lebens, was deutlich zeigt, dass jeden von uns jederzeit gesundheitliche Einschränkungen treffen können. Dabei aber noch nicht mit eingerechnet sind temporäre Reduktionen in der Mobilität zum Beispiel durch Unfälle oder Operationen. Betroffene müssen wir besser unterstützen.

Antrag 86/A004: Kernfusion als Säule der Energiewende anstreben

Antragsteller*in:	BV Schwaben (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Ursula Lex (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Das Rennen um die ersten funktionierenden Kernfusionsanlagen hat längst begonnen
- 2 und wird neben den Folgen des Klimawandels auch durch immer neuere Durchbrüche
- 3 an Fusionsexperimenten weltweit befeuert. Europa und speziell Deutschland hat
- 4 derzeit noch eine Spitzenposition auf diesem Gebiet inne, droht allerdings
- 5 zunehmend nicht nur hinter den USA, sondern besonders auch China zurückzufallen.
- 6 Um die Energieautonomie Europas sicherzustellen und Perspektiven für die Rettung
- 7 des Weltklimas zu schaffen, fordern die Jungen Liberalen daher:
 - 8 • eine Bewerbung um den Standort für den geplanten DEMO-Reaktor von
 - 9 EUROfusion in Deutschland. Die beiden Standorte des Max-Planck-Instituts
 - 10 für Plasmaphysik, Greifswald und Garching, sind prädestiniert hierfür.
 - 11 • Den Einsatz Deutschlands innerhalb von EUROfusion dafür, dass der DEMO-
 - 12 Reaktor als Stellarator gebaut wird, um mit seinen europäischen Nachbarn
 - 13 die Ergebnisse des Stellarators Wendelstein-7X zu nutzen und neben ITER
 - 14 auch ein großskaliges Experiment nach Stellaratorkonzept zu bauen.
 - 15 • private Initiativen zu einem Demonstrationsreaktor durch Kooperations- und
 - 16 Förderprojekte innerhalb der Europäischen Union zu begleiten und zu
 - 17 unterstützen, damit das vorhandene Know-How gehalten und ausgebaut werden
 - 18 kann. Hiermit stärken wir auch massiv unseren High-Tech-Sektor.
 - 19 • Klare Genehmigungsanforderungen und Schnellverfahren zur Überprüfung
 - 20 derselben für Kernfusionsforschung und Testanlagen zu etablieren. Klare
 - 21 Rahmenbedingungen schaffen Sicherheit und Investitionsanreize.
 - 22 • Professuren im Bereich Kernfusion mit Fokus auf Energieerzeugende Anlagen
 - 23 zu schaffen.

Begründung

Energie, ob in Form von Strom, Wärme oder als Verkehrsantrieb, günstig und in großen Mengen, ist der Schlüssel für eine florierende Volkswirtschaft und wachsenden Wohlstand. Während wir eben diesen Wohlstand im Moment durch die Energiewende hin zu Erneuerbaren vor den Folgen des Klimawandels zu bewahren versuchen, stoßen wir genau hierdurch in absehbarer Zukunft, etwa gegen Mitte dieses Jahrhunderts, auf Grenzen für unser Wachstum: Immer mehr Erneuerbare benötigen auch immer größere Flächen, der Bedarf bis Mitte des Jahrhunderts liegt nach Schätzungen bei etwa der fünffachen Fläche von heute. Da diese Entwicklung nicht dauerhaft wirtschaftlich sozial und auch rein platztechnisch durchzuhalten ist, ist es unerlässlich, dass wir bis dahin eine neue Energiequelle ohne CO₂-Emissionen, Umweltverschmutzung oder massivem Ressourcenverbrauch finden. Die Kernfusion ist eine solche. In Deutschland haben wir durch Erfahrung aus der Kernenergie, Großexperimente des Max-Planck-Instituts

für Plasmaphysik ASDEX-Upgrade und Wendelstein-7X und Start-Ups wie Marvel Fusion und Focused Energy, sowie einer leistungsstarken High-Tech-Wirtschaft die besten Voraussetzungen, Kernfusion bald als Energiequelle nutzbar zu machen. Viele Fortschritte wurden in Deutschland und Europa (durch EUROfusion mit dem Großprojekt ITER) bereits geleistet. Während andere Nationen wie die USA mit privaten und China mit staatlichen Geldern gerade Pläne haben, diese europäischen Entwicklungen zu nutzen, hängen wir durch allzu bürokratisches Vorgehen und Zögerlichkeit in der Umsetzung hinterher. China plant als Anschluss an seinen BEST-Reaktor bis 2040 den Bau eines kommerziell-staatlichen Fusionsreaktors. Die USA fördern ihre privaten Initiativen 2024 mit etwa 1 Mrd. US-Dollar, und wollen bis Ende der 30er-Jahre funktionierende Kraftwerke demonstrieren. Sollten wir es nicht schaffen, beispielsweise China mit seinen Entwicklungen zuvorkommen, droht uns noch eine Verschärfung unserer derzeitigen Energieabhängigkeit von Autokratien.

Antrag 86/A005: Bahnstrategie für Bayern und Deutschland

Antragsteller*in:	BV Schwaben (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Das Deutsche Schienennetz krankt nicht nur an jahrelanger Unterfinanzierung. Wir
2 schaffen es nämlich weder auf der kommunalen oder regionalen Ebene, die
3 bestehenden Fördertöpfe sinnvoll aufeinander abzustimmen, noch auf
4 transnationaler Ebene, sinnvoll mit unseren Europäischen Nachbarn den
5 Güterverkehr zu regeln. Die bestehenden Baumaßnahmen sind selten aufeinander
6 abgestimmt und passen meist auch nicht zum modernen Standard der Schienennetze
7 unserer Nachbarländer. Wir hinken unseren Nachbarn und Partnern innerhalb der
8 europäischen Union in wichtigen Projekten um mehr als ein Jahrzehnt hinterher.
9 Um eine verlässliche Schieneninfrastruktur zu schaffen, fordern wir daher:
- 10 • Einen Strategieentwurf für das gesamte bayerische sowie für das deutsche
11 Schienennetz. Wie bereits in Baden-Württemberg geschehen wollen wir hier
12 auch flächendeckend die Kosten-Nutzen-Berechnung für Reaktivierung und
13 Ausbau bestehender Bahnstrecken durchführen, damit zu jedem
14 Streckenabschnitt eine vorläufige Zielüberlegung qualifizierte existiere,
15 ob hier
16 Ausbau, Rückbau oder Reaktivierung geplant ist. Damit soll verhindert
17 werden, dass Baumaßnahmen einander behindern oder gar gegenseitig die
18 Kosten in die Höhe treiben.
 - 19 • Ein besonderer Fokus muss auf Reaktivierung ehemalige Bahnhalte liegen.
20 Dies ist meist sehr kostensparend und scheitert oft nur an hinausgezögerten
21 Verfahren auf Landesebene. Die Kommunalen Bemühungen wollen wir im
22 Besonderen unterstützen.
 - 23 • Das Zugsteuersystem ETCS wollen wir im Gesamtnetz installieren.
 - 24 • Bei eingleisigen Strecken, welche noch nicht zweigleisig ausgebaut werden
25 können, muss ab 2027 mindestens alle 10 Kilometer ein Ausweichgleis
26 bestehen. Wir fordern insbesondere den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke
27 Buchloe - Memmingen – Lindau.
 - 28 • Sämtliche Grenzübergänge wollen wir schnellstmöglich elektrifizieren.
 - 29 • Das Fernverkehrsnetz soll flächendeckend auf den Güterverkehr mit
30 europäischer Normlänge von 740m ausgelegt werden.

Antrag 86/A006: BILDU4G W1LL GELÄHRNT SAIN

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP setzt sich dafür ein, dass an den bayerischen Schulen der Sekundarstufe
- 2 (vornehmlich Mittelschule, Realschule und Gymnasium) ein Angebot zur Therapie
- 3 von Lernstörungen verpflichtend angeboten werden muss.

Antrag 86/A007: Bavarian Nature Fund

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der
- 2 Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes
- 3 einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut.“ So lautet Art. 141 Abs.
- 4 1 der Bayerischen Verfassung. Gleichzeitig ist in Art. 141. Abs. 3 der
- 5 Bayerischen Verfassung des Recht auf Genuss der Naturschönheiten verankert.
- 6 Die natürliche Lebensgrundlage wie auch die Bayerischen Naturschönheiten sind
- 7 aber nachhaltig in Gefahr. Wasser wird auch Bayern zunehmend ein knapperes Gut.
- 8 In 13 anderen Bundesländern muss für die Wasserentnahme gezahlt werden. Nur in
- 9 Bayern, Thüringen und Hessen nicht. Gleichzeitig wissen wir: Der Markt ist das
- 10 effizienteste Instrument, um knappe oder knapper werdende Güter bestmöglich zu
- 11 verteilen. Dafür braucht Wasser aber auch einen Preis.
- 12 Daher fordern wir ein Wasserentnahmeentgelt von 11ct im Freistaat Bayern
- 13 einzuführen. Gleichzeitig soll das Geld aber nicht im allgemeinen Haushalt
- 14 untergehen. Vielmehr sollen dadurch zweckgebunden Wasserschutz- und -
- 15 sparprogramme – zur Erfüllung des Verfassungsauftrages – finanziert werden sowie
- 16 auch die Bürgerinnen und Bürger direkt beteiligt werden. So ist auch ein
- 17 sozialer Ausgleich mitgeschaffen. Bei der Wasserentnahmeentgelte muss es
- 18 Minderungen, bspw. bei der Landwirtschaft und der Wasserkraft, sowie eine
- 19 Härtefallregelung und Regelung für Naturkatastrophen geben.
- 20 Neben dem Wasserentnahmeentgelt fordern wir außerdem, dass Einnahmen aus den
- 21 bayerischen Staatsforsten und dem Bergrecht, insbesondere den Abgraberecht von
- 22 Kies, mit in einen „Bavarian Nature Fund“ fließen.
- 23 Bis 2025 wird durch den liberalen Finanzminister Christian Lindner die
- 24 Möglichkeit von direkten Zahlungen an alle Bürgerinnen und Bürger mit
- 25 Steuernummer ermöglicht. Daher schlagen wir einen „Bavarian Nature Fund“ vor,
- 26 der einen Teil der Einnahmen der Wasserentnahmeentgelte an alle Einwohner
- 27 Bayerns mit Steuernummer wieder ausschüttet. Solche Systeme kennen wir nicht nur
- 28 schon von der Klimadividende sondern z.B. auch aus anderen Ländern vom „Alaska
- 29 Permanent Fund“.

Antrag 86/A008: Ablöse ermöglichen statt Pflicht zum Spielplatzbau bei Mehrfamilienhäusern

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Vermooste Sandkisten, morsche Wipptiere, verwahrloste Schaukeln – nie genutzte
- 2 Spielflächen vor kleineren Mehrfamilienhäusern sind in Bayerns Kommunen häufig
- 3 zu sehen. Gemäß Artikel 7 Abs. 3 BayBO besteht bei Neubauten mit mehr als drei
- 4 Wohnungen die Pflicht einen Kinderspielplatz in ausreichender Größe anzulegen.
- 5 Doch gerade bei kleineren Mehrfamilienhäusern ist oftmals bereits bei Errichtung
- 6 absehbar, dass der Spielplatz gebaut wird, um zu verfallen. Denn es gibt Häuser,
- 7 in denen aufgrund ihrer baulichen Struktur nie ein Kind im Spielplatzalter
- 8 wohnen wird und damit kein Bewohner je die Instandhaltung des Spielplatzes bei
- 9 den Grundstückseigentümern einfordern wird
- 10 Für die Grundstückseigentümer gehen damit unnötige Baukosten und
- 11 Flächenverbrauch einher sowie gegebenenfalls anfallende, unnötige
- 12 Instandhaltungskosten. Ferner bedürfen Spielflächen oftmals ausreichender
- 13 Zuwegungen, welche, bei Nicht-Bedarf, zu nicht notwendigen Flächenversiegelungen
- 14 führen.
- 15 Die FDP spricht sich ebenfalls für die Errichtung hausnaher Spielflächen, wo
- 16 immer sinnvoll, aus. Wir sehen jedoch die absehbare Verschwendung von Ressourcen
- 17 kritisch und fordern daher,
- 18 1. die BayBO in dieser Sache so zu ändern, dass der frühere (vor Änderung am
- 19 24.07.2007) Artikel 8 Abs. 2 (2) wieder gilt und den Gemeinden der Erlass einer
- 20 „Ablöse-Satzung“ wieder möglich ist.
- 21 2. dass die bayerischen Kommunen solch eine entsprechende „Ablöse-Satzung“
- 22 erlassen. Die so eingenommenen Geldmittel sollen ausschließlich für den Ausbau
- 23 und Unterhalt der Spielplätze im Stadtgebiet genutzt werden.

Antrag 86/A009: „Vater-Mutter-Kind“ als One Way-Lösung?!: Für mehr Chancengleichheit und Realismus in deutschen Adoptionsverfahren

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Anzahl der Adoptionen stagniert und hat sich seit 1991 halbiert. Hinzu
- 2 kommt, dass sich die meisten Adoptionsprozesse innerhalb von Familien abspielen
- 3 – also über die Hälfte der Adoptionen geschieht durch Stiefväter oder
- 4 Stiefmütter.
- 5 Die Entwicklungen der Reproduktionsmedizin stellen hierbei eine mögliche
- 6 Begründung des Rückgangs dar. Doch verweist ein genauerer Blick auf den Ablauf
- 7 sowie die notwendigen Voraussetzungen einer Adoption in Deutschland darauf, dass
- 8 auch in Zeiten des Fortschritts und der zunehmenden Individualisierung sowohl
- 9 rechtliche als auch gesellschaftliche Hürden einer erfolgreichen Adoption im
- 10 Wege stehen.
- 11 „Die Annahme als Kind ist zulässig, wenn sie dem Wohl des Kindes dient und zu
- 12 erwarten ist, daß zwischen dem Annehmenden und dem Kind ein Eltern-Kind
- 13 Verhältnis entsteht“ legt das BGB (§ 1741 (1)) fest.
- 14 Adoptieren dürfen verheiratete Paare nur gemeinsam. Umgekehrt kann ein
- 15 unverheiratetes Paar ein Kind nicht gemeinsam adoptieren. Die Praxis zeigt, dass
- 16 alleinstehende Personen deutlich schlechtere Chancen haben, indem sie nicht das
- 17 vorherrschende Idealbild „Vater-Mutter-Kind“ erfüllen.
- 18 Neben dem Familienstand fallen im Adoptionsbewerbungsprozess gleichermaßen die
- 19 Vermögensverhältnisse, die Wohnsituation, der physische und psychische
- 20 Gesundheitszustand oder die partnerschaftliche Stabilität ins Gewicht.
- 21 Einkommenssteuerbescheide, Gesundheitszeugnisse, polizeiliche Führungszeugnisse,
- 22 Vermögensnachweise, Lebensläufe und Eignungsgutachten sind verpflichtend, damit
- 23 eine Chance auf notarielle Beurkundung und die Zustimmung des
- 24 Vormundschaftsgerichts besteht.
- 25 Auch gesellschaftlich zeigt sich nach wie vor, dass die Thematik der Adoption
- 26 und eine Familie mit adoptierten Kindern nicht dem sozial vorherrschenden Bild
- 27 der Normalfamilie entsprechen und folglich oftmals der Stigmatisierung
- 28 ausgesetzt sind. Der rechtliche Weg bestärkt dies in seinem Versuch, ein gutes
- 29 Eltern-Kind Verhältnis durch einen starren Kriterienkatalog zu erreichen.
- 30 Mit Blick auf die Paare und Einzelpersonen, die einen Kinder-/Adoptionswunsch
- 31 haben und mit Blick auf die Kinder, die aus verschiedensten Gründen eine andere
- 32 Familie als ihre Herkunftsfamilie brauchen: Im Gegensatz zur natürlichen Geburt
- 33 wird beiden Akteuren im Rahmen der Adoption Chancengleichheit aberkannt. Daher
- 34 fordern wir:

35 Die Adoption in Deutschland soll unabhängig von festgelegten
36 Familienkonstellationen und Gesellschaftsbildern möglich sein. Dafür braucht es
37 eine grundlegende Reform des Adoptionsvermittlungsprozesses sowie seiner
38 Voraussetzungen. Es geht hierbei nicht um den gänzlichen Wegfall der
39 „Eignungsprüfung“, sondern einen verstärkt individuellen Fokus des Verfahrens
40 auf die Eltern-Kind-Beziehung – unabhängig von Eigentum oder
41 Stabilität/Gestaltung einer Partnerschaft. Hierzu braucht es besonders auf
42 rechtlicher Ebene einen Abbau der Hürden, welcher maßgeblich von verschiedenen
43 Experten entworfen und bewertet werden muss (Pädagogik, Psychologie, Bildungs-
44 und Erziehungswissenschaften, Medizin, Politik, Recht etc.).

45 Grundlegend soll die Adoption somit auch unverheirateten Paaren zugänglich
46 gemacht werden, um so erhebliche rechtliche und persönliche Nachteile zu
47 verringern.

48 Das Etablieren eines vielfältigen Verständnisses von Familie beginnt schon
49 in der frühkindlichen Phase: Das Thema Adoption sollte, ähnlich wie Regenbogen
50 oder Patchworkfamilien in der frühkindlichen und schulischen Erziehung
51 berücksichtigt und in entsprechende Programme integriert werden.

52 Enttabuisierung der Adoption: Adoptiveltern und Adoptivkinder sind nicht
53 weniger Familie als in leiblichen Verwandtschaftsverhältnissen. So wie zurecht
54 über Reproduktionsmedizin oder Abtreibung aufgeklärt wird, sollte dies auch im
55 Feld der Adoption geschehen. Dazu zählen unter anderem spezifische
56 Informationsangebote für Adoptionswillige und Auslandsadoptionen oder die
57 Unterstützung in Adoptionsfragen durch Kinderwunschzentren, Familienzentren und
58 Mediziner

Antrag 86/A010: Besserer Kinder- und Jugendschutz beim Gebrauch von Lachgas

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP setzt sich dafür ein, den missbräuchlichen Gebrauch von Lachgas als
- 2 Rauschmittel für Kinder und Jugendliche einzuschränken, unter den Grenzen, dass
- 3 1. der Erwerb zum intendierten (nicht Rausch erzeugenden) Nutzen nicht
- 4 unverhältnismäßig für Kinder und Jugendliche eingeschränkt wird und
- 5 2. der Erwerb von Lachgas für Erwachsene (auch wenn er zu Zwecken des
- 6 Rausches intendiert ist) nicht eingeschränkt wird.

Antrag 86/A011: Freilichtmuseum Bayern verhindern

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Ensembleschutz im Denkmalschutz gehört abgeschafft. Art. 1 Abs. 3 Bay.
- 2 Denkmalschutzgesetz gehört daher gestrichen. Bedeutende Einzelbaudenkmäler
- 3 sollen weiterhin geschützt werden können und sind erhaltenswert. Ganze
- 4 Straßenzüge zeitlich für immer einfrieren – auch wenn kein einziges Gebäude
- 5 alleine schützenswert ist, ist jedoch falsch.

Antrag 86/A012: „Demokratie-Update Now! – Schalten Sie ihre Werte währenddessen nicht aus“: Für ein verstärktes Umdenken in der Vermittlung von Demokratie, Freiheit und Leistungsgerechtigkeit an junge Generationen

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Spätestens seit den vergangenen Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 ist
- 2 deutlich geworden, dass die zentralen Errungenschaften unserer westlichen
- 3 Gesellschaft in Deutschland zunehmend an Zuspruch und Bedeutung verlieren.
- 4 Freiheit sowie Demokratie auf der einen Seite und gleichermaßen auch
- 5 Leistungsprinzipien und Chancengerechtigkeit weichen vermehrt populistischen,
- 6 rechten Sachverhalten und Versprechen.
- 7 Besonders bei jungen Erwachsenen scheinen gerade solche Inhalte zunehmend
- 8 Anklang zu finden. In Bayern lag der Wähleranteil für die AfD der 18-24 Jährigen
- 9 bei 16%. Gleichermäßen hohe Zunahmen zeigten sich bei 25-34 Jährigen mit 18%. Im
- 10 gleichen Zug haben gerade bei diesen Zielgruppen alle demokratischen
- 11 Volksparteien hohe Verluste verzeichnen müssen.
- 12 Mögliche Erklärungsansätze häufen sich und das Problem stellt sich als deutlich
- 13 komplexer heraus, wenn man einmal Faktoren jenseits des professionellen Social
- 14 Media Auftritts der AfD oder dem Phänomen der Protestwähler in den Blick nimmt.
- 15 Verschiedene aktuelle Studien zeigen deutlich, dass die Folgen der Corona-
- 16 Pandemie gerade bei jungen Menschen zu nachhaltigen Gefühlen der
- 17 Ungerechtigkeit, Zukunftsangst und des Kontrollverlusts geführt haben. Den
- 18 nachfolgenden Krisen kann man vermutlich nur diesbezüglich verstärkende
- 19 Dynamiken attestieren. Immer häufiger werden Werte der Freiheit,
- 20 Leistungsgerechtigkeit, Chancengleichheit wie der individuellen Verantwortung
- 21 für sich und seine Gesellschaft durch die Suche nach Erklär-, Beeinfluss- und
- 22 Vorhersehbarkeit konfrontiert – vermehrt ausgetauscht und von populistischen
- 23 Parteien profitabel genutzt. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ oder auch das
- 24 Wertebündnis Bayern steht beispielhaft dafür, dass schon lange erkannt wurde,
- 25 dass demokratische sowie freiheitliche Werte immer wieder in das aktuelle
- 26 Bewusstsein gerufen werden müssen und in der Jugendarbeit eine wesentliche
- 27 Demokratiequelle liegt. Zudem herrscht in kaum einem anderen Land wie
- 28 Deutschland eine derart große Diskrepanz zwischen hohem politischem Wissen und
- 29 verspürter Machtlosigkeit vor. Ein ausbleibender nachhaltiger Erfolg solcher
- 30 Initiativen scheint nicht in den Grundmotiven, sondern der Umsetzung einer
- 31 Vermittlung demokratischer Werte an junge Generationen zu liegen.
- 32 Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zeigen, dass es Zeit geworden
- 33 ist, über die bloße Auseinandersetzung mit Demokratie und Freiheit hinauszugehen
- 34 – nicht zu warten und zu beobachten. Vielmehr drängt sich die Notwendigkeit auf,

35 schon in der Konzeption von Vermittlungswegen an den aktuellen Bedürfnissen
36 junger Erwachsener, Jugendlicher und Kinder anzusetzen und aufzuzeigen, wie
37 demokratische Werte als direkte Lösungen für berechnigte Ängste, Krisenzustände
38 und Belastungszustände wirken können. Es ist Zeit für ein Demokratie-Update,
39 welches folgende Forderungen umfasst:

40 Verstärkte und effektive Verankerung demokratischer und freiheitlicher Werte
41 in relevanten Grundstrukturen: Sowohl in der frühkindlichen als auch schulischen
42 Bildung müssen die zentralen Errungenschaften und Charakteristika der Demokratie
43 in den Fokus gerückt werden. Eine notwendige qualitative und inhaltliche
44 Aufwertung des Politikunterrichts an weiterführenden Schulen sowie die
45 Einführung eines altersgerechten, vom Sachunterricht unabhängigen
46 Politikunterrichts an Grundschulen können die Entwicklung relevanter
47 demokratieoffener Werteorientierungen und politischer Vorstellungskraft in der
48 primären Lern- und Entwicklungsphase des Menschen fördern.

49 Stärkere Gewichtung von Demokratie, politischer Bildung, Medienkompetenzen
50 und Inklusion im Lehramtsstudium und kinder-/jugendspezifischen
51 Ausbildungsberufen.

52 Finanzielle Investition in Jugend- und Erinnerungsarbeit: Dies umfasst zum
53 einen die finanzielle Unterstützung von Schulen zur Umsetzung
54 demokratieorientierter Beteiligungsformate und fachübergreifender Weiterbildung
55 von Lehrkräften. Zum anderen die verstärkte Investition in Lehrmaterialien,
56 Jugendorganisationen und demokratievermittelnde Modellprojekte.

57 Enge Zusammenarbeit zwischen Politik (Bundes-, Landes- sowie Kommunalebene)
58 und Experten (Psychologen, Soziologen, Pädagogen, Jugendtherapeuten,
59 Politikwissenschaftler und Jugendforscher) in der Entwicklung und Ausarbeitung
60 spezifischer Konzepte – basierend auf den derzeitigen Bedürfnissen und Unmet
61 Needs junger Generationen – zur Vermittlung demokratischer und freiheitlicher
62 Werte an junge Erwachsene, Jugendliche und Kinder im Rahmen eines
63 Expertengremiums.

Antrag 86/A013: Wirtschaftswende jetzt!

Antragsteller*in:	BV Unterfranken (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer akuten Schwächephase. Vor allem
- 2 die Inlandsinvestitionen sind stark rückläufig. Den deutschen Unternehmen fehlt
- 3 es an positiven Zukunftserwartungen.
- 4 Deutschland war in hohem Maße von russischem Gas und Öl abhängig. Die
- 5 deutsche Wirtschaft und die Gesellschaft waren so sehr verletzlich.
- 6 Die letzten Jahrzehnte waren davon geprägt, dass Deutschland sich in
- 7 einer trügerischen Sicherheit gewogen hat. Statt in die äußere Sicherheit haben
- 8 wir in den Ausbau unseres Sozialstaats investiert. Der demographische Wandel
- 9 hätte dringende Reformen nötig gemacht. Nicht nur im Bereich der
- 10 Sozialversicherungen sind diese unterblieben. Allein im Gesundheitsbereich hat
- 11 die Union in der letzten Legislatur Gesetze auf den Weg gebracht, die die
- 12 Versicherten mit über 12 Mrd. € pro Jahr belasten. Die Entscheidungen in der Ära
- 13 Merkel haben nicht in die richtige, sondern in die falsche Richtung gewiesen.
- 14 Hinzukommt, dass vor allem die Bundesländer sich zunehmend darauf eingestellt
- 15 haben für die Erfüllung ihrer Aufgaben immer wieder Bundesmittel zu erhalten. In
- 16 2023 summierten sich die Entlastungen für Länder Kommunen im Bundeshaushalt auf
- 17 72 Mrd. €. Angesichts der internationalen Sicherheitslage und den
- 18 Herausforderungen bei Bundeswehr und Zivilschutz muss damit Schluss sein. Jede
- 19 staatliche Ebene muss ihre Verantwortung erfüllen. Dazu dürfen die Länder nicht
- 20 nur die Entscheidungskompetenz einfordern, sondern müssen auch die
- 21 entsprechenden Mittel selbst zur Verfügung stellen.
- 22 Getrieben von links, grünen Großstadtmilieus hat Deutschland einen
- 23 ausgeprägten Ehrgeiz entwickelt Klimaziele und Klimaneutralität mit der
- 24 größtmöglichen Geschwindigkeit zu erreichen. Kein anderes Industrieland auf der
- 25 Welt teilt diesen Ehrgeiz, schon gar nicht die Schwellenländer. Dieser Ehrgeiz
- 26 überfordert die deutsche Gesellschaft und die deutsche Wirtschaft mit ihren
- 27 hochwertigen Arbeitsplätzen und überzeugt kein Land in der Welt zur Nachahmung.
- 28 Wie aktuell zu beobachten ist, gefährdet dieser Ehrgeiz den Wohlstand, den sich
- 29 unsere Gesellschaft über Jahrzehnte aufgebaut hat. Dieser Ehrgeiz ist von
- 30 Verzichtsphantasien und der Vorstellung der Staat könne mit hunderten von
- 31 Milliarden die teuren Kosten dieses übereilten Wandels mit Schulden und damit
- 32 mit dem Geld unserer Kinder finanzieren. Wir setzen stattdessen auf Realismus,
- 33 Technologieoffenheit und Zuversicht.
- 34 Dies alles zeigt: Deutschland braucht dringend eine Wirtschaftswende um wieder
- 35 auf einen Wachstumskurs zu gelangen. Dazu wollen wir u.a. folgende Maßnahmen
- 36 umsetzen:

37 **Deutschland entlasten!**

38 Deutschland ist Vizeweltmeister bei der Belastung seiner Bürgerinnen und Bürger
39 sowie den Unternehmen und damit unserer Arbeitsplätze mit Steuern und Abgaben.
40 Damit der Standort Deutschland wieder international attraktiv wird, werden wir
41 den Solidaritätszuschlag abschaffen und eine Reform der
42 Unternehmensbesteuerung durchführen. Ziel muss es sein die Belastung auf den
43 OECD-Durchschnitt zu reduzieren.

44 **Deutschland aufbauen!**

45 Die Infrastruktur in Deutschland ist in einem schlechten Zustand. Das liegt
46 nicht in erster Linie an fehlenden Mittel auf Bundesebene, sondern an
47 fehlenden Plankapazitäten und zu langen Planungsprozessen.
48 Das Planungsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung ist ein guter Schritt, um
49 Planungszeiten zu reduzieren. Es kann jedoch nur ein Anfang sein. Es ist
50 konsequent zu evaluieren und weitere Schritte für die Verkürzung der
51 Planungsprozesse zu ergreifen. In Zukunft werden wir wieder verstärkt auf PPP-
52 Projekte setzen. Diese werden aktuell vor allem aus ideologischen Gründen
53 verhindert. Grundsätzlich werden wir mehr privates Kapital für
54 öffentliche Investitionen aktivieren. Ein Großteil der staatlichen Investitionen
55 ist von den Kommunen zu tätigen. Die Länder haben die Kommunen jedoch in den
56 letzten Jahrzehnten unterfinanziert. Wir werden die kommunalen Finanzen mit dem
57 Ziel reformieren, dass Städte und Gemeinden kontinuierliche Einnahmen zufließen.
58 Dazu werden wir den Anteil der konjunkturanfälligen Gewerbesteuer reduzieren und
59 den Kommunen ein Heberecht auf die Einkommensteuer einräumen.

60 **Deutschland leistungsgerecht!**

61 Die Sozialausgaben sind in den letzten Jahren stärker gestiegen als die
62 Einnahmen. Technologischer Fortschritt, demographischer Wandel und falsche
63 Anreizstrukturen haben zu den steigenden Kosten geführt. Unser Sozialstaat wird
64 durch unsere Leistungsträger über Abgaben und Steuern getragen^[1]. Die oberen 20
65 \% der Haushalte tragen knapp 50 \% der gesamten Staatsausgaben.
66 Wir werden den Sozialstaat wieder auf die Schwachen und Bedürftigen
67 ausrichten. Nachholbedarf sehen wir bei Alleinerziehenden und bei drohender
68 Altersarmut. In Zeiten von Arbeitskräftemangel muss es uns darüber hinaus darum
69 gehen, Arbeitspotentiale zu heben. Wir erteilen Vorstellungen, dass es einen
70 bedingungslosen Anspruch auf Transferzahlungen gegenüber dem Staat gibt, eine
71 konsequente Absage. Wir werden die Eigenverantwortung und Eigenanteile in den
72 sozialen Sicherungssystemen erhöhen und das Renteneintrittsalter an die
73 Lebenserwartung koppeln. Die Sozialleistungen in Kommunen, in den Ländern und im
74 Bund werden wir auf ihre Zielerreichung hinterfragen. Das Lohnabstandsgebot
75 werden wir wieder konsequent einhalten, das Bürgergeld entsprechend reformieren.

76 **Deutschland pro Marktwirtschaft!**

77 Wir brauchen in Deutschland einen Mentalitätswechsel. Über Jahre wurde das Ende
78 des Wachstums propagiert. Die Marktwirtschaft wurde diskreditiert. Damit muss
79 jetzt Schluss sein. Die Marktwirtschaft ist nicht nur Ausgangspunkt unseres
80 Wohlstands. Sie sichert auch die Finanzierung unseres Staats – der äußeren

81 Sicherheit, der Investitionen, des Bildungssystems und des Sozialstaats. Sie ist
82 Garant für wirtschaftliche Freiheit, denn sie setzt auf die Menschen und nicht
83 auf das Kollektiv. Wir werden deshalb die Bildung in den Schulen und Hochschulen
84 in Hinblick auf Wirtschaft, Recht und Staatslehre deutlich ausweiten. Wir werden
85 den Bildungsauftrag für unsere demokratische Grundordnung und der
86 sozialen Marktwirtschaft beim öffentliche-rechtlichen Rundfunk festschreiben.
87 Zusätzlich wollen wir private Investitionen für Start-Ups weiter erleichtern
88 und steuerlich begünstigen.

89 **Deutschland entbürokratisieren!**

90 Die vielen gesetzlichen Regelungen und Berichtsvorgaben lähmen unsere
91 Wirtschaft. Entbürokratisierung darf deshalb keine Forderung bei Sonntagsreden
92 sein, sondern muss ein fortlaufender Prozess unseres politischen Handelns
93 werden. Das Entbürokratisierungspaket unter Federführung unseres FDP-
94 Justizministers Marco Buschmann mit einem Entlastungsvolumen von 2,3 Mrd. € ist
95 dabei ein erster gute Schritt. Es ist das größte Entbürokratisierungspaket seit
96 Jahrzehnten. Auf diesem Weg werden wir weitergehen. Wir erwarten aber auch von
97 anderen Ministern der Bundesregierung vor allem von Wirtschaftsminister Robert
98 Habeck mehr Einsatz beim Abbau von Bürokratie.

99 Mit zunehmendem Maße werden unser Leben und unsere Wirtschaft aber auch
100 von überbordender Bürokratie aus Brüssel gefesselt. Allein in den letzten
101 Monaten hat die EU-Kommission und das EU-Parlament in einem wahren Endspurt eine
102 Vielzahl von Verordnungen und Richtlinien auf den Weg gebracht. Diese
103 Bürokratiwelle der EU werden wir brechen. Sie gefährdet das europäische
104 Projekt. Neue EU-Regeln darf es nur noch geben, wenn zuvor eine Regelung
105 abgeschafft wurde.

106 **Deutschland wirtschaften!**

107 In den letzten Jahren wurde unsere Landwirtschaft mit übermäßigen Maßnahmen
108 belastet. Teil der Wirtschaftswende muss deshalb auch eine Wende in der
109 Agrarpolitik sein. Dazu werden wir die obligatorische Flächenstilllegung für
110 2024 aussetzen und uns für das Aussetzen der Regelung bis zum Ende der GAP-
111 Periode einsetzen. Wir werden die einkommensteuerliche Tarifglättung nach der
112 beihilferechtlichen Genehmigung der EU-Kommission rückwirkend ab 2023 für sechs
113 Jahre einführen. Sobald die EU-rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, werden wir
114 den Einsatz alternativer Antriebstechnologien in der Landwirtschaft bzw. von
115 Steuererleichterungen für alternative Kraftstoffe umsetzen. Wir überarbeiten die
116 Ausgestaltung der Stoffstrombilanzverordnung und damit der Richt- und
117 Schwellenwerte der Düngeverordnung sowie die Vereinheitlichung
118 von Dokumentationsfristen.

119 **Deutschland innovativ!**

120 Nicht nur bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Klimaanpassung setzen wir
121 auf Technologieoffenheit und Innovationen. Wir maßen uns nicht an die
122 Technologie der Zukunft zu kennen. Wir sehen vielmehr unsere politische
123 Verantwortung darin, dass aus jedem Traum ein Produkt werden kann. Verbote und

124 einseitige Festlegungen passen dazu nicht. Wir werden die Freiheit von
125 Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft konsequent durchsetzen.

126 **Deutschland klimaneutral, aber vernünftig!**

127 Wir beenden den übereifrigen Ehrgeiz, der unsere Gesellschaft und unsere
128 Wirtschaft überfordert und passen unser Klimaziele denen unserer Partner an. Den
129 verfrühten gesetzlich verordneten Ausstieg aus der Kohle werden wir beenden. Den
130 Rückbau der Atomkraftwerke stoppen und eine Wiederinbetriebnahme prüfen, um mit
131 dem CO2 neutralen Strom der Atomkraftwerke unsere energieintensive Industrie zu
132 versorgen und so im Land zu halten. Wir werden die Wasserstoffindustrie
133 konsequent ausbauen und als zentrales Instrument auf den Zertifikatehandel
134 setzen. Dies erübrigt zusätzliche gesetzliche Verpflichtungen, wie das
135 Heizungsgesetz.

136 **Deutschland sichern!**

137 Die Basis unserer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft ist die
138 Freiheit und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Auch wenn wir uns es
139 anders wünschen würden, Despoten, wie Wladimir Putin, machen deutlich, dass
140 wir Sicherheitskräfte benötigen, die für die nötige Sicherheit und Abschreckung
141 sorgen können. Wir werden auf den Krieg vorbereitet sein, damit der Krieg nie zu
142 uns kommt. Entsprechend werden wir die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes
143 wieder herstellen.

144 **Deutschland für die Zukunft stabilisieren!**

145 Verteidigungsfähigkeit, Klimawandel, Bildung und Investitionen sind
146 Daueraufgaben des Staates, die aus laufenden Einnahmen finanziert werden müssen.
147 Zukünftige Generationen sind nicht nur mit den expliziten Staatsschulden
148 belastet, sondern auch mit Risiken und Belastungen u.a. aus den sozialen
149 Sicherungssystemen. Wir werden niemanden die Hand reichen, der die Probleme der
150 jetzigen Generation mit dem Geld unserer Kinder bezahlen will. Das wäre zutiefst
151 unfair und ungerecht. Wir stehen in der Verantwortung die Handlungsfähigkeit
152 zukünftiger Generationen nicht zu verfrühstücken. Wir werden deshalb die
153 Tragfähigkeit der deutschen Staatsschulden gewährleisten. Die im Grundgesetz
154 verankerte Schuldenbremse garantiert diese Tragfähigkeit. Eine Aushöhlung dieser
155 grundlegenden Funktion der Schuldenbremse und damit der
156 Generationengerechtigkeit wird es mit uns nicht geben. Solide Staatsfinanzen
157 sind die Basis für die Stärke unserer Gesellschaft heute und in Zukunft.

Antrag 86/A014: Zukunft der Landwirtschaft in Bayern sichern.

Antragsteller*in:	BV Unterfranken (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Werner Jannek (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. Landwirtschaftliche Betriebe sind auf Generationen ausgelegt. Daher gehen
2 wir Liberale fest davon aus, dass jede/r Landwirt/in im eigenen Interesse
3 und diesem zukünftiger Generationen, Betrieb und Flächen so nachhaltig
4 bewirtschaften werden, dass auch in Jahrzehnten Landwirtschaft möglich ist.
5 So werden Sie Fruchtfolgen einhalten, um die Biodiversität zu fördern
6 und selbstständig Unkraut, z.B. Ackerfuchsschwanz, nachhaltig zu
7 verhindern, deshalb sollen Landwirte von bürokratischen Belastungen
8 entbunden werden, welche Fruchtfolgen dokumentieren und nachweisen müssen.
9 Verdachtsfälle von Fruchtfolgeverletzungen, wie z.B. Monokultur durch
10 Maisanbau müssen behördlich nachgewiesen werden (Satellitenbilder,
11 Drohnenflug).
- 12 2. Um den Wettbewerb der Landwirtschaft innerhalb der EU zu erhalten und
13 zu ermöglichen, sind die Subventionen, Ausgleichszahlung aber auch
14 gesetzl. Vorschriften in den Mitgliedsstaaten zwingend zu harmonisieren,
15 damit alle landwirtschaftlichen Betriebe in Europa die gleichen Chancen
16 haben.
- 17 3. Die Forschungsbedingungen für innovativen Pflanzenschutz müssen
18 vereinfacht werden und auch kleinen und mittelständischen Unternehmen
19 zugänglich gemacht werden.
- 20 4. Aus unserer Sicht muss bei der Ausweisung der roten und gelben Gebiete
21 das Verursacherprinzip anerkannt werden. Konkret fordern wir, das
22 vorhandene Messstellennetz auszuweiten, qualitativ zu bewerten und so
23 weitere potenzielle Emittenten zu ermitteln. Die Düngemittelverordnung soll
24 außerdem regelmäßig evaluiert und nach wissenschaftlichen Kriterien
25 abgewogen aktualisiert werden. Das Verursacherprinzip ist durch Vorgaben
26 der EU aktuell ausgesetzt. So werden auch Landwirte und Landwirtinnen in
27 der Bewirtschaftung eingeschränkt, die überhaupt keine Nitrateinträge zu
28 verantworten haben. Das gilt für Ökolandbau ebenso wie für konventionellen.
29 Andere große Nitratemittenten wie Siedlungen werden überhaupt nicht
30 einbezogen. Daher muss es das Ziel sein, eine aussagekräftige
31 Datengrundlage zu erstellen und anzuwenden.
- 32 5. Wenn Betriebe landwirtschaftlich erzeugte Biokraftstoffe, z.B. E-Fuels oder
33 Bio-Diesel nutzen, so ist dieser von der Energiesteuer freizustellen.
- 34 6. Jeder landwirtschaftl. Betrieb kann monatl. € 1.000,00 Energiesteuer für
35 die Bewirtschaftung erstattet bekommen, maximal also € 12.000,00 im Jahr.
36 So werden kleine Betriebe weiterhin entlastet und große zum Energie sparen
37 aufgefordert.

Antrag 86/A015: Migration begrenzen und Integration ermöglichen

Antragsteller*in:	BV Unterfranken (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Mit den derzeitigen massiv hohen Zahlen an Flüchtlingen und Asylbewerbern, die
- 2 in unserem Land ankommen kann Integration nicht gelingen.
- 3 Es gilt einen fairen Asylkompromiss auf europäischer Ebene zu finden und
- 4 politisch durchzusetzen.
- 5 Wir fordern:
- 6 1. Asylverfahren von Menschen aus Ländern mit geringer Anerkennungsquote
- 7 sollen künftig an den EU-Außengrenzen und unter rechtsstaatlichen
- 8 Grundsätzen der EU stattfinden, abgelehnte
- 9 2. Asylverfahren sollen künftig an den EU-Außengrenzen stattfinden,
- 10 abgelehnte Antragssteller sollen keinen Zutritt zu EU-Staaten erhalten. Im
- 11 Rahmen des Asylverfahren soll eine Registrierung mit eindeutiger
- 12 Identifikation stattfinden. Eine illegale Einreise soll eine automatische
- 13 Ablehnung nach sich ziehen.
- 14 3. Geldleistungen für Asylbewerber und Migranten ohne gültigen
- 15 Aufenthaltsstatus sollen ausnahmslos durch Sachleistungen ersetzt werden.
- 16 4. Es ist ein europäischer Verteilmechanismus zu finden, der sich an
- 17 der Einwohnerzahl und an der aktuellen Wirtschaftssituation der
- 18 Mitgliedsstaaten orientiert. Staaten, die sich einer Aufnahme nach dieser
- 19 Quote verweigern sollen keinerlei Gelder mehr erhalten und ihr Stimmrecht
- 20 auf europäischer Ebene verlieren.
- 21 5. Die FDP unterstützt die Errichtung und Finanzierung von Flüchtlingslagern
- 22 in den betroffenen Regionen durch die EU. Deutschland soll hier eine
- 23 führende Rolle spielen.
- 24 6. den sofortigen Arbeitserlaubnis für ankommende Migranten, um diese sofort
- 25 in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren.
- 26 7. Menschen, die eine unbefristete Arbeitsstelle gefunden haben bzw.
- 27 eine Ausbildung abgeschlossen haben erhalten automatisch Schutzstatus.
- 28 8. Der Familiennachzug soll nach deutschem Recht begrenzt werden.
- 29 8. Migranten, die sich nicht zu den Werten unseres Grundgesetzes sowie den
- 30 weiteren Gesetzen und Werten unserer Gesellschaft bekennen, sollen
- 31 unverzüglich ausgewiesen werden. Dies gilt insbesondere für politischen
- 32 sowie religiösen Extremismus.
- 33 8. Geflüchtete, die sich nicht zu den Werten unseres Grundgesetzes bekennen
- 34 sollen
- 35 8. unverzüglich ausgewiesen werden. Dies gilt insbesondere für
- 36 antisemitische Straftaten.

- 37 9. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern,
38 Ausbildungskooperationen und Projekte mit der Förderung des Aufbaus von
39 Mittelstand in ausländischen Staaten soll massiv ausgeweitet werden. Ganz
40 besonders sollen die Hürden für privates Kapital abgebaut werden.
- 41 Die FDP steht zur humanitären Verantwortung Deutschlands in der Welt.
42 Gleichzeitig darf es keinen Missbrauch geben und irregulär Migration muss
43 dringend begrenzt werden. Nur so können wir wirksam Integrationsmaßnahmen
44 ermöglichen.

Antrag 86/A016: Radarwarngeräte zulassen

Antragsteller*in:	BV Unterfranken (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	KV Würzburg (LV Bayern), Nicole Anna Elisabeth Bauer (LV Bayern), Phil Hackemann (LV Bayern), Werner Jannek (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In Deutschland sollte jede automatisierte Warnung vor
- 2 Geschwindigkeitsmessenanlagen erlaubt werden. Technische Geräte (z.B. Radarwarner)
- 3 dürfen dann betreiben werden. Navigationsgeräte, die Blitzer anzeigen und
- 4 Blitzer-Apps im Smartphone dürfen verwendet werden

Begründung

Radarwarngeräte können aus verschiedenen Gründen eingesetzt werden. Sie können dazu beitragen, die Sicherheit auf der Straße zu erhöhen. Indem sie Fahrer vor potenziellen Gefahrenstellen warnen, wie beispielsweise Geschwindigkeitsbegrenzungen, roten Ampeln oder Unfallschwerpunkten, ermöglichen sie den Fahrern eine rechtzeitige Reaktion und reduzieren somit das Risiko von Unfällen.

Des Weiteren können Radarwarngeräte dazu beitragen, Fahrer vor unerwünschten Geschwindigkeitsüberschreitungen zu schützen. Indem sie auf die aktuelle Geschwindigkeit hinweisen und gegebenenfalls vor Radarfallen warnen, helfen sie den Fahrern, sich bewusster über ihre Geschwindigkeit zu sein und Verkehrsvorschriften einzuhalten.

Darüber hinaus können Radarwarngeräte auch dabei helfen, unnötige Bußgelder zu vermeiden, indem sie Fahrer rechtzeitig vor Geschwindigkeitskontrollen oder anderen Überwachungsmaßnahmen warnen.

Insgesamt können Radarwarngeräte als nützliches Werkzeug betrachtet werden, um die Sicherheit und die Einhaltung von Verkehrsvorschriften zu verbessern, solange sie verantwortungsvoll und im Einklang mit den jeweiligen Gesetzen und Vorschriften eingesetzt werden.

Antrag 86/A017: Die Bedarfsplanung neu planen – Mehr Kassensitze für Psychotherapeuten

Antragsteller*in:	BV Unterfranken (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Jährlich sind es ca. 27,8% aller Bürger Deutschlands – mehr als jeder
2 vierte Erwachsene – die die festgelegten Diagnosekriterien für mindestens eine
3 psychische Erkrankung erfüllen. Dies ist der Tenor einiger epidemiologischer
4 Feldstudien, die die Verbreitung psychischer Krankheiten in der deutschen
5 Bevölkerung anhand einer umfangreichen Stichprobe, die die Gesellschaft in
6 signifikanten Merkmalen abbildet, untersuchen. Dabei bedeuten psychologische
7 Krankheiten, etwa Angststörungen oder gar Depressionen, nicht nur lediglich
8 negative Folgeerscheinungen für den individuellen Betroffenen, sondern auch für
9 die Gesellschaft. In diesem Kontext sind vor allem die indirekten Kosten
10 (volkswirtschaftliche Kosten), die sich aus Sicht der Gesundheitsökonomie durch
11 Produktivitätsausfälle und anderen monetären Aufwendungen aufbauen, relevant. So
12 erreichen beispielsweise die Tage der Arbeitsunfähigkeit im Jahr 2022 neue
13 Höchstwerte. Fehlzeiten werden hauptsächlich durch sechs Krankheitsarten
14 dominiert, wobei psychische Erkrankungen ca. 10,3\% ausmachen.
- 15 Auffällig dahingehend ist es, dass psychische Erkrankungen mit durchschnittlich
16 29,6 AU-Tagen je Fall eklatant längere Ausfallzeiten aufweisen, als
17 beispielsweise Atemwegserkrankungen mit durchschnittlich 7,1
18 Arbeitsunfähigkeits-Tagen.
- 19 Blickt man auf die erhobenen Daten von Renten- und Krankenkassen, so fällt vor
20 allem auf, dass die Zahlen der neuen Diagnosen und Behandlungen von psychischen
21 Krankheiten in den letzten zwanzig Jahren – und insbesondere innerhalb der
22 letzten Jahre durch die Corona-Pandemie – stark gestiegen sind. Dem steigenden
23 Bedarf psychotherapeutischer bzw. psychiatrischer Behandlung steht ein
24 defizitäres Behandlungsangebot gegenüber. Psychisch erkrankte Menschen müssen
25 aktuell mit einer Wartezeit zwischen drei bis sechs Monaten rechnen, bis sie
26 einen Behandlungsplatz bei einem ambulanten Psychotherapeuten erhalten.
- 27 Aus diesem Grund fordert die FDP Unterfranken:
- 28 • Eine Erhöhung der Anzahl an Kassensitzen für Psychotherapeuten sowie
29 Kinder- und Jugendpsychotherapeuten ist durch die KV und Regierung zu
30 schaffen. Um der weiterhin immer steigende Nachfrage von betroffenen
31 psychisch erkrankten Menschen adäquat begegnen zu können, muss das Angebot
32 an Kassensitzen entsprechend an die relativen Steigerungsraten neuer
33 Diagnosen für psychische Störungen bzw. Krankheiten ausgeweitet und
34 angepasst werden.
 - 35 • Die Einführung monetärer Anreize für die Aufnahme von gesetzlich
36 versicherten Patienten. Dies ist insbesondere deshalb notwendig, da

- 37 Psychotherapeuten mit Kassensitz die Möglichkeit eingeräumt bekommen,
38 sowohl gesetzlich, als auch privat Versicherte zu behandeln. Im Rahmen
39 empirischer Studien wurde bereits nachgewiesen, dass der sozioökonomische
40 Status, der u. a. durch die Höhe des Einkommens bestimmt wird, mit dem
41 Risiko einer psychischen Erkrankung korreliert werden kann. Je niedriger
42 der soziale Status, desto höher die Wahrscheinlichkeit für erfüllte
43 Symptome einer psychischen Erkrankung. Um sicherzustellen, dass auch diese
44 Menschen einen verbesserten Zugang zu einer therapeutischen
45 Leistung erhalten, sollen bewusste Anreize für jede Neuaufnahme eines
46 gesetzlich Versicherten ausgezahlt werden.
- 47 • Außerdem fordern wir eine umfangreiche Evaluierung der Indikatoren, die
48 zur Ermittlung der Anzahl der Kassensitze verwendet werden. Dies ist
49 aufgrund des signifikant gestiegenen Behandlungsbedarfs sowie eines
50 gestiegenen Bewusstseins für mentale Gesundheit notwendig.

Antrag 86/A018: Justizbehinderung durch den Freistaat beenden – Wiederbesetzungssperre abschaffen!

Antragsteller*in:	BV Unterfranken (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern fordert die Abschaffung der Wiederbesetzungssperre von 3
- 2 Monaten für frei werdende Richterstellen und Stellen innerhalb der
- 3 Staatsanwaltschaft im Haushaltsgesetz.
- 4 Die Wiederbesetzungssperre für Richter sorgt für eine planmäßige, 3 Monate
- 5 dauernde Überlastung betroffener Gerichte. Betroffene Verfahren werden in dieser
- 6 Zeit nicht bearbeitet oder nur stark verzögert bearbeitet.
- 7 Die Gerichte begegnen dieser Problematik auf verschiedene Art und Weise. In
- 8 jedem Fall sorgt diese Sperre entweder für eine Belastung des
- 9 Referatsnachfolgers oder für eine Belastung des gesamten Gerichts, indem die
- 10 Aufgaben anders verteilt werden.
- 11 Solche planmäßigen Verzögerungen und Belastungen darf es in der Judikative
- 12 nicht geben. Die Bürger haben einen verfassungsmäßigen Anspruch auf schnelle und
- 13 gute Bearbeitung ihrer Anliegen. An dieser Stelle darf der Staat nicht sparen.

Antrag 86/A019: Psychische Erkrankungen lassen sich nicht durch Bürokratie einschüchtern! – Anders als der Erkrankte

Antragsteller*in:	BV Unterfranken (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Werner Jannek (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Basierend auf epidemiologischen Studien sind in Deutschland jedes Jahr 27,8%
2 der erwachsenen Bevölkerung von einer psychischen oder psychosomatischen
3 Krankheit betroffen. Psychische Krankheiten gehen mit Veränderungen des Denkens
4 und Fühlens, der Wahrnehmung, des Gedächtnisses oder auch des Verhaltens einher,
5 weshalb sie für Betroffene auf alle Lebensbereiche, etwa auf die Produktivität
6 an dem Arbeitsplatz oder das Privatleben, gravierende Einschränkungen bedeuten.
7 Glücklicherweise existieren in Deutschland einige psychiatrische und
8 rehabilitierende Einrichtungen, die diverse Angebote auf ambulanter oder
9 stationärer Basis anbieten. Um diese wahrzunehmen, ist der Betroffene jedoch
10 gezwungen, einen Berg der Bürokratie zu erklimmen, der durch Intransparenz,
11 Komplexität, Ineffizienz und erforderlichem Fachwissen, das jedoch zumeist nur
12 durch entsprechendes psychotherapeutisches Personal eingebracht werden kann,
13 geprägt ist.

14 Für die meisten psychisch erkrankten Menschen stellt diese bürokratische Hürde
15 ein existenzielles Problem dar, denn die verfügbaren Pflegeangebote sind in
16 vielen Fällen die letzte Hoffnung auf eine adäquate Behandlung. Letzteres
17 verstärkt sich insbesondere durch den Mangel von Psychotherapeuten, deren
18 Verfügbarkeit für den Behandlungsfortschritt signifikant ist. Kurz- bis
19 mittelfristig zeichnet sich der Trend ab, dass der Nachwuchs an
20 Psychotherapeuten abnimmt, währenddessen die Zahl der psychisch Erkrankten
21 simultan zunimmt. Neben dem umfassenden Antragsverfahren für die Aufnahme einer
22 ambulanten bzw. stationären Behandlung, das u. a. auch Fragen über Diagnose(n)
23 sowie andere fachliche Themenkomplexe stellt, sind die Betroffenen mit weiteren
24 bürokratischen Angelegenheiten konfrontiert, die etwa den Erhalt einer monetären
25 Unterstützung, wie beispielsweise der Erwerbsminderungsrente,
26 während Therapiedauer zusichern sollen. Meist sind einige Interessensgruppen
27 beteiligt, was die Prozesse unübersichtlich und unkoordiniert gestaltet.

28 Eine fundamentale Forderung soll darin bestehen, im ersten Schritt ein
29 bayernweites, digitalisiertes Bürokratiemodell zu schaffen, dessen
30 Grundfunktionalität auf der bundesweiten Ebene durch die anderen Bundesländer
31 ebenso genutzt werden kann. Auf diese Weise schaffen wir ein einheitliches,
32 verständliches und für jeden Bundesbürger transparentes Antrags- und
33 Bürokratiemodell.

34 **Das Konzept der Bürokatierreform**

35 Eine zentral organisierte Bürokratie-Plattform

36 Das Fundament der Bürokatireform soll eine zunächst bayernweite
37 Bürokatieplattform bilden, die grundsätzlich alle nötigen Antragsprozesse
38 aggregiert und für den Nutzenden übersichtlich gestaltet. Um diese nutzen zu
39 können, soll eine anfängliche und einmalige Registrierung erfolgen, die
40 insbesondere diejenigen personenbezogenen Daten abfragt, die für die meisten
41 Antragsformulare benötigt werden. Zusätzlich soll diese Plattform den folgenden
42 Prinzipien folgen, die einen Beitrag für eine gesteigerte Effizienz während der
43 Nutzung darstellen sollen.

- 44 • **Verständlichkeit:** Die Plattform und die damit verbundenen Antragsformalien
45 sowie weiteren Funktionen müssen für die Bürger verständlich werden.
46 Bereits eine Vielzahl unterschiedlicher Studien und Umfragen, die in
47 jüngster Vergangenheit erhoben wurden, belegen, dass die
48 Verwaltungssprache, die noch immer Anwendung findet, bei dem erheblichen
49 Großteil der Bürger auf Unverständnis trifft. Eine Konsequenz, die sich für
50 viele daraus ergibt: Sie füllen wichtige Antragsdokumente wegen zu hoher
51 fachlicher und sprachlicher Komplexität nicht aus.
- 52 • **Übersichtlichkeit:** Die weiterführende Grundlage der Plattform muss
53 darauf ausgerichtet sein, für eine breite Zielgruppe konzipiert zu sein,
54 die unterschiedliche Altersintervalle beinhaltet. Aus diesem Grund muss
55 die Übersichtlichkeit über die Funktionen der Plattform gewährleistet sein.
56 Dazu soll vor allem ein modernes, simplifiziertes und
57 einheitliches Applikationsdesign verwendet werden, das durch farbliche und
58 den Text unterschiedlich gestaltete Elemente für mehr Übersichtlichkeit und
59 Transparenz sorgen soll.
- 60 • **Vollständigkeit:** Die Plattform soll alle notwendigen Funktionen
61 sowie Antragsformulare beinhalten, sodass bei der Nutzung dieser keine
62 weiteren externen Netzwerke, etwa komplementär zu nutzende Internetseiten,
63 erforderlich sind.
- 64 • **Digitale Barrierefreiheit:** Auch physisch sowie psychisch
65 eingeschränkte Menschen, etwa blinden oder gehörlosen Bürgern, muss es
66 möglich sein, dass sie die Plattform nutzen können. Dies soll durch eine
67 adäquate digitale Barrierefreiheit sichergestellt werden, etwa durch
68 Funktionen wie das laute Vorlesen der jeweiligen Funktionen und Inhalte.
69 Darüber hinaus soll die Plattform zunächst in den beiden Sprachen Deutsch
70 und Englisch verfügbar werden. Bei Bedarf weiterer Sprachen können diese
71 perspektivisch ergänzt werden.

72 ***Intelligente Führung der Plattform***

73 Eine fundamentale Kritik, die aus einigen Umfragen hervorgeht, ist die
74 fehlende Bürgernähe. Ein Grund für ihre Abwesenheit stellt die Komplexität
75 der Antragsverfahren und der darin verwendeten Verwaltungssprache in Verbindung
76 mit den Fachbegriffen dar. Um den Betroffenen das Verständnis zu erleichtern,
77 soll ein intelligentes, jederzeit verfügbares und interaktiv nutzbares
78 Assistenzsystem implementiert werden, das neben einer vereinfachten Erklärung
79 der benötigten und rechtssicheren Fachbegriffe auch Auskunft über
80 Antragsverfahren sowie die nächsten Schritte des Antragsprozesses gibt, sodass

81 der Nutzende jederzeit den aktuellen Status einsehen und abschätzen kann, welche
82 Schritte als nächstes folgen.

83 ***Automatisch ausgewählte Antragsverfahren auf Basis der angegebenen Daten***
84 ***bei Registrierung***

85 Es existieren verschiedene Parameter, die einen Einfluss auf den entsprechenden
86 bzw. adäquaten Antragsprozess ausüben, etwa die bereits in Erwerbstätigkeit
87 verbrachten Zeitdauer. So kann beispielsweise die Deutsche Rentenversicherung
88 als Kostenträger der therapeutischen Maßnahme beansprucht werden, wenn in den
89 vergangenen zwei Jahren vor der Antragsstellung mindestens in sechs Monaten
90 Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung gezahlt wurden. In anderen Fällen soll
91 die jeweilige Krankenkasse konsultiert werden. Dadurch erhöht sich die
92 Komplexität bereits vor dem tatsächlichen Formularprozess in erheblichem Maße.

93 Folglich soll die Plattform durch einen intelligenten Algorithmus automatisch
94 auf Basis der während der Registrierung eingegebenen Daten ermitteln,
95 welcher Kostenträger, etwa die jeweilige Renten- oder Krankenkasse, für den
96 Betroffenen relevant wird. Darüber hinaus muss dieser Algorithmus außerdem aus
97 Gründen einer vereinfachten Nutzung selbstständig anhand der umfangreichen
98 Erfassung der relevanten Daten sowie der individuellen Situation ermitteln,
99 welche weiteren Anträge, etwa auf den Erhalt einer Frühverrentung oder des
100 Arbeitslosengeldes Stufe 1, potenziell infrage kommen. Der Nutzende kann dann
101 selbst entscheiden, welche dieser vorgeschlagenen Prozesse ausgenutzt werden
102 möchten.

103 ***Zusammenwirken aller beteiligten Interessensgruppen***

104 Während der Antragsprozesse ist es möglich, dass verschiedene Kostenträger
105 in gegenseitiger Interaktion stehen, etwa die Renten- und Krankenkasse. Aufgrund
106 dessen müssen alle Interessensgruppen, die in dauerhaftem und unmittelbarem
107 Kontakt zu dem psychisch Erkrankten stehen, ebenso durch die Plattform
108 eingebunden und integriert werden. Auf diese Weise ist es nicht mehr nötig,
109 etwaige Antragsformulare postalisch und selbstständig an die jeweilig relevante
110 Stelle zu versenden, sondern automatisiert über die Plattform abzuwickeln. Ein
111 Vorteil entsteht unmittelbar daraus, dass alle relevanten Dokumente zentral
112 gesammelt und jederzeit übersichtlich zur Verfügung gestellt werden können.
113 Jedoch darf die endgültige Speicherung nicht bei der Krankenkasse erfolgen.

114 ***Datenschutz als hohe Priorität***

115 Da es sich bei dem Ausfüllen bestimmter Antragsformulare neben persönlichen
116 und beruflichen auch um gesundheitliche Daten handelt, die nach Art. 9 Abs. 1
117 DSGVO eine besondere Kategorie personenbezogener Daten darstellen, muss
118 sichergestellt werden, dass der Plattform ein hoher Sicherheitsstandard inhärent
119 ist.

Antrag 86/A020: Freie Fahrt für freie Bürger – Überarbeitung der EU-Verordnung zu Geschwindigkeitswarnsystemen und Assistenzsystemen

Antragsteller*in:	KV Eichstätt (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Nick Kelldorfner (LV Bayern), Phil Hackemann (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern fordert die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für
- 2 eine Überarbeitung der Delegierten Verordnung (EU) 2021/1958 zum Intelligent
- 3 Speed Assistance (ISA) einzusetzen. Die Änderung soll mindestens umfassen, dass
- 4 das akustische Signal des ISA durch den Kunden dauerhaft abgeschaltet werden
- 5 kann und sich nicht nach jedem Fahrzeugneustart automatisch wieder aktiviert.
- 6 Ferner fordern wir, dass alle weiteren Assistenzsysteme, die nach einem Neustart
- 7 des Motors auf Werkseinstellungen zurückgesetzt werden, so angepasst werden,
- 8 dass sie individuell personalisierbar bleiben. Hierzu zählen unter anderem der
- 9 Spurhalteassistent, die Distanzeinstellung des Abstandsregelungstempomaten, die
- 10 Motorkennlinie sowie die Fahrwerkseinstellungen. Der Kunde soll als freier und
- 11 eigenverantwortlicher Bürger selbst entscheiden können, wie er sein Fahrzeug
- 12 einstellt und nutzt.
- 13 Zudem ist zu berücksichtigen, dass viele Fahrer das akustische Signal des ISA
- 14 während der Fahrt manuell deaktivieren, weil es als störend empfunden wird. Dies
- 15 führt nicht nur zu einer erhöhten Ablenkung während des Fahrens, sondern kann
- 16 auch gefährliche Situationen verursachen, da sich die Fahrer in diesem Moment
- 17 nicht
- 18 auf den Verkehr konzentrieren. Eine technische Lösung, die es ermöglicht, solche
- 19 Signale dauerhaft abzuschalten, würde das Risiko solcher Ablenkungen erheblich
- 20 verringern.
- 21 Um dennoch einen Kompromiss zwischen der EU-Regelung zur Erhöhung der Sicherheit
- 22 im Straßenverkehr und der Freiheit der Bürger zu erreichen, soll dem Fahrer,
- 23 insbesondere wenn er nicht sein eigenes Fahrzeug fährt (etwa bei Mietwagen oder
- 24 geteilten Familienfahrzeugen), 10 Sekunden nach einem Neustart über eine
- 25 optische Meldung angezeigt werden, dass bestimmte Sicherheitsfunktionen
- 26 deaktiviert sind.

Begründung

Die EU-Richtlinie, die Neuwagen zur Nutzung des Intelligent Speed Assistance (ISA) verpflichtet, verfolgt das Ziel, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. In der Praxis führt das akustische Signal jedoch zu einer unnötigen Bevormundung der Fahrzeugführer, die nach jedem Neustart den Warnton manuell deaktivieren müssen. Dies stellt eine unnötige Belastung dar und untergräbt die Eigenverantwortung der Fahrer.

Wissenschaftliche Studien zeigen zudem, dass übermäßige akustische Warnungen im Fahrzeug die

Verkehrssicherheit nicht zwingend erhöhen. Eine Studie des *Virginia Tech Transportation Institute* (VTTI) aus den USA sowie eine Untersuchung der *University of Leeds* in Großbritannien haben beide belegt, dass akustische Warnungen den Fahrer ablenken können und zu einer sogenannten „Warnmüdigkeit“ führen. Das bedeutet, dass durch häufige und teils falsche Warnungen Fahrer beginnen, die Warnsignale zu ignorieren, was paradoxerweise das Unfallrisiko erhöht.

Die momentane Regelung, dass nach einem Neustart des Motors nicht nur das ISA, sondern auch andere Assistenzsysteme wie der Spurhalteassistent und der Abstandsregelungstempomat auf Werkseinstellungen zurückgesetzt werden, schränkt die persönliche Freiheit der Fahrer weiter ein. Wir fordern, dass Fahrer ihr Fahrzeug dauerhaft personalisieren können, ohne durch einen Neustart wieder in vorgegebene Einstellungen gezwungen zu werden.

Antrag 86/A021: Fest an der Seite unserer jüdischen Freunde

Antragsteller*in:	KV Würzburg (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Werner Jannek (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Es dürfen keine Zweifel entstehen, dass sich unser Land zur Sicherheit und dem
2 Existenzrecht Israels in aller Deutlichkeit bekennt und jüdisches Leben in
3 Deutschland geschützt wird.

4 Als Freie Demokraten in Bayern stehen wir fest an der Seite Israels und unseren
5 jüdischen Freundinnen und Freunden. Es dürfen keine Zweifel entstehen, dass sich
6 unser Land zur Sicherheit und dem Existenzrecht Israels in aller Deutlichkeit
7 bekennt. Israel ist ein demokratischer, jüdischer Staat mit allen Rechten und
8 Pflichten. In Anbetracht der Geschichte unseres Landes sowie unserer liberalen
9 Haltung und Werte, sehen wir es als Selbstverständlichkeit innerhalb unserer
10 freiheitlich-demokratischen Grundordnung an, dass der Schutz jüdischen Lebens
11 und das Existenzrecht Israels Staatsräson und Grundpfeiler unserer Gesellschaft
12 und Politik sind. Mit Sorge betrachten wir eine angeschlagene Verlässlichkeit im
13 deutsch-israelischen Verhältnis.

- 14 • Wir verurteilen den kriegerischen Überfall pro-palästinensischer
15 Terrororganisationen auf Israel auf das Schärfste. Gleichzeitig machen wir
16 deutlich, dass die palästinensische Bevölkerung niemals unter
17 Generalverdacht gestellt werden darf.
- 18 • Wir unterstützen Israel bei der konsequenten Abwehr von Terror und der
19 Verteidigung ihrer Bevölkerung. Gleichzeitig ist Kritik an Israel nicht
20 automatisch antisemitisch, sondern Kritik an der Politik oder der Art der
21 Kriegsführung muss möglich sein.
- 22 • Wir unterstützen humanitäre Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung
23 und machen deutlich, dass ihnen Schutz und Sicherheit ermöglicht werden
24 muss. Wir verurteilen das unmenschliche Vorgehen der Terroristen, die
25 Zivilisten für ihren eigenen Schutz als lebende Schutzschilde missbrauchen.
- 26 • Wir fordern den sofortigen Stopp aller Finanzierungen palästinensischer und
27 pro-palästinensischer Terrororganisationen sowie von Organisationen, die im
28 Verdacht der Terror-Unterstützung stehen.
- 29 • Die Bundesregierung muss in aller Deutlichkeit Täter und Opfer benennen und
30 sich entschieden gegen eine zunehmende, auch von offiziellen Seiten aus,
31 angetriebene Täter-Opfer-Umkehr stellen. Versuche einer Ziehung von
32 Parallelen zwischen den Terroristen der Hamas und der israelischen
33 Regierung sind seitens der Bundesregierung zurückzuweisen.
- 34 • Wir empfinden Forderungen nach einer Anerkennung eines Palästinenserstaates
35 zum jetzigen Zeitpunkt befremdlich. Wir setzen uns weiterhin für eine
36 friedliche und auf Augenhöhe verhandelte Zweistaatenlösung entsprechend des

- 37 Weges des Oslo-Prozesses ein. Die Anerkennung eines eigenen Staates darf
38 niemals eine Belohnung für das terroristische Massaker des 7.10.2023 sein.
- 39 Wir Freie Demokraten beobachten darüber hinaus den immer weiter zunehmenden
40 Antisemitismus innerhalb des Landes mit großer Sorge. Ebenso bestürzt uns die
41 zunehmende Beunruhigung und Verunsicherung der jüdischen Gemeinden. Jüdinnen und
42 Juden in unserem Land muss es zu jeder Zeit möglich sein, in der Öffentlichkeit
43 eine Kippa oder einen Davidstern zu tragen. Die Realität ist leider anders:
44 Gerade in den großen Städten verstecken Jüdinnen und Juden häufig ihre Kippa
45 oder tragen der Davidstern unter der Kleidung, um sich zu schützen und sicherer
46 zu fühlen.
- 47 Der wachsende Antisemitismus in diesem Land sowie die wachsende Respektlosigkeit
48 gegenüber Minderheiten dürfen nicht unbeantwortet bleiben. Einer allgemeinen
49 Enthemmung sowie die Sorglosigkeit vieler Menschen dabei, ihrem Rassismus und
50 Antisemitismus freien Lauf zu lassen, muss der Rechtsstaat entschlossen und mit
51 aller Härte entgegentreten. Es ist nicht zu dulden, dass klassische
52 antisemitische Stereotype mit der heutigen Politik Israels verknüpft werden. Zu
53 häufig wird Antisemitismus in verschiedenem Gewand angetroffen, getarnt in
54 überzogener Kritik an Israel oder Israel-Feindlichkeit. Lediglich
55 Lippenbekenntnisse, wie wir sie nach den Diskussionen im Jahr 2017, dem Anschlag
56 von Halle und darauffolgend erlebt haben, bringen unsere Gesellschaft nicht
57 weiter und sorgen nicht für den Schutz von jüdischem Leben in Deutschland und
58 der Welt.
- 59 • Wir fordern mehr Aufklärung, verpflichtende religionsübergreifende
60 Veranstaltungen in allen Bildungseinrichtungen sowie eine verstärkte
61 Sensibilisierung innerhalb der Lehrkräfteausbildung.
 - 62 • Wir verurteilen das Ausnutzen des Rechts auf legitime Demonstrationen für
63 antisemitische Hetze, das Verbreiten von Terrorparolen und die Aufforderung
64 zur Kriegsführung aufs Schärfste. Alle Straftaten nach deutschem Recht
65 müssen konsequent verfolgt werden.
 - 66 • Wer in einem Beamtenverhältnis steht oder im öffentlichen Dienst tätig ist
67 und an antisemitischen Demonstrationen oder sonstigen antisemitischen
68 Veranstaltungen teilnimmt, sie während der Amtsausübung unmittelbar
69 unterstützt oder antisemitisches Gedankengut teilt oder verbreitet, kann
70 nicht weiterhin im Dienste dieses Landes stehen.
 - 71 • Palästinensische oder pro-palästinensische Organisationen sowie Verbände,
72 die Terror, Hass und Hetze direkt oder indirekt unterstützen, sind zu
73 verbieten.
 - 74 • Wer Antisemitismus oder illegitime anti-israelische Meinungen verbreitet,
75 ist in Deutschland nicht willkommen und darf nicht eingebürgert werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 86/A022: Hundezüchtern gerecht bleiben

Antragsteller*in:	KV Würzburg (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Werner Jannek (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern möchte auch in Zukunft den Hundezüchtern unseres Landes ihre
- 2 Arbeit mit unseren vierbeinigen Freunden rechtssicher und ohne weitere
- 3 Einschränkungen ermöglichen.
- 4 Züchterinnen und Züchtern und ihren Verbänden erkennen wir an, dass es ihnen um
- 5 Tierschutz sowie um den Erhalt von anerkannten Hunderassen und darüber hinaus in
- 6 vielen Fällen auch deren Nutzung geht. Es ist uns ein Anliegen, dass wir sowohl
- 7 Züchtungen sowie den notwendigen Tierschutz in Einklang bringen. Das bedeutet
- 8 aber nicht das Verbot oder die Überregulierung von Zuchtregelungen. Daher
- 9 fordern wir, dass es durch das Tierschutzgesetz und Folgebestimmungen zu
- 10 keinerlei weiteren Erschwerungen oder Erlaubnisverlusten für die Züchtung von
- 11 anerkannten Hunderassen kommt. Nicht jedes Tier aus einer Tierschutzorganisation
- 12 kann die Erfordernisse und Charaktereigenschaften eines Zuchthundes erfüllen,
- 13 gerade nicht als Nutzhund. Eine Zuchtverbot würde den illegalen Hundemarkt
- 14 weiter stärken. Wer wirklichen Hundeschutz betreiben will, fängt nicht bei
- 15 durchregulierten offiziellen Züchtern in Deutschland an, sondern unterbindet die
- 16 Einfuhr und den Kauf von Hunden aus in- und ausländischer illegaler Zucht und
- 17 unterstützt andere Länder bei der Aufstellung von klaren Regeln bei der Zucht,
- 18 dem Tierschutz und deren jeweiliger Durchsetzung.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 86/A023: Aktives Leben im Alter: Einführung eines zusätzlichen Steuerfreibetrags

Antragsteller*in:	KV Würzburg (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Einführung eines zusätzlichen Steuerfreibetrags für Rentnerinnen und Rentner,
- 2 die bereit sind, weiter zu arbeiten
- 3 Als Freie Demokraten wollen wir einen wichtigen Baustein leisten, um den
- 4 demografischen Wandel und dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzutreten und
- 5 für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen.
- 6 Daher fordern wir, dass das erarbeitete Einkommen für Menschen, die bereits im
- 7 Rentenalter sind und bereit sind weiterzuarbeiten, einen zusätzlichen
- 8 dynamisierten Steuerfreibetrag erhalten.
- 9 Diese zusätzlich erarbeiteten Einkünfte sind in Höhe des derzeit gültigen
- 10 Grundfreibetrages (zurzeit: 11.604 €) steuerfrei. Dieser Betrag ist an die Höhe
- 11 des Grundfreibetrages gekoppelt und wird analog hierzu angepasst. Die so
- 12 arbeitende Rentnerinnen und Rentner können dazu beitragen, den Fachkräftemangel
- 13 zu lindern, die Wirtschaft zu stärken, die Lebensqualität der Rentner zu
- 14 verbessern, Altersarmut zu reduzieren, die Generationengerechtigkeit zu fördern,
- 15 die Gesundheit zu verbessern, Unternehmen zu unterstützen und die Gesellschaft
- 16 insgesamt zu bereichern.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 86/A024: Infrastruktur aufbauen für den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft!

Antragsteller*in:	LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Infrastruktur aufbauen für den Ausbau der** 2 **Wasserstoffwirtschaft!**

3 Die H2- (Wasserstoff-) Wirtschaft steht immer mehr im Mittelpunkt der
4 strukturellen Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in Deutschland. Das
5 betrifft mittlerweile und weitestgehend alle Regionen in unserem Land. Auch die
6 Raumplanung muss deshalb strukturell auf die zukünftigen Anforderungen ausgelegt
7 und verändert werden.

8 Immer mehr zeichnet sich ab, dass Elektrolyseure ein wichtiger, vielleicht der
9 wichtigste, Baustein in der künftigen H2-Infrastruktur sein werden.

10 Wir fordern deshalb und schlagen vor, dass die Raumplanungs-Vorschriften so
11 geändert werden, dass in den Wirtschaftszentren und in den Ballungsräumen an
12 geeigneten Stellen Elektrolyseure ohne viele Auflagen und Einschränkungen
13 gebaut, bzw. errichtet werden können.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

(Der Antrag stammt aus einem Vorschlag zur Unterstützung eines raschen Ausbaus der Wasserstoffwirtschaft – vorgetragen anlässlich des Wirtschaftspolitischen Tages der FDP-Bundestagsfraktion am 13.09.24 in Berlin, Reichstagsgebäude, von Klaus Breil, Vorsitzender des LFA II "Vorankommen durch eigene Leistung" der FDP-Bayern und Stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses "Wirtschaft und Mittelstand".)

Antrag 86/A025: Liberale Impulse für Wirtschaftswachstum und einen starken Mittelstand!

Antragsteller*in:	LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Ursula Lex (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Liberale Impulse für Wirtschaftswachstum und einen** 2 **starken Mittelstand!**

3 **Vorbemerkung**

4 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den deutschen Mittelstands sind mehr
5 als verbesserungsbedürftig. Jahrelang führten politische Maßnahmen zu einer
6 Verschlechterung der Situation. Regulatorische Eingriffe, Belastung mit
7 eigentlich staatlichen Aufgaben, ein undurchsichtiges Steuersystem, mangelhafte
8 Ausbildung über alle Bildungsbereiche hinweg, um nur einige Problemfelder zu
9 benennen, führten zu Gängelung des freiheitlichen Unternehmertums und damit zur
10 Gefährdung des gesellschaftlichen Wohlstands. Im Folgenden werden Konzepte für
11 eine wirtschaftliche Wende vorgeschlagen.

12 Diese „Liberalen Impulse“ sind aufgeteilt in:

13 A) Sofortmaßnahmen (noch in dieser Legislaturperiode)

14 B) Mittelfristige Maßnahmen (für den nächsten Wahlkampf)

15 C) Strategische Ziele (Grundlage für ein Positionspapier)

16 Wichtigster Grundgedanke ist dabei die Erhöhung der Effizienz staatlicher
17 Einrichtungen (um das Wort „Bürokratieabbau“ nicht zu verwenden). Dies kann vor
18 allem durch Vereinfachung von Verwaltungsprozessen erreicht werden.

19 **A) Sofortmaßnahmen**

20 Bisherige Vorschläge vom FDP-Präsidium, aus Ministerien etc. sind im Prinzip
21 grundsätzliche Forderungen, die eher mittelfristige Wirkung zeigen werden. Auch
22 der Verweis auf die EU und die Bürokratie-Abbau-Forderungen an die Kommission
23 werden keinen Einfluss auf eine sofortige Belebung der Wirtschaft zur Folge
24 haben. Deshalb hier die wichtigsten Impulse, die sofortige Wirkung entfalten
25 sollten:

26 **1. Einfache Abschreibungsregelungen:**

- 27 • Geringwertige Wirtschaftsgüter 1000 € netto
- 28 • Alle beweglichen Wirtschaftsgüter werden über 5 Jahre (20 %) abgeschrieben
- 29 • Alle Immobilien werden über 25 Jahre (4 %) abgeschrieben

30 In der Folge werden Prüfungen durch das Finanzamt wesentlich einfacher und
31 kürzer ausfallen mit der weiteren Konsequenz, dass Kapazitäten sowohl bei der
32 Finanzverwaltung, als auch bei den Wirtschaftsbetrieben eingespart werden

33 können. Einfacher und schneller lässt sich Bürokratie nicht abbauen. Zudem hätte
34 diese Maßnahme wenig Einfluss auf die Staatsfinanzierung – es käme lediglich zu
35 einer zeitlichen Verschiebung der Steuereinnahmen. Zusätzlich wird ein Beitrag
36 zur Behebung des Fachkräftemangels durch Reallokation von Ressourcen geleistet.

37 Die Vereinfachung der Abschreibungsregeln wird zur Überwindung der Baukrise
38 beitragen und wird die Investitionsblockade im Mittelstand überwinden.

39 **2. Entschlackung der Beauftragten- und Meldepflichten-Kultur:**

40 Abschaffung der gesetzlichen Verpflichtung, Beauftragte für unterschiedlichste
41 Maßnahmen bereit zu stellen, wie z.B. Sicherheit, Brandschutz, DSGVO,
42 Lieferketten, Gleichstellung oder Gentechnik.

43 Die Verantwortung für die genannten Bereiche bleibt selbstverständlich bei den
44 Betrieben bestehen; es bleibt aber ihnen überlassen, die notwendigen
45 Einrichtungen zu schaffen.

46 **3. Einheitlicher Mehrwertsteuersatz:**

- 47 • Alle Produkte, Waren und Dienstleistungen werden mit einem einheitlichen
- 48 MwSt.-Satz von 20 % belegt
- 49 • Ganze Bereiche in der Finanzverwaltung werden damit freigestellt
- 50 • Die Mehrwertsteuer sollte nicht als Instrument der Sozialpolitik
- 51 missbraucht werden

52 Die bisherigen „Rauf-Runter-Maßnahmen“ sind ineffizient und damit
53 kontraproduktiv. Die Politik zeigt hier bestenfalls Einfallslosigkeit. Mit den
54 Mehreinnahmen können z.B. Investitionen in Bundeswehr und Infrastruktur
55 finanziert werden.

56 **4. Handelsbilanz = Steuerbilanz:**

- 57 • Die Bilanzierungsrichtlinien werden angepasst, sodass nur noch eine Bilanz
- 58 vorgelegt werden muss
- 59 • Ausgaben (dies betrifft u.a. Miete, Leasingraten, Bewirtung) werden
- 60 grundsätzlich vollständig angerechnet

61 **B) Mittelfristige Maßnahmen**

62 Grundsätzlich muss der schleichende Prozess des Zerfalls der
63 Leistungsbereitschaft durch Straffung der Rahmenbedingungen umgekehrt werden.

64 Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze hat nach Studien
65 mehrerer Forschungsinstitute zugenommen. Allerdings ist die Zahl der
66 Arbeitsstunden ungefähr konstant geblieben. Offensichtlich ist eine
67 Vollzeitbeschäftigt nicht machbar oder lohnt sich nicht, dies ist zumindest
68 teilweise bedingt durch Abgaben- und Steuerbelastung.

69 Hier die wichtigsten politischen Maßnahmen in diesem Kontext:

70 **1. Einführung eine Basis-Arbeitszeit von 40 Wochenstunden:**

- 71 • Basis für Renten- und Steuerberechnungen
- 72 • Mehr Geld für Vollzeit; Teilzeit sollte keine steuerlichen Vorteile
- 73 erbringen
- 74 • Unabhängig von allen Tarifverträgen

75 • Dient vor allem als Berechnungsgrundlage

76 **2. Steuerfreie Arbeitsleistungen:**

77 • 120 Überstunden p.a. (Basis-Arbeitszeit als Berechnungsgrundlage) werden
78 steuer- und abgabenfrei gestellt (Abrechnungszeitraum 10 Stunden monatlich)

79 • Ab Erreichung des Rentenalters (z.Z. 67 Jahre) werden 2000 €
80 Zusatzverdienst pro Monat steuer- und abgabenfrei gestellt

81 **3. Abschaffung der Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer:**

82 Diese Steuer führt bei Übertragung von Firmen und Firmenanteilen zu erheblichen
83 finanziellen Problemen. Die Erbschaftsteuer müsste über den Unternehmensgewinn
84 finanziert werden, damit der Verkauf von Unternehmen verhindert wird. Damit
85 würde sich indirekt die jährliche steuerliche Belastung (Körperschaftsteuer +
86 Gewerbesteuer + Erbschaftsteuer) erhöhen. Dies steht im Widerspruch zur
87 gegenwärtigen Diskussion um überhöhte Unternehmenssteuern.

88 **4. Bildungsmaßnahmen:**

- 89 • Gleichstellung von Studium vs. Berufsausbildung
- 90 • Alternative Bildungswege etablieren, z.B. Ausbildung bei Bundeswehr
- 91 • Leistungsangepasste Schulausbildung
 - 92 • Anhebung der Leistungsniveaus (Noteninflation beenden)
 - 93 • Ausbildung zum Selberdenken
 - 94 • Bildungsfokus auf Deutsch, Rechnen, Englisch

95 Beste Bildung wird seit Jahren propagiert, eine Verbesserung des Bildungsniveaus
96 ist nicht in Sicht. Lediglich eine kleine Elite scheint sich von diesem Trend
97 abkoppeln zu können. Es ist aber ein in die Breite gehendes Bildungssystem
98 erforderlich, um Wohlstand und Sozialstandards zu erhalten.

99 **5. Weiterbildung und Fortbildung für Bürgergeldempfänger:**

100 Es werden Schriftliche/mündliche Prüfungen nach Beendigung der Maßnahmen
101 eingeführt. Was bringen Fortbildungsmaßnahmen, wenn keinerlei Erfolgsüberprüfung
102 stattfindet? Allein Anwesenheit ist zurzeit Kriterium für erfolgreiche
103 Weiterbildung!

104 **C) Strategische Ziele**

105 **1. Reformierung des gesamten Steuersystems:**

- 106 • Abbau Progression
- 107 • Striktes Abstandgebot zu Sozialhilfeleistungen
- 108 • Beschränkung auf wenige Steuerquellen, dafür aber konsequent
- 109 • Abschaffung der Grunderwerbsteuer; Umlage auf Grundsteuer
- 110 • Abschaffung der Gewerbesteuer; dafür Arbeitsplatzsteuer (für Gemeinden
111 kalkulierbar)
- 112 • MwSt.-Satz von 20% im GG verankert

113 Die Finanzverwaltungen könnten sich mit den wirklichen Problemen der
114 Steuerbeschaffung beschäftigen, z.B. Cum-Ex etc.

115 Als Hauptsatz sollte gelten, dass Steuern zur Finanzierung von Staatsausgaben

116 erhoben werden und nicht zur Beschwichtigung von Neiddebatten.

117 **2. Reformierung des Bildungswesens:**

- 118 • Bekenntnis zu Leistung und Exzellenz
- 119 • Kenntnisse zur Sicherung des Lebensunterhalts als Basiswissen, Selberdenken
- 120 • Forschungsschwerpunkte setzen
- 121 • Mittelstand als Forschungspartner für Universitäten

122 **3. Nachhaltige Energiepolitik:**

- 123 • Ideologiefreie Technologiebetrachtung
- 124 • Sichere Energieversorgung als Hauptziel
- 125 • Vereinfachung von Planungsprozessen
- 126 • Forschungsschwerpunkt

127 **4. Arbeitsmarkt:**

- 128 • Es gibt genügend Kapazitäten; durch Fehlallokation kommt es zu Engpässen
- 129 • Arbeitsgesetze entschlacken (Arbeitszeit, Zulassungen, Vergütung)
- 130 • Großzügige Arbeitsplatz-Rahmenbedingungen (Stichwort: geldwerter Vorteil)
- 131 • Ausbildung oder Wehrdienst

Begründung

Die beschriebenen Impulse sind vorwiegend Ergebnisse einer Bottom-Up Analyse. Die Vorschläge sind aus „vor Ort Beobachtungen“ entstanden. Der gewerbliche Mittelstand gibt den Input.

Alle in letzter Zeit kommunizierten Vorschläge entstanden aus Top-Down Betrachtungen, die einen gewissen Bezug zur Realität vermissen lassen.

Eine grundlegende Sanierung des Finanz-, Steuer- und Sozialsystems der Bundesrepublik ist unumgänglich. Alternativ droht der Abstieg in die Drittklassigkeit.

Bürokratie ist auf ein notwendiges Maß zu beschränken und sollte so angelegt sein, dass sie für die Betroffenen beherrschbar ist. Insbesondere Parlamentariern sollte klar sein, dass jegliche Gesetzesmaßnahme automatisch zu mehr Bürokratie führt. Ein Bürokratie-Beauftragter (Stoiber) oder ein Gesetz zum Abbau von Bürokratie sind a priori absurd.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 86/A026: Staatsbeteiligungen vermeiden!

Antragsteller*in:	LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Staatsbeteiligungen vermeiden!**

2 Die aktuelle Diskussion um eine Beteiligung des Bundes an der Mayer Werft in
3 Papenburg gibt erneut Anlass, zur Zurückhaltung bei staatlichen Interventionen
4 bei in Schieflage geratenen Unternehmen zu mahnen. Allzu schnell sind
5 sozialdemokratische Parteien aller Couleur bereit, durch Staatsbeteiligungen
6 vorgeblich Arbeitsplätze zu retten, aber in Wahrheit Wahlkampfgeschenke zu
7 verteilen. Der Staat kann mit Steuergeldern nicht jedes Mal einspringen, wenn
8 der Markt ein Risiko nicht mehr tragen kann – oder nicht mehr zu den
9 Bedingungen, die die Eigentümer zu akzeptieren gewillt sind.

10 Die Freien Demokraten stehen staatlichen Eingriffen in den Markt traditionell
11 kritisch gegenüber. Subventionen und Staatsbeteiligungen zementieren verkrustete
12 Strukturen und hemmen den Strukturwandel. In Zeiten des Fachkräftemangels
13 verhindert dies den produktiveren Einsatz von Fachkräften in profitablen
14 Unternehmen.

15 Staatsbeteiligungen zur Rettung von Unternehmen können nur in absoluten
16 Ausnahmefällen hingenommen werden, wenn (i) die Sicherheit der Bundesrepublik
17 gefährdet wäre oder (ii) infolge externer Schocks der Finanz- und Kapitalmarkt
18 gestört oder gehemmt ist, wie es bspw. in der Covid-Pandemie der Fall war. Die
19 Freien Demokraten fordern daher gesetzliche Vorkehrungen zur Einführung eines
20 Markttests von Staatsbeteiligungen.

21 Dieser Markttest soll folgende Elemente umfassen:

- 22 • Beteiligt sich die öffentliche Hand an Unternehmen, um diese vor einer
23 Insolvenz oder dem Kauf durch unionsfremde Unternehmen zu bewahren,
24 haben in der EU ansässige Investoren für eine bestimmte Zeit (bspw. 6
25 Monate) das Recht, in die Transaktion zu den durch die öffentliche Hand
26 verhandelten Bedingungen einzusteigen.
- 27 • Bei mehreren Investoren ist durch geeignete Fristen sicherzustellen, dass
28 diese ein Konsortium bilden können.
- 29 • Um das Einstiegsrecht abzusichern, sind die Bedingungen der Transaktion als
30 Zusammenfassung im Internet zu veröffentlichen. Auf Nachfrage und ggf.
31 Nachweis der erforderlichen Mittel erhalten interessierte Investoren
32 Einblick in das gesamte Vertragswerk und die für eine Unternehmensprüfung
33 (due diligence) erforderlichen Informationen.
- 34 • Wird das Einstiegsrecht durch einen Investor oder ein Investorenkonsortium
35 ausgeübt, steigt der Staat vollständig aus und trägt kein Risiko mehr. Der
36 staatliche Beitrag erschöpft sich dann darin, schnell eingesprungen zu

37 sein.

- 38 • Sofern die öffentliche Hand die Transaktion von Beginn an so strukturiert,
39 dass nach der Umsetzung die Einbindung privater Investoren (sog.
40 Syndizierung) stattfinden kann, und private Investoren explizit hierzu
41 einlädt, kann die öffentliche Hand eine Minderheitsbeteiligung von 20% ohne
42 Gewährung besonderer Sonderrechte behalten. Ferner kann die Frist für die
43 Syndizierung länger sein als für das Einstiegsrecht.
- 44 • In beiden Fällen ist nach Ablauf der Fristen für die Syndizierung zu
45 veröffentlichen, ob und ggf. in welchem Umfang private Investoren das
46 Einstiegsrecht ausgeübt bzw. sich an der Syndizierung beteiligt haben.

47 Durch den beschriebenen Mechanismus wird ein erzwungener Markttest eingeführt,
48 der Staatsbeteiligungen nicht verbietet, aber die politische Verantwortung für
49 solche, die den Markttest verfehlen, den handelnden Politikern zuweist. Wählen
50 die politischen Akteure die Option der Syndizierung, können sie
51 Syndikatsinteressenten schon während der Verhandlungen über die
52 Staatsbeteiligung einbinden und damit sicherstellen, dass die Bedingungen eher
53 denen des Kapitalmarkts entsprechen. Der Mechanismus verhindert auch allzu
54 schnelle Rufe nach dem Staat als Retter. Denn Unternehmer, die nach dem Staat
55 rufen, bekommen am Ende eventuell doch professionelle Investoren als
56 Anteilseigner, die meist kritischer in der Verwaltung ihrer Beteiligungen sind.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 86/A027: Die Zukunft der Wasserstoffwirtschaft – Marktwirtschaftliche Chancen und technische Herausforderungen

Antragsteller*in:	LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Zukunft der Wasserstoffwirtschaft – 2 Marktwirtschaftliche Chancen und technische 3 Herausforderungen

4 1. Marktwirtschaftlicher Rahmen:

5 Das Hauptziel einer zukunftsfähigen Energiepolitik sollte die schrittweise
6 Reduzierung von CO₂-Emissionen sein. Dabei steht der freie Markt im Zentrum.
7 Wasserstoff ist ein wichtiger Baustein der Dekarbonisierung, aber kein
8 Allheilmittel. Die Rückverstromung von Wasserstoff ist ineffizient (Wirkungsgrad
9 unter 50%), weshalb es klüger ist, kurzfristig auf bewährte, marktfähige
10 Lösungen wie Hochspannungsleitungen oder die Nutzung bestehender
11 Erdgasinfrastrukturen zu setzen. Der freie Wettbewerb kann Technologien
12 hervorbringen, die sich als nachhaltiger und effizienter erweisen.

13 2. Wettbewerb und Innovation:

14 Freier Wettbewerb und unternehmerische Kreativität sind die Treiber von
15 Innovation. Statt auf zentrale Steuerung und Subventionen zu setzen, sollten
16 projektbezogene Wettbewerbe und Innovationspreise Universitäten, Startups und
17 Unternehmen ermutigen, marktfähige Lösungen zu entwickeln. Wasserstoff sollte
18 dort erzeugt werden, wo es wirtschaftlich und technisch sinnvoll ist, etwa in
19 Regionen mit Überschüssen an erneuerbarem Strom. Dezentrale
20 Wasserstoffproduktion und CO₂-arme Umwandlungsprozesse sollten durch den freien
21 Markt beschleunigt werden. Die besten Ideen setzen sich in einem offenen
22 Innovationswettbewerb von allein durch.

23 3. Infrastruktur und Rolle des Staates:

24 Es gibt bereits erprobte Technologien im Umgang mit Wasserstoff, besonders in
25 der Chemieindustrie. Anstatt auf flächendeckende Subventionen zu setzen, sollte
26 der Staat vor allem als Ermöglicher fungieren. Ein gut finanziertes, aber
27 schlankes Förderprogramm kann private Innovationen anregen. Zentral ist, dass
28 der Staat nicht als Hauptakteur agiert, sondern private Investitionen und
29 Unternehmergeist fördert. Deutschland sollte auf eine Innovationskultur setzen,
30 die kreative Lösungen aus der Privatwirtschaft fördert, statt eine expansive
31 Subventionskultur zu etablieren.

32 4. Internationale Wettbewerbsfähigkeit:

33 Offene Märkte und internationale Kooperation sind unverzichtbar. Besonders
34 Partnerschaften innerhalb der EU sowie mit den USA, China und Indien bieten

35 enorme Chancen. Anstatt auf ideologische Scheuklappen zu setzen, sollten alle
36 Technologien, die zur CO₂-Reduktion beitragen, eine Chance haben. Projekte wie
37 die Produktion von Kerosin aus Wasserstoff und Abfallfetten, der Einsatz von
38 Ammoniak als Transportmittel oder die Herstellung von Methanol aus Wasserstoff
39 und CO₂ sind spannende marktorientierte Ansätze, die weiterverfolgt werden
40 sollten. Ein globaler Wettbewerb um die besten Ideen bringt Innovation und
41 Effizienz.

42 **5. Zukunftsperspektiven:**

43 Die Wasserstoff-Kommission sollte sich auf Wissenschaft und marktwirtschaftliche
44 Prinzipien stützen, nicht auf politische Dogmen. Freiheit und Wettbewerb fördern
45 die besten Technologien. Statt eine „ideologische Planwirtschaft“ zu verfolgen,
46 braucht es Mut, ineffiziente Ansätze zu hinterfragen und den Blick auf
47 praktische, marktorientierte Lösungen zu lenken. Wasserstoff kann einen
48 wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten, aber nur in einem Rahmen, der
49 private Innovation und Wettbewerbsfähigkeit fördert.

50 In dieser Diskussion wurde deutlich, wie der Staat auf die Rolle des
51 Schiedsrichters reduziert wird, der den Rahmen schafft, in dem private Akteure
52 die besten Lösungen entwickeln können. Wettbewerb und Innovation stehen im
53 Vordergrund, nicht zentrale Planwirtschaft oder übermäßige Subventionen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich. Der Antrag ist Ergebnis aus einem Gespräch mit dem Mitglied des Wasserstoffrates Prof. Dr.- Ing. Michael Sterner.

Antrag 86/A028: Lindner-Depots für alle – auch für Selbstständige!

Antragsteller*in:	LFA BY II Vorankommen durch eigene Leistung (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Lindner-Depots für alle – auch für Selbstständige!**

2 Die FDP Bayern begrüßt den Vorstoß von Bundesfinanzminister Christian Lindner
3 und der FDP-Bundestagsfraktion zur Einführung von Altersvorsorge-Depots für die
4 kapitalgedeckte Altersvorsorge. Der dadurch eingeleitete Paradigmenwechsel für
5 die Altersvorsorge in Deutschland sichert nicht nur die Renten künftiger
6 Generationen, sondern bildet auch einen zusätzlichen individualisierten
7 Kapitalstock, der auch den deutschen Kapitalmarkt beleben wird.

8 Daher sehen die Freien Demokraten Bayern auch die geplante Förderung von
9 Einzahlungen in das Altersvorsorge-Depot als hinnehmbar an, auch wenn wir
10 weitere Staatsausgaben für Förderprogramme grundsätzlich kritisch sehen.

11 Die neuen Vorsorgeform und die Förderung sollten jedoch allen offenstehen, die
12 kapitalgedeckt für ihr Alter vorsorgen wollen. Dies muss auch für Selbstständige
13 gelten, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind.

14 Wenn auch Altersvorsorge-Depots von Beamten gefördert werden, die nicht in die
15 Rentenversicherung einzahlen, muss dies auch für Selbstständige gelten.

Begründung

Ausweislich der FAQ des BMF unter

[https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Internationales_Finanzmarkt/
Altersvorsorge/Private-Altersvorsorge/private-altersvorsorge.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Altersvorsorge/Private-Altersvorsorge/private-altersvorsorge.html)

werden Vorsorge-Depots nur von Pflichtversicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung und von Beamten gefördert. Es gibt keinen sinnvollen Grund, Selbstständige von der Förderung auszunehmen. Die FDP möchte Selbstständigkeit und die Übernahme von Verantwortung fördern und sollte deshalb gegen jede Benachteiligung von Selbstständigen eintreten, gerade auch bei der Altersvorsorge. Sollten die Koalitionspartner dem nicht nachgeben, muss dies ein zentrales Element unseres Wahlprogramms zur nächsten Bundestagswahl werden.

Antrag 86/A029: Beitragsbemessungsgrenzen sofort einfrieren!

Antragsteller*in:	KV Weilheim-Schongau (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Ursula Lex (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Beitragsbemessungsgrenzen sofort einfrieren!**
- 2 Die Beitragsbemessungsgrenzen für die Berechnung der Sozialabgaben sollen nicht
- 3 weiter angehoben werden.

Begründung

Einführung

Die Beitragsbemessungsgrenze legt fest, bis zu welchem Betrag Einkommen von gesetzlich Versicherten in die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge einfließen. Einkommen, die diese Grenze überschreiten, bleiben dabei unberücksichtigt.

Die Beiträge, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in die Sozialversicherungen abzuführen haben, berechnen sich aus dem Bruttoarbeitseinkommen des Arbeitnehmers. Für das Jahr 2024 liegen die Grenzen für die Beitragsbemessung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei 5175 Euro und der Renten- und Arbeitslosenversicherung bei 7550 Euro.[\[1\]](#) Einkommen, das diese Grenzen überschreitet, unterliegt keinen weiteren Sozialabgaben.

Allerdings werden die Beitragsbemessungsgrenzen für die gesetzlichen Sozialversicherungen stetig angehoben. So ist die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung West von 2013 bis 2023 um über 25 % gestiegen[\[2\]](#), während der Reallohnindex in derselben Zeit nur um wenige Prozentpunkte zulegen[\[3\]](#).

Dies führt zwar kurzfristig zu einer Liquiditätserhöhung der maroden Sozialkassen, da mehr Arbeitnehmer und Arbeitgeber höhere Sozialbeiträge leisten müssen. Jedoch werden, anstatt notwendige Reformen voranzutreiben, die finanziellen Defizite der Sozialkassen durch erhöhte Belastungen der Beitragszahler kompensiert. Das stellt aber nur eine kurzfristige Lösung dar und ignoriert die langfristigen strukturellen Probleme der gesetzlichen Sozialversicherungen.

Diese Vorgehensweise widerspricht den Prinzipien der Freien Demokraten, die für individuelle Freiheit und wirtschaftliche Vernunft stehen, und gefährdet die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands.

Belastung der Leistungsträger

Die Grundsätze "Leistung muss sich lohnen" und "Mehr Netto vom Brutto" sind seit jeher Kernbotschaften der FDP. Die kontinuierliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen belastet insbesondere Leistungsträger und Gutverdiener, die bereits den Großteil des Steueraufkommens tragen. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums entfallen über 50 % des Einkommensteueraufkommens auf die obersten 10 % der Einkommensbezieher.[\[4\]](#) Gleichzeitig nehmen sie die Sozialversicherungen trotz hoher Beiträge deutlich weniger in Anspruch.

Die zusätzliche finanzielle Belastung durch Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze reduziert den Anreiz für Mehrarbeit, Weiterbildung und unternehmerisches Engagement, was langfristig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gesellschaft schwächt.

Wirtschaftliche Auswirkungen auf Arbeitgeber

Die Lohnnebenkosten in Deutschland gehören zu den höchsten in Europa.^[5] Durch die paritätische Finanzierung der Sozialabgaben sind auch Arbeitgeber von den ständigen Erhöhungen der Beitragsbemessungsgrenze betroffen. In einer Zeit wirtschaftlicher Unsicherheit, geprägt von globalem Wettbewerb und technologischen Umbrüchen, führen steigende Lohnnebenkosten zu einer erheblichen finanziellen Belastung für Unternehmen. Dies mindert die Investitionsfähigkeit der Unternehmen, hemmt Innovationen und gefährdet Arbeitsplätze. Besonders kleine und mittelständische Unternehmen sind hiervon stark betroffen. Sie haben oft weniger finanzielle Spielräume, um die steigenden Kosten, die mit der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze einhergehen, zu kompensieren.

Fachkräftemangel und Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte

Der globale Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte hat sich in den letzten Jahren intensiviert. Deutschland droht aufgrund hoher Abgabenlasten an Attraktivität zu verlieren. Laut dem "Taxing Wages"-Bericht von 2023 der OECD ist die Steuer- und Abgabenbelastung für Singles ohne Kinder in Deutschland eine der höchsten unter den OECD-Ländern.^[6] Unternehmen reagieren, indem sie vermehrt anbieten, Mitarbeiter mit „Relocation-Programmen“ dauerhaft ins Ausland zu entsenden und dort anzustellen. Das hat positive Wirkung auf die Sozialabgabelast des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers, allerdings verschärft dieser Trend den bereits bestehenden Fachkräftemangel in Schlüsselbranchen wie IT, Ingenieurwesen und schwächt die Innovationsfähigkeit des Standorts Deutschland. Nach dem "Global Competitiveness Report 2024" des Weltwirtschaftsforums ist Deutschland im Ranking bereits auf Platz 24 zurückgefallen.^[7]

Fazit

Um zu den Kernwerten der FDP zurückzukehren, die aufgezeigten negativen Entwicklungen zu stoppen und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, ist es erforderlich, die **Beitragsbemessungsgrenzen nicht weiter anzuheben**. Stattdessen sollten nachhaltige und zukunftsorientierte Reformen der Sozialversicherungssysteme umgesetzt werden. Wie etwa die Einführung eines flexiblen Renteneintrittsalters, die Förderung privater Altersvorsorge durch Steuererleichterungen (z.B. durch das „Lindner-Depot“ oder ein Äquivalent zum amerikanischen 401(k)), sowie die Integration weiterer kapitalgedeckter Elemente in die staatlichen Sozialversicherungen.

Dies fördert nicht nur die Attraktivität Deutschlands für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern stärkt auch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und sichert langfristig den sozialen Frieden.

Durch die Umsetzung dieses Antrags setzen die Freien Demokraten ein klares Zeichen für mehr Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und die Stärkung des Standorts Deutschland. Es ist an der Zeit, die Weichen für eine zukunftsfähige Sozialpolitik zu stellen, die die Interessen aller Generationen berücksichtigt und die Leistungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger honoriert.

^[1] Vgl. § 2 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Nr. 1 SVRechGrV 2024.

^[2] Vgl. § 4 Abs. 1 Nr. 1 SVRechGrV 2023 und § 3 Abs. 1 Nr. 1 SVRechGrV 2013.

^[3] Statistisches Bundesamt: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/Tabellen/liste-reallohnentwicklung.html#134646>.

^[4] BMF, Datensammlung zur Steuerpolitik 2023, S. 20.

^[5] Statistisches Bundesamt: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/04/PD20_142_624.html.

^[6] OECD, Taxing Wages 2023, S. 17.

^[7] IMD, World Competitiveness Yearbook 2024, S. 52.

Antrag 86/A030: Milchpreis durch Wettbewerb: Freie Märkte statt staatlicher Subventionen!

Antragsteller*in:	KV Weilheim-Schongau (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Milchpreis durch Wettbewerb: Freie Märkte statt** 2 **staatlicher Subventionen!**

- 3 Die FDP fordert die Einführung des Artikel 148 GMO (Gemeinsame Marktordnung),
4 welcher verbindliche Vertragsverhandlungen zwischen Erzeugern und Verarbeitern
5 in Bezug auf Preis, Qualität und Menge vor der Lieferung vorsieht. Dieser
6 Artikel fördert marktwirtschaftliche Prinzipien und ermöglicht den
7 Milcherzeugern, erstmals in der Geschichte, eine direkte Marktteilnahme und
8 fördert durch einen zusätzlichem Marktakteur den Wettbewerb in der gesamten
9 Wertschöpfungskette wodurch Subventionen nachhaltig überflüssig werden können.

Begründung

Als marktorientierte Partei setzen wir Freie Demokraten uns für faire, transparente und wettbewerbsfreundliche Rahmenbedingungen ein, die den freien Markt fördern und staatliche Eingriffe minimieren. Auf dem deutschen Milchmarkt besteht jedoch ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den Milcherzeugern und den Molkereien, das dazu führt, dass Erzeuger keine kostendeckenden Preise erzielen können.

Das Problem besteht darin, dass die Preisverhandlungen über die Milchhauszahlungspreise erst nach der Lieferung und Verarbeitung der Milch stattfinden und bei Uneinigkeit durch die Molkereien einseitig festgelegt werden, anstatt – wie bei Vereinbarungen zwischen Molkereien und dem Einzelhandel üblich – bereits vor der Lieferung. Dadurch wird den Milcherzeugern die Möglichkeit genommen, aktiv am Markt teilzunehmen und ihre Produktion marktorientiert zu gestalten. Sie können ihre Produktion nicht an den Prinzipien von Angebot und Nachfrage ausrichten, da die Marktsignale entweder gar nicht oder viel zu spät bei ihnen ankommen. Dies führt seit Jahrzehnten zu einer Überproduktion und unrentablen Preisen. Anstatt die natürliche Preisbildung durch den Markt zuzulassen, versucht die Politik, diese Problematik mit Subventionen abzufedern, was jedoch lediglich die Abhängigkeit der Milcherzeuger von staatlicher Unterstützung verstärkt.

Anstatt durch faire Marktbedingungen kostendeckende Preise zu erzielen zu können, sind die Milcherzeuger zunehmend von staatlichen Finanzhilfen abhängig. Das vom Bundeskartellamt festgestellte Machtgefälle zwischen Milcherzeugern und der verarbeitenden Industrie führt dazu, dass Erzeuger auch in Hochpreisphasen keine kostendeckenden Preise erzielen können. Diese Abhängigkeit von staatlichen Subventionen hemmt Innovationen, Nachhaltigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Milcherzeuger.

Die FDP lehnt eine dauerhafte staatliche Subventionspolitik ab, da sie den freien Markt verzerrt und langfristig ineffizient ist. Der Milchmarkt benötigt stattdessen marktgerechte Lösungen, die eine nachhaltige Erzeugerpreisentwicklung ermöglichen.

Die FDP setzt auf Eigenverantwortung und eine Reduktion von staatlichen Subventionen, die nur eine kurzfristige und oft ineffiziente Lösung darstellen. Mit der Einführung von Artikel 148 GMO werden Milcherzeuger in die Lage versetzt, ihre Preise durch den freien Markt und nicht durch staatliche Zuschüsse zu sichern. Dies führt zu einer Entlastung des Staates und einer langfristigen Unabhängigkeit der Milcherzeuger von Subventionen, was im Sinne der FDP einer freien und marktwirtschaftlich orientierten Agrarpolitik entspricht.

Die FDP sieht in der Einführung von Artikel 148 GMO einen wichtigen Schritt, um die Marktchancen der Milcherzeuger, die stark unter Druck stehen, zu erhöhen und diese zu befähigen, ihre Betriebe wirtschaftlich unabhängig und nachhaltig zu entwickeln.

Antrag 86/A031: Für ein Handelsembargo gegen russische Düngemittel, für Ausbau und Dekarbonisierung der deutschen und europäischen Dünger-Produktion

Antragsteller*in:	KV Donau-Ries (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für ein Handelsembargo gegen russische Düngemittel,**
2 **für Ausbau und Dekarbonisierung der deutschen und**
3 **europäischen Dünger-Produktion.**

4 Russische Düngemittel sind mit nationalen und internationalen Einfuhrstopps zu
5 belegen. Im gleichen Zuge muss eine produktionsstarke wie ressourcenschonende
6 Düngerproduktion in Deutschland und Europa erhalten und ausgebaut werden.

Begründung

Russland umgeht das EU-Embargo gegen fossile Energieträger über den massenweisen Export von Düngemitteln. Seit Beendigung der Gas- und Ölimporte pushen russische Erzeuger große Mengen billig hergestellter Düngemittel zu Dumping-Preisen in den deutschen und europäischen Markt.

Russland erzeugt diese Düngemittel mit seinen schier unerschöpflichen fossilen Reserven bislang nahezu kostenfrei und finanziert aus den Erlösen den Angriffskrieg gegen sein Nachbarland. Die deutschen Düngemittel-Erzeuger weisen eindrücklich auf die konsekutive Schädigung ihrer Produktionskapazitäten und auf die drohende EU-weite Abhängigkeit hin. Dies bezieht sich neben Düngemitteln auch auf militärisch wichtige Vorprodukte wie Ammoniak.

Agrochemisch erzeugte Dünger sind eine unverzichtbare Grundlage der modernen Landwirtschaft. Hier dürfen keinerlei Abhängigkeitsbeziehungen zu totalitären oder feindseligen Staaten entstehen.

Ein Hochfahren der europäischen und transatlantischen Erzeugung kann Verknappung und Verteuerung bei den Agrardüngern abfangen.

Erdgas verursacht 70-80% der Betriebskosten einer Düngemittel-Fabrik. Daher ist die möglichst kostenneutrale Umstellung auf nachhaltige Produktion mit Hilfe von grünem Wasserstoff, blauem Wasserstoff und CCS* voranzutreiben.

* Carbon Capture and Storage

Antragsteller: Kreisvorstand der FDP Donau-Ries

Antragstext: Dr. Mark Tanner

Kreisvorsitzender der FDP Donau-Ries

Kreisrat

Mark.Tanner@gmx.de; 0175-8031045

Antrag 86/A032: Reform Öffentlicher Dienst

Antragsteller*in:	BV Schwaben (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Deutsche Verwaltung ist schon seit Jahren ein Problem für unseren
2 Wohlstand, indem notwendige Prozesse meist über die Maßen langwierig sind,
3 wichtige Projekte oft einschlafen und aktivere Akteure, wie Unternehmen, durch
4 Bürokratie und langsame Prozesse ausgebremst werden. Während viele Behörden
5 unterbesetzt sind, gibt es auch einen aufgeblähten und deutlich zu teuren
6 Verwaltungsapparat in manchen Bereichen. Da keine wie in Unternehmen Anreize
7 bestehen, Beamte und Mittel neu zu allokkieren finden wir uns heute gleichzeitig
8 einem viel zu großen Verwaltungsapparat ausgesetzt, welcher an entscheidenden
9 Stellen dennoch unterbesetzt und überlastet ist. Prominente Stichwörter sind
10 Digitalisierung, sowie Baugenehmigungen für Windparks.

11 Wir fordern daher:

- 12 • Eine Verschlinkung von Behörden, indem wir zum einen Prozesse
13 digitalisieren und zum Anderen Anreize für den eigenständigen Abbau nicht
14 benötigter Stellen setzen. Zur Digitalisierung wollen wir in jedem
15 Bundesland Stellen einrichten, an welche sich Behörden wenden können, um
16 Ihre Formulare zu automatisieren, sowie Schnittstellen für Bürger
17 und Unternehmen zu schaffen. Dies erfordert mittlerweile keine großen IT-
18 Kenntnisse mehr, lediglich Erfahrung, welche Sicherheitsrisiken bestehen
19 und wie an kritische Bereiche umgehen kann. Für den Stellenabbau wollen wir
20 auf Anreize zur selbstständigen Evaluation von Abbaupotentialen und den
21 zwischen Beamten und Behördenleitung einvernehmlichen Wechsel setzen:
22 beispielsweise Wechselboni, sowie zeitweise Budgeterhöhungen als Belohnung
23 für die freistellende Behörde, oder eine solche, die eine verrentete Stelle
24 nicht nachbesetzt. Wichtig ist, dass je Abteilung maximal ein Wechsel alle
25 zwei Jahre stattfinden kann, um Fehlanreize zu vermeiden. Die
26 Nachbesetzung von Stellen, deren Besetzung den Ruhestand antritt, soll
27 zudem zukünftig begründet werden.
- 28 • Zeitweilige Einstellung von nicht-verbeamteten Fachkräften für den IT-
29 Bereich.
30 Hierzu sollen Kommunale Töpfe für IT-Gehälter geschaffen werden, welche
31 frei verfügbar für notwendige Stellen vergeben werden können. Die maximale
32 Gesamtsumme soll sich am typischen Bedarf für die Kommunengröße, sowie
33 marktüblichen Gehältern richten. Zur Bereitstellung sollen die Kommunen
34 benötigte Digitalisierungsprojekte identifizieren und erwartete Laufzeiten
35 angeben, woraus sich dann die Anzahl und Dauer der benötigten
36 Stellen ergibt. Teil der Projektplanung müssen auch Schritte für den
37 weiteren Weg nach Projektabschluss sein, welcher durch reguläre Stellen
38 gewährleistet werden muss. Dies kann durch bestehende, oder bereits

39 bewilligte Stellen nachgewiesen werden.
40 Ob die Kreise dann einzelne hochbezahlte IT-Experten für kurze Zeit
41 einstellen, oder mehrere günstigere IT-Fachkräfte für längere Zeiträume,
42 sowie ob sie von den Töpfen „Signing-Boni“ oder andere übliche Anreize aus
43 der freien Wirtschaft anbieten, sei ihnen selbst überlassen.

Antrag 86/A033: Rentenpunkte für Erziehungszeiten leichter sammeln

Antragsteller*in:	BV Schwaben (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Bei Antrag auf Mutterschutz und Elternzeit soll für den beantragten Zeitraum
- 2 automatisch eine Meldung an die gesetzliche Rentenversicherung für das
- 3 Elternteil erfolgen. Diese Meldung soll die Rentenpunkte für den beantragten
- 4 Zeitraum enthalten und kann in die Anträge auf Mutterschutz und Elternzeit
- 5 integriert werden. Es soll der zusätzlich zu stellende Antrag bei der
- 6 Rentenversicherung entfallen, in dem die Rentenpunkte für besagten Mutterschutz-
- 7 und Elternzeitzeitraum berücksichtigt werden.

Begründung

Ein weiterer Antrag stellt eine bürokratische Hürde dar. Viele angehende Eltern wissen nicht, dass ein separater Antrag gestellt werden. Zum Renteneintritt müssen diese „Lücken“ in der Erwerbstätigkeit nachgewiesen werden, was nach Jahrzehnten vergangener Zeit oft schwierig ist. Den Eltern fehlen dadurch wertvolle Erwerbsjahre, die sich monetär auf das Einkommen im Alter auswirken. Beim Beantragen von Mutterschutz und Elterngeld wird das Einkommen bereits berücksichtigt. Ebenfalls liegen zu diesem Zeitpunkt alle relevanten Daten vor (andernfalls würde der Antrag auf Mutterschutz und Elterngeld nicht genehmigt werden). Der Aufwand, eine Meldung an die Rentenversicherung und eine Anerkennung dieser Erziehungszeiten zu bewirken, ist für alle Seiten denkbar gering.

Antrag 86/A034: Inflationsausgleichsprämie für Selbstständige

Antragsteller*in:	BV Schwaben (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Nick Kelldorfner (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Bayern der FDP möge sich dafür einsetzen, dass auch
- 2 Selbstständige die Inflationsausgleichsprämie nutzen können.

Begründung

Arbeitnehmer können bis zu 3.000,- € steuer- und sozialversicherungsfrei als Inflationsausgleichsprämie erhalten. Selbstständige, z.B. die Inhaber kleiner Läden, Handwerker oder Freiberufler, haben dagegen keine Möglichkeit einen solchen Betrag steuer- und sozialversicherungsfrei zu nutzen. Das ist eine eklatante Diskriminierung von Selbstständigen. Die FDP sollte sich klar dafür aussprechen, diese sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung zu beseitigen.

Antrag 86/A035: Mehr als nur Kilowattstunden – Die Wasserkraft in Bayern stärken, technologieoffen ausbauen und ihre Potenziale voll ausnutzen!

Antragsteller*in:	BV Niederbayern (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die kulturhistorische Bedeutung der Wasserkraft in Bayern und ihr Wert als
- 2 verlässliche und saubere Energiequelle kann gar nicht hoch genug eingeschätzt
- 3 werden. Bayern bietet der Wasserkraft durch sehr gute Gefälleverhältnisse und
- 4 Fließgewässer mit ausreichender Wasserführung seit jeher besten Bedingungen, was
- 5 dazu beitrug, dass allein bis 1850 über 6.400 Anlagen in Bayern errichtet
- 6 wurden. Neuartige Turbinentypen und die Elektrifizierung trugen dazu bei, dass
- 7 bis 1926 insgesamt 11.900 Wasserkraftanlagen in Bayern am Netz waren. Mitte der
- 8 zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts konnte somit der gesamte
- 9 Strombedarf Bayerns aus der Wasserkraft gedeckt werden. Spätestens seit den
- 10 1960er Jahren veränderte sich der Strommix deutlich hin zur Stromerzeugung aus
- 11 Kohle-, Öl- und Kernkraftwerken. Heute existieren in Bayern noch etwa 4.200
- 12 Wasserkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von gut 2,9 Gigawatt (inklusive
- 13 Pumpspeicherkraftwerken). Heute befinden sich die wichtigsten und größten
- 14 Wasserkraftanlagen in Bayern mit einer Ausbauleistung von mindesten 1000 kW
- 15 entlang der alpinen Donauzuflüsse Iller, Lech, Wertach, Isar und Inn sowie an
- 16 Donau und Main. Doch auch abseits dieser Ströme und Zuflüsse, so vor allem im
- 17 Bayerischen Wald, hat die Stromerzeugung aus der Wasserkraft nach wie vor eine
- 18 zentrale Bedeutung. So wurden im Jahr 2022 insgesamt 10,4 Milliarden kWh Strom
- 19 aus der Wasserkraft erzeugt, womit der Anteil der Bruttostromerzeugung aus der
- 20 Wasserkraft in Bayern bei 15,2 % lag. Gut ein Viertel der Energie aus
- 21 erneuerbaren Energiequellen stammt in Bayern also aus der Wasserkraft.
- 22 Damit hat Bayern innerhalb Deutschlands ein absolutes Alleinstellungsmerkmal,
- 23 was einen Sonderweg im Umgang mit der Wasserkraft in Bayern nicht nur
- 24 rechtfertigt, sondern auch absolut notwendig macht. Als heimische und kulturell
- 25 gewachsene Energiequelle muss die Wasserkraft unverzichtbarer Teil der
- 26 bayerischen Stromerzeugung und somit der Energiewende in Bayern bleiben. Zudem
- 27 bleibt es das klare Ziel der Bayerischen Staatsregierung, auch nach dem
- 28 Abschalten der Kernkraftwerke, den Anteil der Stromerzeugung aus heimischen
- 29 Anlagen nicht nur möglichst hoch, sondern auch verbrauchsnahe zu halten. Und da
- 30 der bayerische Energiemix bis zum Jahr 2025 zu 70 % aus erneuerbaren
- 31 Energiequellen stammen soll, muss der Weiterentwicklung der immer sicher und
- 32 zuverlässig zur Verfügung stehenden Wasserkraft eine besonders hohe Bedeutung
- 33 zukommen.
- 34 Derzeit wird im Bayerischen Wirtschaftsministerium von einem Ausbaupotenzial der
- 35 Wasserkraft von gut 1 Milliarde kWh/a gerechnet. Bei den derzeitigen
- 36 Strompreisen lassen sich solche Effizienzsteigerungen im Bestand und Ausbau der

37 Wasserkraft zunehmend wirtschaftlich darstellen.

38 Der beschleunigte Ausbau der Wasserkraft als unverzichtbarer Teil zur Behebung
39 kurzfristiger Energienotlagen, zur Übernahme von Grundlast und
40 Netzdienstleistungen sowie zur langfristigen Erreichung der Klimaziele, hat nach
41 aktueller Studienlage ganz erhebliche, auch kurzfristig zu realisierende
42 Potenziale, welche nicht nur im Wege der Modernisierung vorhandener Anlagen
43 umsetzbar sind, sondern auch durch Neuerrichtung an bestehenden und nicht zurück
44 zubauenden Querbauwerken.

45 Oft kommt hinzu, dass vorhandene Querbauwerke oder Staustufen nach
46 Umweltverträglichkeitsprüfungen UVP nicht zurück zubauen sind. Die bisherige
47 behördliche Prüfung auf ihre Eignung zur Wasserkraftnutzung hat sich nach der
48 Rechtslage für den Ausbau der Wasserkraft zuletzt als unzureichend erwiesen. So
49 sollte an diesen Standorten nunmehr ein vorrangiger Ausbau der
50 Wasserkraftnutzung erfolgen, da ein zwischenzeitlicher Rückbau dem verfolgten
51 überragenden öffentlichen Interesse widerspräche.

52 Das überragende öffentliche Interesse für die Wasserkraft, welches seit 2022
53 auch im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) festgeschrieben wurde, muss auch
54 endlich wasserrechtlich Berücksichtigung finden. Dies steht nicht nur im
55 Einklang mit Artikel 3 der Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22.12.2022,
56 die zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau von
57 erneuerbaren Energien infolge des Angriffskriegs durch Russland auf die Ukraine
58 verabschiedet wurde, sondern hat auch allgemeine Anwendbarkeit in Bezugnahme auf
59 die Wasserrahmen-RL 2000/60/EG, die in Artikel 3 Absatz 1 EU-Notfall-VO
60 ausdrücklich klarstellt, dass das überragende öffentliche Interesse sowie der
61 Abwägungsvorrang Erneuerbarer Energien auch im Wasserrecht gelten.

62 Weiterhin sollen durch gezielte Maßnahmen eine Beschleunigung des Ausbaus der
63 Wasserkraft erzielt werden, wozu auch die Straffung von Genehmigungsverfahren
64 zählt, eine Erhöhung der Rechtssicherheit von Verfahren sowie deren verstärkte
65 Digitalisierung.

66 Damit soll künftig unter anderem sichergestellt werden, dass bestehende und noch
67 unausgeschöpfte Potenziale der Modernisierung von Anlagen, der Reaktivierung
68 stillgelegter Standorte, dem Repowering, der ergänzenden Nutzung von
69 zehntausenden von Querbauwerken und die Integration in technische Systeme und
70 neue Formen der Nutzung Vorrang beim Ausbau der Wasserkraft erhalten.

71 Die Bedeutung der Wasserkraft in Bayern für die Krisenvorsorge, da allein in
72 Bayern mit 4.000 Anlagen auch gleichzeitig Notstromaggregate vorhanden sind, ist
73 enorm. Auch zur Erfüllung von KRITIS kann die Wasserkraft für den Erhalt
74 kritischer Infrastrukturen somit einen erheblichen Beitrag leisten.

75 Zudem stabilisieren Wasserkraftanlagen das Stromnetz, so zum Beispiel durch die
76 Lieferung von Blindleistung, Regelenergie und Energiespeicherung.

77 Auch der thermische Nutzen von Wasserkraft durch Aquathermie ist heutzutage
78 enorm. Bei der Betrachtung der aquathermischen Wärmepotenzials der Wasserkraft
79 ergibt sich allein durch Absenkung der Temperatur von 2 Grad Kelvin der
80 Wasserkraftanlagen eine Leistung von 860 tWh. So gibt es aus thermischer Sicht
81 gesehen keine Kleinwasserkraft mehr, da bereits eine Anlage mit einer Leistung

82 von 4 kW ein thermisches Potenzial von 1-2 MW aufweist. Durch Aquathermie
83 erschließt sich so ein weiteres starkes Potenzial der Wasserkraft zur Umsetzung
84 der Wärmewende in Bayern und Deutschland.

85 Abgesehen von ihrer besonders hohen Effizienz, verfügt die Wasserkraft, wenn von
86 entsprechenden ökologischen Maßnahmen begleitet, auch über besonders niedrige
87 Umweltkosten. So ist mittlerweile anerkannt, dass die Wasserkraft als
88 erneuerbare Energiequelle der Nachhaltigkeit und dem Klimaschutz dient.

89 Darüber hinaus kommen der Wasserkraft neben dem klaren Nutzen für den
90 Klimaschutz noch weitere wichtige ökologische Funktionen zu. Zu diesen
91 Funktionen zählen insbesondere die Klimaanpassung durch einen gesteigerten
92 Wasserrückhalt in der Fläche sowie damit verbundene Präventionsmaßnahmen für den
93 Hochwasserschutz. Hinzu kommen noch ein Energieabbau im Hochwasserfall, eine
94 Grundwasserstützung in der Aue während Dürreperioden, die der menschlichen
95 Nutzung in der Landwirtschaft dient, sowie der Erhalt von Feuchtgebieten oder
96 auch die Standfestigkeit von Bauwerken.

97 So ist der ökologische Mehrwert der Wasserkraft, auch im Sinne der
98 Wasserrahmenrichtlinie, nicht mehr von der Hand zu weisen und sollte endlich
99 Teil einer neuerlichen Diskussion über Wasserkraftanlagen in Deutschland werden.

100

101 Insbesondere aber ist die Diskussion über die Fischmortalität beim Betrieb von
102 Wasserkraftanlagen eine stark veraltete, die seit mindestens 20 Jahren
103 unverändert geführt wird. Dem gilt es abzuschwören. Nicht nur dient die
104 Wasserkraft heutzutage zunehmend als Schutzraum vor schlammhaltigen
105 Überflutungen oder Ausschwemmungen bei Starkregenereignissen, sie dient auch der
106 Verlangsamung der Fließgeschwindigkeit, der Gestaltung von Brut-, Laich- und
107 Lebensräumen und kann in den Staugewässern zur Steigerung der Artenvielfalt und
108 bei Trockenheit zum Schutz vor Fressfeinden beitragen. So zeigt die langjährige
109 Erfahrung mittlerweile, dass bei Einhaltung des Stands der Technik die
110 gewässerbezogenen materiell-rechtlichen Vorgaben des Wasser- und
111 Naturschutzrechts gewahrt, werden können.

112 Weiterhin kann durch Modernisierung der Anlagen nach aktuellem Stand der Technik
113 erreicht werden, dass im Sinne der WRRL eine Wiederherstellung der auf- und
114 abwärts gerichteten aquatischen Durchgängigkeit sowie eine verbesserte
115 Stauraumbewirtschaftung mit einer Verbesserung der Geschiebedurchgängigkeit als
116 auch der Sedimentabfuhr erzielt werden.

117 Abschließend ist festzuhalten, dass der Wasserkraft neben ihrem überragenden
118 öffentlichen Interesse in Deutschland und Bayern eine Vielzahl weiterer
119 relevanter systemischer Bedeutungen zukommt. Diese reichen von einem
120 umfangreichen Repowering und Effizienzsteigerung der Anlagen über ihre
121 Integration in eine Bandbreite innovativer technischer Systeme, die dem Gelingen
122 der Wärme- und Energiewende dienen können, bis hin zu für die Ökosystemleistung
123 und dem Erhalt des Landschaftswasserhaushaltes dienlichen Funktionen.

124

125 Der Landesparteitag der FDP Bayern möge beschließen:

- 126 • Alle günstigen erneuerbaren Energiequellen in Bayern, so auch die
127 Wasserkraft, technologieoffen zu erhalten und weiter auszubauen.
- 128 • Die Änderung des Markt- und Förderdesigns durch den Gesetzgeber dahingehend
129 anzupassen, dass Investitionen in die Erzeugung erneuerbarer Energie aus
130 Wasserkraft langfristig wirtschaftlich bleibt und die notwendigen
131 Systemdienstleistungen zur Versorgungssicherheit angemessen vergütet
132 werden.
- 133 • Dass mittelständischen Erzeugern und Betreibern von Wasserkraftanlagen der
134 Markteintritt erleichtert wird und durch verstärkten Bürokratieabbau mehr
135 Wettbewerb unter den Energieträgern zu ermöglichen.
- 136 • Dass insbesondere kurzfristig zu realisierende Potenziale für die
137 Wasserkraft, wie zum Beispiel die Modernisierung, das Repowering und die
138 Nutzbarmachung der Wasserkraft für andere innovative technische Systeme,
139 vorrangig betrachtet werden soll.
- 140 • Dass anerkannt wird, dass die für die Wasserkraft geltende Rechtslage, dass
141 diese im überragenden öffentlichen Interesse liegt, der öffentlichen
142 Sicherheit dient und einen regelhaften Abwägungsvorrang vor anderen
143 Schutzgütern genießt, ausdrücklich bekräftigt und in das wasserrechtliche
144 Regime eingefügt wird. Somit soll der Regelungsinhalt des § 2 EEG in das
145 Wasserrecht (WHG) überführt werden.
- 146 • Dass bei jedweder wasserwirtschaftlichen Planung nach §§ 82 ff.
147 Wasserhaushaltsgesetz dem überragenden öffentlichen Interesse der
148 Wasserkraft generell Rechnung zu tragen ist.
- 149 • Dass die Ausgestaltung von Genehmigungsverfahren für den Ausbau, die
150 Modernisierung oder auch den Neubau von Wasserkraftanlagen in
151 vereinfachter, beschleunigter und rechtssicherer Weise erfolgt.
152 Vorhabensträger sollen frühzeitig über die im Antrag zu machenden Angaben
153 informiert werden, wozu auch persönliche oder digitale Vorabgespräche
154 dienen können. Anforderungen, die an die Antragsunterlagen zu stellen sind,
155 werden dem Träger des Verfahrens möglichst binnen 4 Wochen mitgeteilt, um
156 das Genehmigungsverfahren deutlich zu straffen. Zudem soll die zuständige
157 Behörde die Vollständigkeit der Antragsunterlagen nicht nur prüfen, sondern
158 sie dem Träger auch mitteilen. Wurden entsprechende ökologische
159 Schadensbegrenzungs-, Ausgleichs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen nach dem
160 aktuellen Stand der Technik durchgeführt, so gelten diese als vollständig.
- 161 • Dass auch die beteiligten Behörden dem Gebot der Verfahrensbeschleunigung
162 unterliegen.
- 163 • Dass namentlich ein Anspruch des Vorhabensträgers darauf besteht, dass
164 Verfahren vollständig elektronisch abgewickelt werden können, was für alle
165 Beteiligten für eine Beschleunigung von Verfahrensschritten sowie eine
166 Kostenersparnis bedeutet. Diese Bestimmungen gelten für alle
167 wasserrechtlichen Verfahren, aus denen sich durch die eingereichten
168 Antragsunterlagen verfahrensrechtliche Anforderungen ergeben.
- 169 • Dass im Rahmen des überragenden öffentlichen Interesses und des regelhaften
170 Abwägungsvorrangs der Wasserkraft grundsätzlich die Reaktivierung als auch
171
172

- 173 ein Repowering von Altstandorten in den Maßnahmenprogrammen und
174 Bewirtschaftungsplänen zu integrieren und zu fördern ist.
- 175 • Dass insbesondere, aber nicht nur, die Nutzbarmachung, die Modernisierung
176 und ein Repowering bereits vorhandener Querbauwerke vorangetrieben wird, da
177 diese regelmäßig ausdrücklich nicht zu einer Verschlechterung, sondern zu
178 einer Verbesserung des ökologischen Zustands des Oberflächengewässers
179 führen. Gewässerbezogenen Auswirkungen ist hierbei ausschließlich mit
180 Modernisierungsmaßnahmen nach aktuellem Stand der Technik zu begegnen.
 - 181 • Dass die Vergütung für die Betreiber von Wasserkraftanlagen erhöht wird,
182 die durch entsprechende Modernisierungsmaßnahmen einen Fischschutz nach
183 aktuellem Stand der Technik nachweisen und die Fischmortalität der Anlage
184 so gen null strebt.
 - 185 • Anzuerkennen, dass die Nutzbarmachung und das Repowering von durch eine
186 Umweltverträglichkeitsprüfung nicht mehr zurück zubauenden Staustufen und
187 Querbauwerken zur Behebung von Energienotlagen beitragen kann und eher mit
188 ökologischem Nutzen als mit Einbußen verbunden ist. Der ökologische
189 Eingriff ist daher hinzunehmen, soweit ein Rückbau durch zum Beispiel einen
190 gesteigerten Beitrag bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels
191 ausscheidet.
 - 192 • Dass Zusatznutzen durch die Wasserkraft für ein ökologisches Wirtschaften
193 endlich anerkannt und angemessen gewürdigt werden. Dazu zählen zum Beispiel
194 Zusatznutzen für den Hochwasserschutz, die Absicherung von Flussufern, die
195 Begrenzung der fortschreitenden Sohlenerosion, Sedimentmanagement, die
196 Herstellung der Durchgängigkeit, der Erhalt von Fischpopulationen und der
197 Gewässerstrukturierung, die Sicherstellung der Wasserstände für
198 Wasserstraßen sowie die Beseitigung des Zivilisationsmülls.
 - 199 • Dass anerkannt wird, dass nach Artikel 4 Absatz 7 der Wasserrahmen-RL
200 2000/60/EG (WRRL) Ausnahmen von den Bewirtschaftungszielen der WRRL gemacht
201 werden können, insofern die Gründe hierfür von überragendem öffentlichem
202 Interesse sind und/oder der Nutzen, den die Verwirklichung der
203 Bewirtschaftungsziele für die Umwelt und Gesellschaft hat, übertroffen
204 werden. Gemeint sind hier beispielsweise neue Änderungen für die
205 menschliche Gesundheit, die Erhaltung der Sicherheit der Menschen oder auch
206 die nachhaltige Entwicklung. Dies sind Gründe, die beim Ausbau der
207 nachhaltigen Wasserkraft regelmäßig vorliegen.
 - 208 • Grundsätzlich bei Anwendung des Verhältnismäßigkeitsprinzips dem
209 Gesetzeszweck Rechnung zu tragen, dass die erneuerbaren Energien, so auch
210 die Wasserkraft, unter Wahrung der Wasserrahmenrichtlinie und des
211 Wasserhaushaltsgesetzes auszubauen sind.
 - 212 • Dass die Wasserkraft in Bayern grundsätzlich in die regionale Entwicklung
213 integriert wird. Übergeordnete Ziele sind hierbei eine nachhaltige,
214 resiliente und regenerative Entwicklung. Gemeint sind damit verlässliche
215 und ausreichende finanzielle Anreizsysteme für die bürokratische
216 Vereinfachung zu schaffen, die Versorgung kritischer Infrastrukturen wie
217 Kläranlagen und Krankenhäusern sowie die Wasserrückhaltung. Dafür muss die
218
219

- 220 Einbindung der Kommunal- und Regionalplanung, die oftmals Energiemanager beschäftigen, die Grundlage sein.
- Dass Wasserkraftbesitzern, die sich aktiv an Naturschutz- oder Ausgleichsmaßnahmen beteiligen, die Möglichkeit der Erwirtschaftung von Carbon Credits eingeräumt wird.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 86/A036: Für eine starke Wirtschaft und einen wettbewerbsfähigen Automobilstandort

Antragsteller*in:	BV Niederbayern (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Bayerns und Deutschlands steht zunehmend
2 unter Druck. Nach einem Jahrzehnt unionsgeführter Politik, die sich auf
3 vergangene Erfolge stützte, eine „Weiter-so“-Mentalität zur Perfektion getrieben
4 hat und notwendige Investitionen in den Standort Deutschland sträflich
5 vernachlässigte, ist es nun dringend an der Zeit für einen radikalen Kurswechsel
6 und entschlossene Reformen. Kleinteilige Regulierung und Dirigismus auf EU-Ebene
7 können wir uns nicht länger leisten.

8 Die zunehmend wettbewerbseinschränkenden Rahmenbedingungen in der Europäischen
9 Union setzen die deutsche Automobilindustrie unter Druck und haben die
10 Belastungsgrenzen längst überschritten. Als FDP haben wir schon vor Jahren vor
11 einem dogmatischen und planlosen Verbrenner-Aus gewarnt. Dies betrifft auch
12 unrealistische Vorgaben für Flottengrenzwerte für Unternehmen. Der
13 unverhältnismäßige Regulierungsanspruch löst eine Spirale von Krisen in unserer
14 Automobil- und Zulieferindustrie aus, die nicht nur unsere Volkswirtschaft in
15 Gefahr bringt, sondern auch die soziale Marktwirtschaft, als deren Garant für
16 Arbeitsplätze und Wohlstand in der Breite der Gesellschaft die Automotive-
17 Branche bis heute steht.

18 Eine wettbewerbsfördernde Wirtschaftswende in der Politik ist das Gebot der
19 Stunde. Deutsche Unternehmen benötigen freien Zugang zu Märkten, verlässliche
20 Rahmenbedingungen, Planbarkeit und eine Industriepolitik, die sich den aktuellen
21 Herausforderungen stellt. Nach Jahren eines zielbezogen fragwürdigen Green-
22 Deals, Verbotsmentalität und Bürokratieflut seitens der EU-
23 Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, ist es höchste Zeit, die
24 Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union kommissionsübergreifend als Top 1
25 auf die politische Agenda zu setzen. Es braucht eine neue Priorität für ein
26 investitions- und technologiefreundliches Wettbewerbsumfeld, das die
27 Privatwirtschaft und Unternehmerkultur wieder in den Mittelpunkt politischer
28 Entscheidungen stellt.

29 **1. Mehr Tempo bei der Umsetzung der Wachstumsinitiative**

30 Die Wirtschaft muss in den Ländern, im Bund und auf europäischer Ebene durch
31 gezielte Entlastungen gestärkt werden. Dafür steht beispielsweise die
32 Wachstumsinitiative der Bundesregierung mit konkreten 49 Einzelmaßnahmen, die
33 auf eine echte Wirtschaftswende abzielen.

34 Wir fordern:

- 35 • Eine zügige finale Ausarbeitung und Umsetzung der konkreten Maßnahmen aus
36 der Wachstumsinitiative sowie eine allgemein verständliche Kommunikation

37 der dafür verantwortlichen Fachkreise. Das Ziel muss sein, insbesondere
38 steuerliche und bürokratische Entlastungen, die Freisetzung und
39 Vereinfachung von Investitionen und privatem Kapital, die Sicherung des
40 Ausgleichs der kalten Progression und wettbewerbsfähige Strompreise in
41 einem Zeitfenster zu erreichen, das die aktuell anstehende
42 Unternehmensplanung unterstützt.

- 43 • Die sofortige Aussetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes.
- 44 • Die EU-Lieferkettenrichtlinie, die gegen den Widerstand der FDP
45 verabschiedet wurde, ist in schlanker und praxistauglicher Form umzusetzen.
46 Insgesamt ist der konsequente Einsatz für ein Umdenken in europäischer
47 Wirtschaftspolitik dringend notwendig.
- 48 • Senkung der Netzentgelte und des Ladestrompreises durch stärkeren
49 Wettbewerb und Technologie sowie die dauerhafte Anpassung der Stromsteuer
50 für alle auf das europäische Minimum.
- 51 • Die Erweiterung der Wasserstoffstrategie des Bundes unter stärkerer
52 Berücksichtigung des Verkehrssektors.

53 **2. Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft stärken**

54 Die Automobilzulieferindustrie, bestehend aus Familienunternehmen, kleinen und
55 mittleren Unternehmen sowie Weltkonzernen mit zahlreichen globalen Standorten
56 steht für Innovationsgeist, globale Reichweite und Leistungsfähigkeit. Besonders
57 die Digitalisierung der Mobilität auf allen Ebenen führt dazu, dass sich viele
58 Unternehmen der Zulieferindustrie neu aufstellen müssen. Dazu gehören
59 Umstrukturierungen, Unternehmensnachfolgen und Standortveränderungen, die große
60 Investitionen erfordern.

61 Als FDP Bayern setzen wir uns im Sinne des nachhaltigen Erfolgs der
62 Zulieferindustrie dafür ein, dass unsere Infrastrukturen für Verkehr und
63 Digitales besonders in ländlichen und suburbanen Regionen durch entsprechende
64 Maßnahmen und Investitionen auch in Zukunft leistungsfähig sind. Die
65 wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen hängt in erheblichem Maße von
66 der Prosperität der dort aktiven Unternehmen ab. Sie bilden innovative regionale
67 Wertschöpfungsnetzwerke, schaffen Arbeitsplätze und sind die Grundlage für
68 lebenswerte Regionen in ganz Deutschland.

69 Wir fordern:

- 70 • Nachhaltige bürokratische Entlastungen, um die globale Wettbewerbsfähigkeit
71 der Unternehmen in Bayern und Deutschland zu sichern. Hierzu braucht es ein
72 Belastungsmoratoriums auf europäischer Ebene und den weiteren Abbau von
73 Berichtspflichten.
- 74 • Eine Initiative der Landesregierungen zur Erhöhung der Freibeträge bei der
75 Erbschafts- und Schenkungssteuer.
- 76 • Senkung der Unternehmenssteuerlast, da hohe Abgaben die Liquidität von
77 Unternehmen für wichtige Investitionen einschränken und die Zulieferer bei
78 der Bewältigung und Gestaltung der Transformation schwächen.
- 79 • Die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.
- 80 • Eine aktivere Einbringung auf EU-Ebene zu strategischen Sicherung der
81

82 Rohstofflage sowie die langfristige Beibehaltung eines Rohstofffonds zur
83 Finanzierung der identifizierten strategischen Rohstoffprojekte.

- 84 • Die EU-Kommission muss mögliche außenwirtschaftliche Risiken analysieren
und das Netzwerk der Abkommen und Partnerschaften ausbauen.

85 **3. Technologieoffenheit statt pauschales Verbrennerverbot**

86 Unternehmerische Entscheidungen gehören in die Wirtschaft, nicht in die Politik.
87 Politische Vorfestlegungen auf eine Technologie tragen nicht dazu bei, im
88 globalen Wettbewerb und zunehmend sprunghaften Märkten hohe Qualitätsstandards
89 zu setzen und im Interesse der Umwelt Marktführerschaft zu erreichen.

90 Es sind Erfindergeist, operativer Sachverstand und Fleiß, die Deutschland zu
91 einer der stärksten Volkswirtschaften der Welt gemacht haben. Auf diesen Pfad
92 müssen wir zurückkehren. Hinhaltetaktik und Wahlkampfmanöver zerstören die
93 ökonomische Leistungsfähigkeit des Standorts sehenden Auges.

94 Die Mehrheit erwerbstätiger Menschen in Deutschland und Europa ist auf
95 individuelle Mobilität und bezahlbare Antriebstechnik ihrer Fahrzeuge
96 angewiesen. Im ländlichen Raum ist der eigene Pkw alternativlos für die
97 Partizipation. Staatlich vorgeschriebene Elektromobilität unter Wahrung
98 deutscher Wirtschaftsinteressen ist auf absehbare Zeit nicht wettbewerbsfähig
99 und für einen großem Teil unserer Bevölkerung nicht bezahlbar.

100 Die Vielfalt von technischen Lösungen und Angeboten ist es, die der Bevölkerung
101 individuell geeignete, durch Wettbewerbseffekte bezahlbare Lösungen bietet, um
102 selbst zu entscheiden, welche dieser zu den Lebensumständen und
103 Haushaltseinkommen passt. Über den Einsatz von erneuerbaren Kraftstoffen können
104 wir zum einen die Bestandsflotte an Fahrzeugen in Deutschland und Europa
105 aufrechterhalten, aber insbesondere auch weltweit sukzessive Fahrzeuge
106 klimafreundlich betreiben und gleichzeitig die Marktkapazitäten von E-Fuels und
107 Biokraftstoffen auf ein erforderliches Maß durch internationale Kooperation
108 ausweiten.

109 Wir fordern:

- 110 • Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) muss sich an ihre
111 Anfang 2023 getroffene Zusage halten, Verbrennungsmotoren auch nach 2035
112 zuzulassen.
- 113 • Ein klares Bekenntnis zu erneuerbaren Kraftstoffen und die Schaffung
114 notwendiger Rahmenbedingungen mit Partnerinnen und Partnern, um einen
115 privatwirtschaftlich organisierten Markthochlauf zu erreichen.
- 116 • Die Einstufung von E-Fuels als CO₂-frei und die Schaffung eines am Markt
117 umsetzbaren und technisch möglichen Rahmens seitens der EU-Kommission.
- 118 • Technologieoffenheit für effektiven Klimaschutz. Ob Wasserstoff als
119 Treibstoff, E-Fuels, Biodiesel wie HVO 100 oder Elektroautos: Erst die
120 Vielfalt der verschiedenen Technologien schafft echte Chancen für einen
121 klimaneutralen Verkehr in der Luftfahrt, in der Schifffahrt und auf der
122 Straße.
- 123 • Flächendeckender Ausbau der (Schnell-)Ladeinfrastruktur für
124 Elektrofahrzeuge in Bayern. Neben dem Einsatz des Bundes kommen
125

126 insbesondere den Ländern und Kommunen beim Ausbau der Ladeinfrastruktur
127 eine tragende Rolle zu, da sie über weite Teile des öffentlichen
128 Straßenraums verfügen. Bisherige Bemühungen müssen intensiviert und
129 bestehende Förderprogramme weitergeführt werden.

- 130 • Die Senkung von Steuern und Abgaben für Fahrzeuge, die mit erneuerbaren
Kraftstoffen betankt werden in gleichem Maße wie für Elektrofahrzeuge.

131 **4. Offene Märkte und Freihandel schaffen Wohlstand**

132 Protektionismus, Handelsbarrieren und EU-Strafzölle werden die
133 Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie beschädigen. Um beste Qualität zu
134 attraktiven Preisen zu sichern, brauchen wir stattdessen verbesserte und
135 technologieoffene Standortbedingungen, die Innovationskraft unserer Industrie
136 und internationalen Wettbewerb.

137 Wir fordern:

- 138 • Die beschlossenen EU-Strafzölle müssen schnellstmöglich zurückgenommen und
139 auf europäischer Ebene durch eine Verhandlungslösung ersetzt werden.

140 **5. Flottengrenzwerte ersatzlos abschaffen**

141 Die seitens der EU-Kommission vorgeschlagenen und durch CDU/CSU mitgetragenen
142 Flottengrenzwerte bestimmen, wie viel CO₂ Neuwagen in der EU im Durchschnitt
143 ausstoßen dürfen. Verschärfte Vorgaben der EU-Flottengrenzwerte können von der
144 Industrie jedoch nicht eingehalten werden und belasten die bereits angeschlagene
145 Automobilindustrie zusätzlich. Sie vernachlässigen die wirtschaftliche und
146 gesellschaftliche Wirklichkeit. Ein politisch glaubwürdiges und mittelfristig
147 realistisch umsetzbares Ziel ist vielmehr die Balance zwischen wirtschaftlichen
148 Interessen und langfristig sinnvollem Klimaschutz. Durch die Anpassung der
149 Flottengrenzwerte gefährden wir unsere Wissenökonomie, unser jahrzehntelang
150 aufgebautes Spitzen-Know-How, unsere Technologieführerschaft, gut bezahlte
151 Arbeitsplätze und existenziell relevante Arbeitsmarktstrukturen, vor allem auch
152 im ländlichen Raum.

153 Wir fordern:

- 154 • Die ersatzlose Abschaffung der EU-Flottengrenzwerte und eine Zielanpassung
155 auf internationales Niveau.
- 156 • Bis zur Abschaffung der EU-Flottengrenzwerte müssen Strafzahlungen bei
157 Nichteinhaltung der europäischen Flottengrenzwerte auf EU-Ebene ausgesetzt
158 und die rein fahrzeugseitige Betrachtung der Emissionen eines Fahrzeugs
159 zugunsten einer ganzheitlichen Betrachtung des gesamten Lebenszyklus
160 angepasst werden.

161 **6. Mobilität sichern und Rechtssicherheit für Automobilbauer**

162 Überraschend hat die EU-Kommission eine sehr problematische Rechtsposition in
163 Bezug auf Diesel-Pkw der Gruppe Euro 5 und 6 eingenommen. Faktisch würde die EU-
164 Kommission für ein sofortiges Verbot dieser Fahrzeuge sorgen. Millionen
165 Bürgerinnen und Bürger wären ohne eine Änderung der Haltung von Frau von der
166 Leyen davon betroffen.

167 Konkret will die EU-Kommission die Prüfverfahren der Euro-Abgasnorm in ihrer

168 bestehenden Art und Weise der Durchführung rückwirkend verändert wissen, obwohl
169 diese zum damaligen Zeitpunkt den technisch verfügbaren Standards entsprachen.
170 Diese geänderte Haltung der Kommission kann dazu führen, dass der Betrieb von
171 Euro 5 und 6 Kfz seitens des EuGH nachträglich als unionsrechtswidrig bewertet
172 werden könnte. Betroffene Fahrzeuge müssten sodann nachgebessert werden. Da dies
173 in der Regel technisch nicht möglich ist, wäre deren Stilllegung die Konsequenz.
174 Wir fordern:
175 • Die EU-Kommission muss in den betreffenden Vorschriften und noch vor der
176 Entscheidung des EuGH eine rechtliche Klarstellung über die Zulassung von
177 insbesondere älteren Dieselfahrzeugen vornehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 86/A037: Gleichberechtigung bei der Wehrpflicht

Antragsteller*in:	BV Unterfranken (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Nils Jan Gründer (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Art. 12 a Abs. 1 GG wird in seinem Wortlaut so geändert, dass Männer, Frauen
- 2 und Divers vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den
- 3 Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder im Zivilschutzverband verpflichtet
- 4 werden können.
- 5 Der Art. 12 a Abs. 4 GG wird gestrichen.
- 6 Schwangere sind von der Verpflichtung ausgenommen. Im Sinne des Art. 6 GG wird
- 7 ein Elternteil von der Wehrpflicht befreit, wenn ein Kind das 18. Lebensjahr
- 8 noch nicht vollendet hat. Das Wehrpflichtgesetz wird entsprechend geändert.
- 9 Die weiteren Absätze des Art. 12 a GG und das Wehrpflichtgesetz bleiben im
- 10 jetzigen Wortlaut erhalten.

Antrag 86/A038: Keine Eisplatten mehr auf öffentlichen Parkplätzen von LKWs

Antragsteller*in:	BV Niederbayern (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP ist der Überzeugung, dass gerade die öffentlichen Parkplätze zur
- 2 Gefährdung im Verkehrssektor beitragen. Da auf den wenigsten öffentlichen
- 3 Parkplätzen (Autobahnen, Bundesstraßen und denen, der kleineren
- 4 Straßenbaulastträgern) Gerüste zum Abräumen der LKWs vorhanden sind und es den
- 5 Fahrern untersagt ist, auf das Dach der Anhänger zu steigen, bleibt damit die
- 6 Räumung der Dächer auf der Strecke. Dadurch kann es während der Fahrt zu
- 7 gefährlichen Situationen kommen, wenn diese verbliebenen Eisschollen vom
- 8 Anhänger rutschen.
- 9 Zusätzlich können die Fahrer somit auch ihrer Pflicht nicht nachkommen.
- 10 Wir fordern:
- 11 • Pflicht zur Aufstellung eines Eisfreigerüsts für LKW an jeder
- 12 gekennzeichneten Rastanlage oder jedem Großparkplatz.
- 13 • Bei kleineren Parkplätzen Hinweisschilder auf zentral positionierte
- 14 Gerüste, beispielsweise am örtlichen Bauhof, etc.. In einem festzulegenden
- 15 Radius muss ein solches erreichbar und nutzbar sein.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 86/A039: Starke Kommunen, starke Demokratie mit starken Frauen

Antragsteller*in:	Liberales Frauen BY (LV Bayern), Julika Sandt (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Nicole Anna Elisabeth Bauer (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Welt, wie wir sie kennen, hat sich in den letzten Jahren verändert. Nicht
- 2 nur auf globaler Ebene, sondern insbesondere auch auf kommunaler Ebene stehen
- 3 wir als Gesellschaft vor neuen Herausforderungen.
- 4 Der Kommunalpolitik kommt in Zeiten, in denen antidemokratische Kräfte zunehmen,
- 5 eine besondere Verantwortung zu. Es ist genau diese lokale Ebene, in der Politik
- 6 für die Menschen sichtbar und greifbar wird. Und in der die Zukunft unserer
- 7 Demokratie gestaltet wird.
- 8 Die FDP Bayern steht für eine zukunftsorientierte und vielfältige Gemeinschaft,
- 9 in der Frauen gleichberechtigt gestalten.
- 10 Um Frauen in der Politik auf kommunaler Ebene sichtbarer zu machen und ihnen so
- 11 mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben, setzen wir uns für eine Förderung von
- 12 Frauen in Führungspositionen ein. Daher fordern wir, dass die Kommunen unter
- 13 Berücksichtigung lokaler Rahmenbedingungen Gleichstellungsaktionspläne
- 14 aufstellen und umsetzen.
- 15 Um kommunalpolitisches Engagement für alle, insbesondere Frauen, attraktiver und
- 16 mit familiären Verpflichtungen vereinbarer zu machen, fordern wir
- 17 beispielsweise:
- 18 • Die Möglichkeit der Online-Sitzungsteilnahme
- 19 • Die Festlegung eines klaren Sitzungsendes
- 20 • Die Übernahme von Betreuungskosten für Kinder und pflegebedürftige
- 21 Angehörige während Sitzungen

Begründung

Der Antrag ist ein wichtiger Beitrag, um die Kommunalpolitik zukunftsorientierter und repräsentativer zu gestalten. Die Förderung von Frauen in Führungspositionen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement tragen dazu bei, unsere Demokratie zu stärken und die Vielfalt unserer Gesellschaft zu reflektieren.

Antrag 86/A040: Die Wasserwende in Bayern konsequent anstoßen – alternative Kühlwasserbehandlungen in Industrieanlagen möglich machen!

Antragsteller*in:	KV Freyung-Grafenau (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 • Die Anwendung von Bioziden in der Kühlwasserbehandlung als wassergefährdend
2 und nicht mehr essenziell notwendig einzustufen und die Nutzung von
3 nachhaltigen Alternativen grundsätzlich möglich zu machen.
- 4 • Darauf hinzuwirken, neue Regularien/Optionen zu verankern, welche es im
5 Sinne von Innovations- und Technologieoffenheit in der Industrie
6 grundsätzlich erlauben, innovative und nachhaltige Alternativen wie z.B.
7 den Einsatz von funktionellen Mikroorganismen als weitere, sichere
8 Behandlungsmethode für die Klärung von industriellen Kühlwässern
9 zuzulassen.
- 10 • Dass wassergefährdende Produkte für die Kühlwasserbehandlung nach dem
11 Auslaufen ihrer Genehmigung einer erneuten Evaluation unterzogen werden, um
12 zu prüfen, ob diese nach aktuellem Stand der Technik nach wie vor die für
13 eine bestimmte Industrieanlage bestmögliche Lösung darstellen.
- 14 • Entsprechend des Aktionsplans Null-Schadstoffe (Ziel 27 des
15 Aktionsprogramms Wasser der Nationalen Wasserstrategie) eine grundlegende
16 Novellierung/Neubewertung von natürlichen Stoffen und Produkten
17 vorzunehmen.
- 18 • Eine Neubewertung von natürlichen Stoffen oder Produkten soll betreffend
19 der aktuellen Richtlinien wie zum Beispiel der 2010/75/EU über
20 Industrieemissionen oder auch der REACH-Verordnung (EG) 1907/2006
21 vorgenommen werden.
- 22 • Darauf hinzuwirken, dass die Neuregelungen im Wasserecht zur
23 Wiederverwendung aufbereiteter Abwässer neben der landwirtschaftlichen
24 Nutzung ebenso auf die Nutzung für urbanes Stadtgrün als auch auf den
25 Bereich industrieller Anwendungen ausgeweitet wird.

Begründung

Aufgrund des zunehmenden Wasserstresses durch sich zuspitzende Klimafolgen, ist der Zugang zu sauberem Wasser in Deutschland keine Selbstverständlichkeit mehr. Der Grund dafür ist dreifach: ein sinkender Grundwasserspiegel durch zunehmende Trockenheit, Hitze und einem steigenden Bedarf für industrielle Zwecke; die Schadstoffbelastung von Wasserressourcen durch industrielle Produktions- und Kühlprozesse; sowie ein bislang mangelndes Bewusstsein für den mengenmäßigen Gebrauch unserer kostbaren Trink- und Brauchwasserressourcen im privaten aber auch im industriellen Sektor.

Da Deutschland, und auch Bayern, trotz alledem nach wie vor reich an nutzbaren Oberflächen- und

Grundwasserressourcen ist, kann die deutsche Wasserwirtschaft die Trinkwasserversorgung unserer Bevölkerung nach wie vor gewährleisten. Die Industrie hingegen spürt schon heute die Auswirkungen von Wasserknappheit und die damit verbundene Bedeutung dieser speziellen Ressource. So wird Wasser plötzlich zum entscheidenden Standortfaktor. Wenn wir daher unseren Umgang mit Wasser nicht grundsätzlich verändern, wird die menschen- und klimagemachte Wasserverknappung mittel- bis langfristig weitere Konsequenzen haben: steigende Wasserpreise für alle – von der Industrie bis zum Privathaushalt – sowie drastische Einschränkungen bei der Wassernutzung.

Die bayerische Industrie spielt in diesem Kontext eine besondere Rolle im Zuge der Wasserwende. Sie ist nicht nur selbst direkt betroffen, sondern auch mit der größte Verbraucher. So entfallen rund drei Viertel der Wassernutzung in Bayern auf die Wirtschaft. Davon dienen ca. 85 Prozent der Kühlung von Anlagen in Produktion und Stromerzeugung (Statistisches Bundesamt 2022). Um die von Gesetzeswegen vorgeschriebene Hygienesicherheit (42. BImSchV) in offen Kühlsystemen gewährleisten zu können, kommen in der industriellen Kühlwasserbehandlung umweltschädigende Biozide wie auch erdölbasierte Additive mit hohem Phosphatanteil zum Einsatz. Diese Produktklassen belasten zunehmend die Wasserqualität. Global werden über diese Wasserbehandlungsmethode allein jährlich mehr als zwei Millionen Tonnen Gefahrstoffe in die Ressource Wasser eingetragen. Allerdings lassen sich so nur die Symptome behandeln: Die ungewünschten Keime bilden sich nach kurzer Zeit neu und werden resistenter, sodass immer mehr und stärkere Biozide zur Behandlung notwendig werden. Die Folge sind stetig steigende mikrobielle Resistenzen, eine Schädigung der Biodiversität, ineffiziente Kühlsysteme als Folge erhöhter mikrobieller Ablagerungen (sogenannter Biofilm) und erhöhte Wasserverbrauchsmengen. Nicht zuletzt steigen durch belastetes Abwasser auch die Kosten der Aufbereitung und so letzten Endes die Wasserpreise.

Um die nationale Wasserwende auch in Bayern konsequent umzusetzen, brauchen wir jetzt ein neues, ganzheitliches und zirkuläres Verständnis im Umgang mit Wasser: bei der Entnahme, der Behandlung und der Abgabe von Wasser. Damit wir das kostbare Gut unendlich weiternutzen können, braucht es neue innovative Herangehensweisen, welche eine Vermeidung bereits an der Quelle ermöglichen, um die Wiederverwendung von sauberem, industriell verwendetem Wasser und somit dessen Rückführung in den natürlichen Wasserkreislauf zu erlauben.

Ein nachhaltigerer Umgang mit Wasser fordert eine bessere Kontrolle dessen ein, was von der Industrie in das Wasser eingeleitet wird und wie diese Gebrauchsmengen besser wiederverwendet werden können. Der tatsächliche Nutzen von Bioziden, die immer resistenter werden, ist daher fragwürdig und dringend zu überdenken. Umso mehr sollte die Anwendung von Bioziden in der Kühlwasserbehandlung als nicht essenziell notwendig, wassergefährdend und somit neu evaluiert und eingestuft werden, sobald deren Genehmigung ausläuft (nach GefStoffV §7 (3) i. V. m. §6 (1) Satz 4).

Denn ein übergreifender Schutz wie auch eine kohärente Umsetzung (z.B. Priorisierung, Datenmanagement) sind dringend notwendig und sollten daher verbessert werden.

Gerade in Hinblick auf die Leitlinien für den Umgang mit Wasserknappheit bzgl. einer dauerhaften Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, sind umweltfreundliche Wasserbehandlungsprodukte dringend notwendig, um auch weiterhin eine hohe Trinkwasserqualität ohne weiteren hohen Energie- und Kosteneinsatz gewährleisten zu können. Zudem ist bei der Sicherung der Trinkwasserversorgung auch ein deutlich optimierter Gebrauch von Grundwasser oder Trinkwasser bei der Nutzung für industrielle Kühlprozesse dringend notwendig. In diesem Zuge sind Wege zur Stärkung eines verbesserten und nachhaltigeren Chemikalienmanagements mit definierten Beschränkungen bei der Verwendung relevanter Gefahrstoffe notwendig. Eine Weiterentwicklung des Spurenstoffdialogs, insbesondere hinsichtlich dem Einsatz sowie den maximalen Gebrauchsmengen von bestimmten Stoffgruppen in Verbindung mit deutlich reduzierten Grenzwerten sind mit Hinblick auf Risiken für Gewässer und somit der nachgelagerten

Trinkwassergewinnung nicht nur notwendig, sondern von essenzieller Bedeutung, um die vorhandenen Trinkwassermengen für die Zukunft erhalten zu können. Denn der Einsatz von Bioziden in der heute angewandten Art und Weise stellt ein inakzeptables Risiko für den Erhalt einer guten Trinkwasserqualität als auch der notwendigen Biodiversität in den Gewässern dar.

Durch den Einsatz von natürlichen Behandlungsprodukten sind zudem viele Vorteile auch beim Thema nachhaltige Wassermengennutzung (Demand Management) gegeben. So lassen sich über eine Wasserbehandlung mit natürlichen Produkten, wie funktionellen Mikroorganismen als 100 % Substitut für Biozide, aufgrund einer innovativen Produktwahl der Wasserbedarf für diese Systeme um bis zu 40% senken. Das schont die Grundwasserleiter und führt zu einer deutlich verbesserten Wasserqualität. Da dieser Einsatz ohne Mehraufwand und -kosten für die Industrie sowie ohne bürokratische Mehrbelastungen für die Wasserbehörden umsetzbar ist, ist über diese Maßnahme ein sofortiger positiver Effekt für die Umwelt gegeben. Somit könnten Leuchtturmprojekte aus der Industrie (wie z. B. aus Chemie, Stahl oder Energie als größter Wasserverbraucher) als Teil eines Leitlinienprogramms für eine raschere Umsetzung des Aktionsprogramms Wasser der Nationalen Wasserstrategie (NWS) dienen.

Dabei ist festzuhalten, dass funktionelle Mikroorganismen zur Kühlwasserklärung keinesfalls eine herkömmliche Behandlungsmethode industrieller Kühlwässer mit Bioziden ersetzen und ausschließen sollen, sondern lediglich als zusätzliche Behandlungsmethode nach aktuellem Stand der Technik als nachhaltiges Produkt anerkannt und ermöglicht werden.

Für eine Stärkung der Wasserwiederverwendung (Water Reuse) im Bereich Abwasser sollten neben den Maßnahmen im Bereich der landwirtschaftlichen Nutzung auch Anwendungen im urbanen Raum sowie der Bereich der industriellen Anwendungen und deren angeschlossene Klärprozesse verstärkt in den Fokus genommen werden. Mit Wasserbehandlungsprodukten auf Basis von natürlichen Wirkprozessen, lassen sich die aktuellen Abwassermengen für die Grünflächenbewässerung, die Nutzung für die Landwirtschaft und vieles mehr umsetzen, wodurch am Ende eine Stärkung der Grundwasserleiter erreicht werden kann.

Der Einsatz natürlicher Wirkstoffe zur Kühlwasserbehandlung bringt all diese Vorteile mit sich, da die Industrie mit dem natürlichen Substitut für Biozide sowohl ökonomische Benefits als auch gleichzeitig enorme ökologische Vorteile für eine nachhaltige Wasserwende in der Industrie nutzen kann. Chemiehersteller wie z. B. BASF und der Chemiepark InfraLeuna in Sachsen-Anhalt setzen bereits sehr erfolgreich über erste Pilotanlagen die neue Technik ein. Und auch der größte Chemiepark Bayerns zeigt bereits großes Interesse für eine Komplettumstellung seiner Kühlwasserklärung auf ein natürliches Produkt aus funktionellen Mikroorganismen. Grund für den Einsatz sind Punkte wie: Nachhaltigkeitsverbesserung, Reduktion beim Wasserverbrauch, Optimierung der Gesamtbetriebskosten und ein deutlich verbesserter Arbeitsschutz.

Seit 2021 konnten bis heute ca. 620.000m³ Wasser über alle Projekte eingespart werden, was zu einer Einsparung von ca. 146 Tonnen Biozid geführt, und somit zu einer deutlichen Schonung umliegender Oberflächengewässer beigetragen hat. Grund für die positiven Werte ist zum größten Teil der nachhaltige Reinigungseffekt mit funktionellen Mikroorganismen im Gegensatz zur klassischen Biozidbehandlung. Die Effizienz von Kühltürmen bzgl. der Kühlleistung hängt entscheidend vom Vorhandensein von Biofilmbelägen auf Wärmetauschern ab. Bereits 1,4 mm Schichtdicke an Biofilm führt zur einer Reduktion der Kühlleistung von ca. 50 %. Mit Standardverfahren wie der mit Bioziden, erdöl-basierten Additiven i. V. m. weiteren Produkten wie Biodispersatoren (zur Abreinigung von Biofilmen) und Entschäumern kann keine nachhaltige Reinigungswirkung erreicht wie auch gehalten werden.

Mit dem innovativen Verfahren über funktionelle Mikroorganismen ist jedoch ein Deep Cleaning Effekt gegeben, da sich diese auf allen benetzten Oberflächen niederlegen, eine Netzstruktur entwickeln und somit einen natürlichen Reinigungsvorgang aktivieren. Am Ende bleibt eine neue schützende mikrobielle Schicht ohne Wassereinschluss zurück, auf der nachfolgende schadhafte Bakterien wie Legionellen und

Pseudomonaden (welche die Basis von schadhaftem Biofilm darstellen) nicht anhaften können. Somit bleiben die Wärmeübergänge nachhaltig frei von schadhaften mikrobiellen Belägen und gewährleisten ein hohes Maß an Hygienesicherheit.

Durch die mit der Kühlwasserbehandlung durch funktionelle Mikroorganismen einsetzenden ökonomischen Vorteile, hilft die innovative Behandlungsmethode zu einer verstärkten Standortsicherung. Hauptursache hierfür sind sinkende Kosten durch geringere Wasserentnahmen und potenziell geringere Energiekosten. Zugleich steht es für die Innovationskraft und Technologieoffenheit von Deutschland und Bayern durch einen stärkeren Support alternativer Techniken, da die Behandlungsweise global einzigartig ist und bereits heute enormes Potenzial aufzeigt. Denn Wege zur Optimierung beim Wassereinsatz für industrielle Prozesse werden auch in Bayern aufgrund zunehmender Klimaauswirkungen auf unseren Wasserhaushalt in den kommenden Jahren immer stärker an Bedeutung gewinnen.

Antrag 86/A041: Für einen angepassten und präventiven Hochwasserschutz in Bayern – Für den Schutz von uns Menschen, unseren Naturräumen und unseren Städten und Gemeinden

Antragsteller*in:	KV Freyung-Grafenau (LV Bayern)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Programmatische Anträge

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Unwetterkatastrophen, die oft zu verheerenden Hochwassern führen, nehmen
2 auch in Bayern zuletzt dramatisch zu. Seit dem vergangenen Jahr wurde nahezu
3 ganz Deutschland von folgenschweren Hochwassern erfasst. Angefangen über Neujahr
4 im Norddeutschen Tiefland, gefolgt von bislang ungekannten Fluten im Saarland
5 und zuletzt wurden weite Teile Bayerns und Baden-Württembergs von schweren und
6 anhaltenden Hochwassern erfasst. Allein das Hochwasser im Juni 2024 verursachte
7 in Bayern und Baden-Württemberg Hochwasser-Schäden von rund 100 Millionen Euro.
8 Die Versicherer sprechen sogar von Versichertenschäden in Höhe von 2 Milliarden
9 Euro. Insgesamt haben sich die Kosten durch Umweltschäden auch in Bayern stark
10 nach oben entwickelt und sind im Jahr 2023, auch und besonders durch Hochwasser,
11 Starkregen und Überschwemmungen, geradezu explodiert. Hagel, heftiger Regen und
12 Überschwemmungen sorgten laut des Gesamtverbands der Deutschen
13 Versicherungswirtschaft (GDV) im Jahr 2023 für Kosten von ebenfalls 2 Milliarden
14 Euro. Die mit Abstand höchsten ökonomischen Schäden durch Extremwetter werden
15 auch in Bayern bis heute durch wasserbedingte Extremwetter, wie Starkregen und
16 Hochwasser, verursacht. Mit Blick auf die mittlerweile erschreckenden
17 Häufigkeiten dieser Unwetterextreme, wird sich dieser Trend in Zukunft eher noch
18 verstärken.

19 Und doch muss festgestellt werden, dass bereits kurz nach Abklingen von schweren
20 Hochwasserlagen, auch in Bayern immer wieder eine regelrechte Extremwetter- und
21 Hochwasserdemenz einsetzt. Im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung Bayerns
22 finden solche Extremereignisse, da sie ja scheinbar immer nur Einzelne, und
23 niemals die Gemeinschaft als Ganzes betreffen, offenkundig noch keinen
24 nachhaltigen Anklang und geraten schnell aus dem Blickfeld des politischen
25 Handelns.

26 Dies zu ändern und den Freistaat Bayern für einen zeitgemäßen und angepassten
27 Hochwasserschutz fit zu machen sowie das kollektive Bewusstsein für
28 hochwasserbedingte Gefährdungslagen in der Bevölkerung zu stärken, sollte
29 zentrales Handlungsfeld der FDP Bayern sein.

30 Bereits im Jahr 2020 wurde durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und
31 Verbraucherschutz das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm aufgestellt, welches
32 zusätzlich mit den Zielen der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie vereint
33 wurde. Seit Januar 2021 hat gibt es die Bayerische Hochwasserschutzstrategie als
34 Teil des neuen Bayerischen Gewässeraktionsprogramms 2030. Diese nimmt erste
35 wichtige Schritte in den Blick, muss aber noch stärker dazu beitragen, dass
36 Maßnahmen auch tatsächlich angeschoben und umgesetzt werden und dass das

37 Bewusstsein für Hochwassergefährdungen noch stärker in die Lebensrealitäten der
38 bayerischen Bevölkerung Einzug hält.

39 Ziel muss es dabei sein, neben dem Ausbau technischer Hochwasserschutzmaßnahmen
40 auch den naturnahen Hochwasserschutz in Bayern verstärkt in den Blick zu nehmen
41 und umzusetzen. So ist ein natürlicher und sich selbst regulierender
42 Landschaftswasserhaushalt von immenser Bedeutung für das „Abfedern“ schwerer
43 Hochwasserlagen. Mit dem „Wasser in der Landschaft zu haushalten“ muss in Teilen
44 neu gedacht und priorisiert werden. In Überflutungsgebieten muss Gewässern, da
45 wo es infrastrukturell vertretbar und umsetzbar ist, wieder mehr Raum gegeben
46 werden. Intakte und renaturierte Flussauen sind ein effektiver und
47 umweltschonender Hochwasserschutz. Auch muss die Frage, wie wir künftig mit
48 anfallenden Regenmengen umgehen, neu betrachtet werden. Das Prinzip der
49 Schwammstadt und die Integration grün-blauer Infrastrukturen muss verstärkt
50 Einzug in die Raum- und Wegeleitplanung in Bayern finden.

51 Grundlage hierfür wird auch in Bayern die Umsetzung des Bundes-
52 Klimaanpassungsgesetzes sein sowie die konkrete Umsetzung von
53 Klimaanpassungskonzepten der Kommunen und der eigens entwickelten
54 Klimaanpassungsstrategie Bayerns.

55 Aber auch technische Maßnahmen sollen verstärkt dazu beitragen, dass sensible
56 Infrastrukturen und Systeme an neuartige Hochwasserlagen angepasst werden. Dies
57 beginnt insbesondere innerhalb besonders gefährdeter Siedlungsräume mit der
58 Schaffung von Notwasserwegen, die Starkregenwasser schnell und effektiv von
59 Straßenflächen und anderen Siedlungsoberflächen ableiten. Aber auch eine
60 Vielzahl der Deichbauten in Bayern brauchen ein Update. Um größere Wassermassen
61 besser und auch länger abzuwehren, müssen sie vielerorts breiter und mit
62 flacheren Neigungswinkeln ausgebaut werden. Um Überflutungsflächen auszuweiten,
63 ist gegebenenfalls auch eine Deichrückverlegung notwendig. Aber auch über einen
64 weiteren Ausbau und eine neue Dimensionierung von Auffangbecken und Flutpoldern
65 sollte in Bayern ernsthaft nachgedacht werden. Der Stopp von einer Vielzahl
66 bereits geplanter Flutpolder durch den Bayerischen Wirtschaftsminister Hubert
67 Aiwanger nach 2018, war hier das absolut falsche Signal. Hier wurde mit zur
68 Verfügung stehenden Finanzmitteln für den Hochwasserschutz am falschen Ende
69 gespart. Dies gilt es nun wieder umzukehren.

70 Zusätzlich braucht es durch vermehrt stationäre Großwetterlagen einen
71 verstärkten Fokus auf die kleineren Neben- und Zuflüsse. Da diese binnen
72 kürzester Zeit zu reißenden Strömen anschwellen können, müssen Kreise und
73 Kommunen deutlich besser mit kurzfristig einsetzbaren baulichen Einheiten
74 ausgestattet werden. Neben einer deutlichen Aufstockung von Sandsäcken könnten
75 das zum Beispiel auch transportable Spundwände sein, die insbesondere bei sehr
76 schnell steigenden Pegeln schnellen Schutz bieten können. Aber auch Talsperren
77 müssen in Zukunft noch verstärkt zum Gesamtkonzept der Überflutungsvorsorge in
78 Bayern beitragen.

79 Zuständigkeiten beim Hochwasserrisikomanagement müssen viel stärker
80 digitalisiert und miteinander vernetzt werden, um den Informationsfluss deutlich
81 zu vereinfachen und zu beschleunigen. Hierfür braucht es State-of-the-Art
82 Informationstechnologien, sprich neuartige IT-Systeme und Sensoren, die

83 allerorts hochaufgelöste Messwerte verfügbar machen und so aussagekräftige
84 Datenanalysen und Prognosen ermöglichen. Für eine bestmögliche Umsetzung wird es
85 jedoch notwendig, dass sämtliche für das Hochwasserrisikomanagement zuständigen
86 Behörden in Bayern über diese IT-Systeme miteinander vernetzt werden und dass
87 der Datenaustausch untereinander sowie mit Bürgerinnen und Bürgern nach dem
88 Once-Only Technical System nach EU-Vorbild möglich wird. So soll es auch den
89 zuständigen Behörden in Bayern ermöglicht werden, amtliche Dokumente und Daten
90 auf Anfrage von Bürgern und Unternehmen einfach und effizient auszutauschen.

91 Auch beim Katastrophenschutz zeigen sich Kommunen angesichts immer krasserer
92 Extremwetterlagen zunehmend überfordert. Hier bedarf es einer besseren
93 Kommunikation und Koordination unterschiedlicher Ebenen. In bestimmten
94 Katastrophenfällen kann es notwendig werden, dass der Bund über die
95 Zuständigkeit der Länder hinaus bestimmte Weisungen an die Länder erteilen kann.
96 So kann in extremen Gefährdungslagen auch der Bevölkerungsschutz zentraler und
97 effizienter gestaltet werden.

98 Neben der Verantwortung von Land und Kommunen für ein angepasstes
99 Hochwassermanagement verbleibt jedoch auch ein erheblicher Anteil für eine
100 individuelle Beurteilung und Verbesserung der Gefährdungslage bei den
101 Bürgerinnen und Bürgern selbst. Ausreichende Eigenvorsorge und Selbstschutz sind
102 für den Einzelnen nach wie vor unersetzlich und sollten in der
103 Kommunikationsstrategie mit der Bevölkerung ganz hoch gehalten werden. Natürlich
104 haben die Kommunen beim Hochwasserschutz die Aufgabe, die regulatorischen
105 Vorgaben zu machen, Maßnahmenprogramme zu entwickeln sowie den Großteil der
106 finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Jedoch können sie nicht in Gänze
107 für die Folgen von Hochwasserschäden im Einzelfall verantwortlich gemacht
108 werden. Umso wichtiger wird es in Zukunft sein, sich verstärkt auf verschiedene
109 Wege der Aufklärungs- und Vorsorgemöglichkeiten für die Menschen vor Ort zu
110 fokussieren und sie bayernweit zu etablieren.

111 Der Hochwasserschutz gehört zu den elementaren Aufgaben des Staates und dient
112 der Sicherung der menschlichen Daseinsvorsorge. Hierfür setzt der Bund mit dem
113 Nationalen Hochwasserschutzprogramm und dem GAK-Sonderrahmenplan „Maßnahmen für
114 den präventiven Hochwasserschutz“ ausreichend finanzielle Mittel ein. Im
115 Haushaltsjahr 2024 stehen dem Hochwasserschutz durch den Bund insgesamt rund 364
116 Millionen Euro zur Verfügung. Jedoch liegt die Regelungs-, Vollzugs- und
117 Finanzierungskompetenz beim Hochwasserschutz klar in der Verantwortung Bayerns.
118 Dabei ist es zu begrüßen, dass Bayern gemeinsam mit Baden-Württemberg bundesweit
119 die meisten finanziellen Mittel für den Hochwasserschutz verausgabt. Im Jahr
120 2022 wurden rund 86 Millionen Euro in bayerische Hochwasserschutzanlagen und
121 Wildbachbebauung investiert. Doch auch in Bayern bleiben nach wie vor
122 Bundesmittel für den Hochwasserschutz liegen, die nicht anderweitig genutzt
123 werden können. Nicht zuletzt lag das auch an der Finanzpolitik des Bayerischen
124 Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger. Künftig muss auch in Bayern noch
125 deutlicher gemacht werden, dass es bei der Mittelverwendung im Hochwasserschutz
126 neue Prioritäten braucht. Das Ausgabenproblem der Länder muss auch in Bayern
127 behoben und die zur Verfügung stehenden Mittel sollten für die Vielzahl der
128 vereinbarten und dringend umzusetzenden Schutzmaßnahmen konsequent eingesetzt

129 werden.

130 Wir fordern:

- 131 • Eine schleunige und zielgenaue Umsetzung der Bayerischen
132 Hochwasserschutzstrategie voranzutreiben, ihre Handlungsfelder bei der
133 Umsetzung noch stärker zu vernetzen und sie als zentrales
134 Kommunikationsinstrument für die Bevölkerung zu etablieren.
- 135 • Als Freie Demokraten aus Bayern heraus aktiv dazu beizutragen, dass der
136 Hochwasserschutz nachhaltig Teil der politischen Agenda der Bayerischen
137 Staatsregierung wird und konsequent gegen das Vergessen einzutreten, auch
138 wenn schwere Hochwasserlagen wieder abgeklungen sind.
- 139 • Die Klimaanpassung in Bayern als eines der wichtigsten Werkzeuge in Kreisen
140 und Kommunen für ein modernes Wassermanagement aber auch für ein
141 angepasstes Starkregen- und Hochwasserrisikomanagement zu etablieren.
142 Hierfür müssen alle Kreise und Kommunen zügig eigene
143 Klimaanpassungskonzepte erstellen, insofern sie noch nicht vorhanden sind.
144 Das am 01.07.2024 in Kraft getretene Bundes-Klimaanpassungsgesetz ist
145 hierfür die gesetzliche Grundlage.
- 146 • Zu forcieren, dass die künftige Klimaanpassungsstrategie Bayerns einen
147 inhaltlichen Schwerpunkt auf das Starkregen- und Hochwasserrisikomanagement
148 in Bayern legt.
- 149 • Bei der Integration von grün-blauen Infrastrukturen in Ballungsräumen
150 insbesondere einen neuerlichen Umgang mit anfallenden Regenmengen in den
151 Blick zu nehmen. Den Bau von Regenauffangbecken, Versickerungsflächen beim
152 Neubau, Retentionsflächen auf den Dächern und, wo möglich, eine begrünte
153 Fassadengestaltung von Beginn an mitzudenken. Das Prinzip Schwammstadt soll
154 konsequent umgesetzt werden.
- 155 • In hochwassergefährdeten Siedlungsgebieten den Ausbau von Notwasserwegen
156 voranzutreiben, um so einen zügigen Abfluss von großen Wassermengen von
157 insbesondere Straßenflächen zu gewährleisten.
- 158 • Beim Erstellen von Hochwasserrisikomanagementplänen einen stärkeren Fokus
159 auch auf die Pegelstände der kleineren Zuflüsse und Bachläufe zu lenken,
160 sie besser zu monitoren und zu messen, um so verbesserte Datengrundlagen
161 für die Hochwasservorhersagen der Hauptströme wie Isar, Lech, Donau, Iller,
162 Inn und Main zu ermöglichen.
- 163 • Den Umstand anzuerkennen, dass künftig insbesondere die kleineren Zu- und
164 Nebenflüsse von extremen Hochwasserlagen betroffen sein werden und darauf
165 hinzuwirken, betroffene Kommunen mithilfe der zur Verfügung stehenden
166 Mittel deutlich stärker mit kurzfristig einsetzbaren baulichen Einheiten
167 wie Sandsäcken oder transportablen Spundwänden auszustatten.
- 168 • Voranzutreiben, dass Kommunen entsprechend neuer Datengrundlagen und
169 Erkenntnisse zu Hochwassergefährdungslagen die bestehende Bauleitplanung
170 zügig an diese Erkenntnisse anpassen. Neue Technologien zum
171 hochwassersicheren Bauen müssen ermöglicht werden.
- 172 • Dass auch die Talsperrenbetreiber in Bayern künftig in den regionalen und
173
174

- 175 überregionalen Katastrophenschutz und seine Meldekettens stärker mit
176 einbezogen werden sowie Katastrophenschutzübungen an den Stauanlagen
177 durchgeführt werden, um so die Talsperren besser in das vorsorgende
178 Überschwemmungs- und Katastrophenmanagement zu integrieren.
- 179 • Absolut prioritär zu behandeln, dass die in Bayern für den Hochwasserschutz
180 und das Hochwasserrisikomanagement zuständigen Behörden digital aufeinander
181 abgestimmt und unbürokratischer zusammenarbeiten können. Neuerliche IT-
182 Systeme und Sensoren sollen allorts hochaufgelöste Messwerte verfügbar
183 machen und so aussagekräftige Datenanalysen und Prognosen ermöglichen, die
184 sämtlichen Behörden gleichermaßen zugänglich sind. Darunter zählen die
185 Informationstechnologien der Wasserwirtschaftsverwaltung, der Städte und
186 Gemeinden, der Landratsämter, der Land- und Forstwirtschaft sowie der
187 Naturschutzämter. Auch Bürgerinnen und Bürgern sollen diese Informationen
188 zugänglich gemacht werden.
 - 189 • Dass die durch neue Informationstechnologien verbesserten Datengrundlagen
190 für Hochwassergefährdungslagen bundeseinheitlich über das
191 Naturgefahrenportal des Deutschen Wetterdienstes (DWD) gesammelt werden und
192 anschließend über die bayerischen Hochwassernachrichtendienste öffentlich
193 zugänglich gemacht werden.
 - 194 • Auch aus Bayern heraus darauf hinzuwirken, dass bundeseinheitliche Gefahr-
195 und Risikokarten für Hochwasser- und Starkregenereignisse erstellt und
196 etabliert werden, die für die allgemeine Öffentlichkeit digital zugänglich
197 gemacht werden. So soll auch zur Umsetzung des Koalitionsvertrages der
198 Bundesregierung aus dem Jahr 2021 beigetragen werden. So werden Bürgerinnen
199 und Bürger in ihrer Entscheidungsfindung und Risikoeinschätzung gestärkt.
 - 200 • Dass darauf hingewirkt wird, dass Hochwasserschutzgebiete in Bayern neu
201 bewertet und wenn nötig, neu ausgewiesen werden, um die Realitäten der sich
202 verändernden Hochwasserlagen besser abzubilden.
 - 203 • Dass bei der Neuausweisung von Hochwasserschutzzonen die erneuerten
204 Datengrundlagen Berücksichtigung finden und veraltete Bebauungspläne
205 entsprechend der neuen Daten angepasst werden.
 - 206 • Dass, in den „roten Zonen“ der Hochwasserschutzgebiete vereinfachte
207 Machbarkeitsprüfungen und Genehmigungsverfahren für den Bau technischer
208 Hochwasserschutzanlagen als auch ein vereinfachter Zugang zu Flächen für
209 Flutpoldern und potenziellen Überschwemmungsgebieten geschaffen wird.
 - 210 • Über eine gesteigerte Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuwirken, dass jeder
211 Einzelne noch mehr Eigenvorsorge und Selbstschutz gegen die individuelle
212 Gefährdungslage betreibt, um Grund und Eigentum besser vor schweren
213 Hochwasserschäden zu schützen.
 - 214 • Anstelle einer bundeseinheitlichen verpflichtenden
215 Elementarschadenversicherung darauf hinzuwirken, dass es für den Einzelnen
216 risikoadäquat kalkulierte Angebote für eine Elementarschadenversicherung
217 geben soll.
 - 218 • Zusätzlich zur Möglichkeit einer Elementarschadenversicherung eine
219 Zertifizierung von Wohneigentum mit sogenannten Hochwasserpässen oder
220
221

- 222 Vorsorgeausweisen zu ermöglichen, insofern der Eigentümer sämtliche
223 baulichen Hochwasserschutzmaßnahmen nach aktuellem Stand der Technik
224 realisiert hat. Hierzu zählen unter anderem hochwasserfestem Kellerfenster,
225 Fenster, Rückfallklappen oder auch hochwasserfeste Türen.
- 226 • Als Freie Demokraten darauf hinzuwirken, dass das Bundesamt für
227 Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) als Zentralstelle im Sinne
228 des Artikels 87 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes zur Koordinierung im
229 Katastrophenfall ausgebaut wird.
 - 230 • Insgesamt sicherzustellen, dass der Bayerische Staat die für den
Hochwasserschutz zur Verfügung stehenden Mittel auch vollumfänglich
einsetzt, notwendige und vereinbarte Hochwasserschutzmaßnahmen umsetzt und
somit durch seine Finanzpolitik den sich drastisch veränderten Realitäten
der Hochwassergefährdung in Bayern ausreichend Rechnung trägt.

Begründung

Erfolgt mündlich.